



FRAUENFÖRDERUNG



ZUR SITUATION VON FRAUEN WELTWEIT

ERFOLGREICHE PROJEKTBEISPIELE
DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

BILDNACHWEIS

Umschlagfotos: KAS-Auslandsbüros Indonesien und Malaysia

Innenteil:

KAS-Auslandsbüros der jeweiligen Ländern, außer:

Seiten 19, 20, 21: KAS-Partnerorganisation AACC
(*Associação de Apoio às Comunidades do Campo*)

Seiten 26, 27, 28: KAS-Partnerorganisation CEDIME
(*Centro de Investigaciones de los Movimientos Sociales
en el Ecuador*)

HERAUSGEBER

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Internationale Zusammenarbeit
Klingelhöferstr. 23
D-10907 Berlin

REDAKTION

Andrea Kolb
Anne Akuété

www.kas.de

*Das Werk ist in allen seinen Teilen urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung ist ohne Zustimmung der Konrad-Adenauer-
Stiftung e.V. unzulässig.*

*Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen,
Mikroverfilmungen und die Einspeicherung in und Verarbeitung
durch elektronische Systeme.*

© 2008, Konrad-Adenauer-Stiftung e.V., Sankt Augustin/Berlin

Gestaltung: SWITSCH Kommunikationsdesign, Köln.
Gedruckt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik
Deutschland.

Printed in Germany.

INHALT

7 | VORWORT

9 | 1. FRAUENFÖRDERUNG IN DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT

1.1. <i>Internationaler entwicklungspolitischer Rahmen und Ziele</i>	9
1.2. <i>Frauenförderung als Element der deutschen Entwicklungspolitik</i>	10
1.3. <i>Frauenförderung als Teil der internationalen Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung</i>	11

13 | 2. PROJEKTBEISPIELE AUS DER ARBEIT DER KAS

2.1. <i>Ägypten</i>	13
2.2. <i>Benin</i>	16
2.3. <i>Brasilien</i>	18
2.4. <i>China</i>	22
2.5. <i>Demokratische Republik Kongo</i>	24
2.6. <i>Ecuador</i>	26
2.7. <i>Ghana</i>	28
2.8. <i>Israel</i>	31
2.9. <i>Kolumbien</i>	35
2.10. <i>Mazedonien</i>	37
2.11. <i>Montenegro</i>	38
2.12. <i>Namibia</i>	41
2.13. <i>Pakistan</i>	44
2.14. <i>Paraguay</i>	46
2.15. <i>Polen</i>	48
2.16. <i>Senegal</i>	50
2.17. <i>Simbabwe</i>	54
2.18. <i>Uganda</i>	56

61 | 3. PUBLIKATIONEN DER KAS ZUM THEMENBEREICH FRAUENFÖRDERUNG

VORWORT

„Alle Menschen sind frei und gleich an Würde und Rechten geboren“, heißt es in Artikel 1 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte aus dem Jahr 1948. Dieses Bekenntnis der Vereinten Nationen zu den allgemeinen Menschenrechten, und darunter auch zum Glauben an die Gleichberechtigung von Mann und Frau, besitzt keinen völkerrechtlich verbindlichen Charakter. Die Charta wird im Allgemeinen aber als Bestandteil des Rechts der Vereinten Nationen und als Völker gewohnheitsrecht von neuen UNO-Mitgliedstaaten mit dem Beitritt zu den Vereinten Nationen anerkannt. Diese offizielle Anerkennung der Menschenrechte entspricht in vielen Ländern aber noch nicht den täglichen Realitäten.

Noch immer sind 70 Prozent der Armen weltweit weiblich, und gleichzeitig werden noch über 70 Prozent der unbezahlten Arbeit von Frauen verrichtet. Sie produzieren bis zu 80 Prozent der Grundnahrungsmittel in Entwicklungsländern, besitzen aber nur zehn Prozent der Anbauflächen. Zwei Drittel aller Analphabeten sind Frauen, insbesondere in Afrika und Südasien. Gewalt gegen Frauen ist weit verbreitet.

In zehn Ländern der Welt sind Frauen im Parlament gar nicht vertreten, und in 50 Ländern liegt der Anteil von Frauen in nationalen Parlamenten unter zehn Prozent. In Afrika südlich der Sahara beträgt der weibliche Anteil der Parlamentarier im Durchschnitt 17 Prozent, in Asien 16 Prozent, und in den arabischen Staaten macht er nur neun Prozent aus. In den meisten Ländern, in denen Frauen einen Anteil von etwa 30 Prozent der Parlamentarier stellen, sind Quoten zur Unterstützung ihrer Kandidatur eingeführt worden. So hat Ruanda mit knapp 49 Prozent den höchsten Anteil weiblicher Parlamentarier weltweit, in Mosambik sind knapp 35 Prozent der Volksvertreter Frauen, und in Südafrika sind es 33 Prozent. Lateinamerika, die Karibik und die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) schneiden im Vergleich zu Afrika, den arabischen Staaten und Südasien bei den meisten Indikatoren (Einschulungsquoten, Lese- und Schreibfähigkeit, feste Arbeitsstellen etc.) besser ab.

In den letzten 30 Jahren hat das Bewusstsein für die Gleichberechtigung von Mann und Frau zugenommen. Die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter wurde zum Schwerpunkt internationaler Gipfel (zum Beispiel Aktionsplattform von Peking) und Richtlinien (zum Beispiel Millenniumsziele). Auch die deutsche Bundesregierung engagiert sich weltweit verstärkt in diesem Bereich. Frauenförderung ist heute Bestandteil verschiedener Politikfelder, insbesondere der Entwicklungs- und Außenpolitik wie auch der Kultur- und Bildungspolitik. Darüber hinaus heißt es in den Grundsätzen der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands: „Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist eine Voraussetzung für Wachstum, Beschäftigung und soziale Zusammenarbeit in der Gesellschaft.“

Die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) setzt sich seit fast 50 Jahren weltweit für Demokratie und Menschenrechte ein. Die Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter ist dabei Teil unserer internationalen Zusammenarbeit, insbesondere in denjenigen Ländern, in denen die tägliche Realität den international anerkannten Menschenrechten noch nicht Rechnung trägt.

Die internationalen und nationalen Rahmenbedingungen bezüglich der Frauenförderung haben sich über die Jahre verändert. Von anfänglich meist wirtschaftlicher Unterstützung von Frauengruppen haben sich unsere Projekte zunehmend in Richtung politischer Stärkung von Frauen entwickelt. Ziel der Konrad-Adenauer-Stiftung ist, die Beteiligung von Frauen und deren Mitspracherecht an politischen Entscheidungen zu stärken. Nur so kann mehr Einflussvermögen und eine stärkere Gleichberechtigung von Mann und Frau ermöglicht werden.

In der vorliegenden Publikation werden verschiedene Projekte der Frauenförderung in Partnerländern der KAS dargestellt, die als gute Beispiele für Projekte der Frauenförderung dienen können. Die vorliegende Broschüre zeigt auch, dass sich die strategische Ausrichtung der Arbeit der KAS über die letzten Jahrzehnte hin verändert hat, weg von einer oftmals wirtschaftlichen Unterstützung hin zur politischen Stärkung von Frauen. Das spiegelt nicht zuletzt auch die gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Veränderungen der Länder wider, in denen wir tätig sind. Viele unserer Partnerländer können inzwischen ein beträchtliches Wirtschaftswachstum vorweisen, aber noch immer keine gefestigte demokratischen Strukturen und Praktiken, in denen Frau und Mann gleichberechtigt sind.

Ich wünsche Ihnen eine interessante Lektüre.

*Dr. Gerhard Wahlers
Stellv. Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.*

1. FRAUENFÖRDERUNG IN DER ENTWICKLUNGZUSAMMENARBEIT

Andrea Kolb

1.1. INTERNATIONALER ENTWICKLUNGSPOLITISCHER RAHMEN UND ZIELE

Frauenförderung ist erst seit den 1970er Jahren Bestandteil der internationalen Entwicklungszusammenarbeit (EZ). Internationale Organisationen und Regierungen lösten sich von der Annahme, die Entwicklung eines Landes einzig am wirtschaftlichen Fortschritt bemessen zu können. Die Lebensbedingungen der Menschen traten stärker in den Vordergrund, und die Projekte wurden zunehmend danach ausgerichtet, den Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen. Nicht zuletzt ein hohes Bevölkerungswachstum hat diesen Prozess auf der südlichen Erdhalbkugel jedoch erschwert. Denn meist sinkt der Lebensstandard der Familien proportional zum Kinderreichtum. Bildung und Stärkung der Frauen an der Basis nehmen in diesem Zusammenhang eine wichtige Rolle ein. Gebildete Frauen haben in der Regel weniger Kinder, die wiederum besser ernährt und ausgebildet sind.

1975 wurde erstmals durch ein internationales „Jahr der Frau“ auf die Notwendigkeit der Gleichberechtigung von Mann und Frau aufmerksam gemacht. Die Vereinten Nationen (VN) veranstalteten in diesem Jahr die erste Weltfrauenkonferenz in Mexiko-Stadt, an der Delegierte aus 133 Ländern teilnahmen und die prioritären Ziele Gleichheit, Entwicklung und Frieden definierten.

Der Zeitraum zwischen 1975 und 1985 wurde zur VN-Frauendekade deklariert. Grundlage der Bemühungen zur Gleichberechtigung der Geschlechter wurde der von der VN-Generalversammlung verabschiedete Aktionsplan CEDAW (*Convention of the Elimination of All Forms of Discrimination*). 1976 wurde als „Anwalt für Frauenrechte“ die neue VN-Institution UNIFEM (*United Nations Development Fund for Women*) gegründet. UNIFEM unterstützt Frauenorganisationen mit folgenden Zielen: Reduzierung frauenspezifischer

Armut, Beendigung der Gewalt gegen Frauen, Einräumung der HIV/Aids Infizierung bei Frauen und Gleichberechtigung unter demokratischer Regierungsführung.

Gemäß eines Fünf-Jahres-Zyklus fand die nächste VN-Weltfrauenkonferenz 1980 in Kopenhagen statt und die darauf folgende im Jahr 1985 in Nairobi. Dort verabschiedeten Vertreter aus 157 Ländern die *Nairobi Forward-looking Strategies*, ein Programm mit Maßnahmen, die bis 2000 umgesetzt werden sollten.

1995 fand mit fünfjähriger Verspätung die vierte Weltfrauenkonferenz in Peking statt. Delegierte aus 189 Ländern nahmen an der VN-Konferenz und dem parallel stattfindenden NRO-Forum teil. Eine Aktionsplattform mit den Forderungen nach Gleichberechtigung der Geschlechter in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, schärferen Sanktionen bei Gewalt gegen Frauen u.a. wurde ratifiziert. Diese Aktionsplattform gilt als Meilenstein für die internationale Verankerung der Frauenrechte. Zur Kontrolle der Umsetzung dieses 285 Maßnahmen umfassenden Forderungskataloges haben die VN die *Division for the Advancement of Women* eingerichtet.

In den folgenden Jahren gelang es nicht mehr, eine Weltfrauenkonferenz in dem Umfang wie in Peking durchzuführen. Stattdessen fanden die Folgekonferenzen Peking+5 und Peking+10 statt. Wurde auf der Peking+5 Konferenz noch zukunftsorientiert und optimistisch die Umsetzung der Gleichberechtigungspolitik proklamiert, nahmen 2005 die Bemühungen zur Umsetzung von Frauenrechten ab.

Im September 2000 wurde in der Erklärung der Millenniums-Entwicklungsziele (*UN Millennium Development Goals/MDG*) der Rolle der Frau besondere Bedeutung zugemessen. Drittes Ziel ist die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und mehr Zugang

für Frauen zu Bildung. In drei der acht Entwicklungszielen geht es um die sexuelle und reproduktive Gesundheit von Frauen: Ziel 4 ist auf die Senkung der Kindersterblichkeit ausgerichtet, Ziel 5 auf die Verbesserung der Gesundheit von Müttern und Ziel 6 auf die Bekämpfung von HIV/Aids.

Im Oktober 2000 verabschiedete der VN-Sicherheitsrat die Resolution 1325 (2000) zum Thema „Frauen, Frieden und Sicherheit“ und bildete eine gleichnamige Arbeitseinheit. Die Resolution beschäftigte sich erstmals mit der Beteiligung von Frauen an Konfliktprävention und Konfliktbewältigung sowie den speziellen Auswirkungen von Konflikten auf die weibliche Bevölkerung. Sie ist ein wichtiges Instrument zur nachhaltigen Konfliktlösung und soll gleichzeitig helfen, Frauen zu schützen, die in Konfliktsituationen besonders häufig von Gewalt betroffen sind.

Der auf vier Jahre angelegte Gender-Aktionsplan der Weltbank (2007-2010) lenkt den Fokus auf einen bisher kaum beachteten Aspekt der Geschlechtergleichheit, nämlich die mangelnden ökonomischen Teilhabemöglichkeiten von Frauen. An diesem Prozess sind die Weltbank, der DAC-Entwicklungsausschuss der OECD, das Millennium-Projekt, UNIFEM und die europäischen Geberländer beteiligt. In einer zunächst begrenzten Anzahl von Ländern soll mit dem Aktionsplan die wirtschaftliche Integration von Frauen durch das so genannte *Gender-Mainstreaming* vor allem in den Bereichen Landwirtschaft, Privatsektor und Infrastruktur verbessert werden. *Gender-Mainstreaming* bedeutet, dass bei allen entwicklungspolitischen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern berücksichtigt werden. Bereits seit den 1990er Jahren wurde die Frauenförderung nicht mehr separat betrachtet, sondern vorangetrieben durch den *Gender Development Approach* (Gender-Perspektive) in andere sektorale Projekte integriert.

Im „Europäischen Konsens für Entwicklung“ hat die EU 2005 die Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter als integralen Bestandteil der EZ in allen EZ-Bereichen identifiziert. Das *Communiqué zur Gleichberechtigung der Geschlechter und Frauenförderung in der EZ* von 2007 ist der erste Schritt der Europäischen Kommission in Richtung eines koordinierten europäischen Ansatzes zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter im Rahmen der EZ. Es definiert fünf Aktionsfelder und Richtlinien für das *Gender-Mainstreaming* und beschreibt zudem, wie die Gleichberechtigung der Geschlechter durch neue EZ-Instrumente wie beispielsweise Budgethilfen und Korfinanzierung vorangetrieben werden kann. Das

Papier fordert gleiche politische, zivile, ökonomische, soziale und kulturelle Rechte, gleichen Zugang zu Ressourcen und deren Kontrolle sowie gleiche Einflussmöglichkeiten in Politik und Wirtschaft.

In einigen Bereichen der Frauenrechte gibt es heute deutliche Fortschritte, insbesondere bei der Lebenserwartung und beim Zugang von Frauen zur Schulbildung. Auch haben heute mehr Frauen als jemals zuvor ein eigenes Einkommen, und ihre Beteiligung in kommunalen Parlamenten wächst. Dennoch gibt es weltweit weiterhin große Defizite bei der Umsetzung der internationalen Zielvorgaben.

1.2. FRAUENFÖRDERUNG ALS ELEMENT DER DEUTSCHEN ENTWICKLUNGSPOLITIK

Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern, die Beseitigung bestehender und Verhinderung künftiger Diskriminierungen aufgrund des Geschlechts sind das Ziel der deutschen Bundesregierung im Bereich der nationalen, aber auch der internationalen Frauenpolitik. Die Bundesregierung unterstützt damit die internationalen Bemühungen der Vereinten Nationen, der Europäischen Union, der Weltbank, der Afrikanischen Union u.a. zur Reduzierung der Diskriminierung von Frauen.

Auch in der bilateralen Zusammenarbeit spielt Frauenförderung eine wichtige Rolle. Mit dem Ziel der Beseitigung jeglicher Form von Diskriminierung und Gewalt gegen Frauen fördert das Auswärtige Amt eine Vielzahl von Projekten in unseren Partnerländern. Entwicklungspolitische Maßnahmen, zum Beispiel zur Armutsbekämpfung, können aufgrund der strukturellen Benachteiligung der Frauen in vielen Ländern nur nachhaltig wirken, wenn sie zu einem höheren Maß an Gleichberechtigung und finanzieller Unabhängigkeit der betroffenen Frauen führen.

Das Gleichberechtigungskonzept des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) aus dem Jahr 2001 ist eine verbindliche Vorgabe für die Gestaltung der Entwicklungszusammenarbeit durch das BMZ und dessen Durchführungsorganisationen. Das Konzept geht vom sozialen Geschlecht (*gender*) aus, das heißt, es setzt bei den gesellschaftlich bestimmten Rechten und Pflichten von Frauen und Männern an. Danach sind diese Rollen – im Gegensatz zum biologischen Geschlecht – veränderbar und unterliegen einem ständigen Wandel. Da Rechte und Pflichten von Frauen und Männern stark voneinander abhängen, müssen Männer einbezogen werden, wenn geschlechterspezifische Benachteiligungen überwunden werden sollen.

Deutschland verfolgt mit seiner Entwicklungspolitik einen zweifachen Ansatz zur Förderung der Gleichberechtigung. Erstens ist durch das *Gender-Mainstreaming* die Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern eine Querschnittsaufgabe. Das bedeutet, dass die Belange von Frauen bei der Planung und Umsetzung aller bilateralen Vorhaben (Projekte, Programme, Schwerpunktstrategien, Politikdialoge) berücksichtigt werden. Dies gilt auch für so genannte zielgruppenferne Vorhaben, zum Beispiel im Bereich Politikberatung oder Infrastruktur. Zweitens und parallel zum *Gender-Mainstreaming* bemüht sich die deutsche Entwicklungspolitik durch direkte frauenspezifische Projekte darum, Benachteiligungen von Frauen auszugleichen und ihnen zu ihren Rechten zu verhelfen.

Der vom BMZ verabschiedete „Entwicklungspolitische Aktionsplan für Menschenrechte“ (2004-2007) bündelt die Maßnahmen insbesondere für die Stärkung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte. Die Gleichberechtigung der Geschlechter wird hier als Schlüsselfaktor für die Minderung der weltweiten Armut verstanden. Im Februar 2007 bekräftigte das BMZ erneut sein erklärtes Ziel der Förderung der Gleichberechtigung der Geschlechter in der BMZ-Materialie 172 zur „Stärkung der Teilhabe von Frauen in der Entwicklungszusammenarbeit“.

Während des deutschen G8 und EU-Vorsitzes im Jahr 2007 setzte sich Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel MdB in der EU für die Verankerung noch wirksamerer Instrumente zur Gleichberechtigung der Geschlechter ein. Innerhalb des G8-Gremiums erinnerte die Bundeskanzlerin daran, dass besonders in den Bereichen Gute Regierungsführung, Wirtschaftsförderung, Afrika und HIV/Aids die Bedürfnisse der Frauen noch stärker berücksichtigt werden müssen.

1.3. FRAUENFÖRDERUNG ALS TEIL DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG

Im Kontext dieser Bemühungen setzt sich die Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) in ihren Partnerländern für die Einhaltung politischer, sozialer und kultureller Rechte ein. Sie unterstützt Staaten auf dem Weg zu einer Gesellschaftsform, in der soziale Gerechtigkeit und Partizipation gewährleistet sind. Im Zusammenhang mit der Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ist die Verbesserung der Stellung der Frau ein wichtiges Anliegen. Die Gleichberechtigung der Geschlechter ist sowohl eine Grundvoraussetzung als auch ein Ziel jedes freiheitlich demokratischen Staates.

Das Hauptaugenmerk legt die KAS in ihrer Arbeit vor Ort auf die Bewusstseinsbildung der Frauen selbst sowie auf die der politischen Eliten. Die Beteiligung der Frauen an der ökonomischen und sozialen Entwicklung ihres Landes ist Voraussetzung für Wachstum, Beschäftigung und soziale Kohäsion. Frauenförderung bedeutet für die KAS, Frauen mehr Miteinander, Mitspracherechte und Einflussmöglichkeiten in Politik und Verwaltung zu vermitteln. Wenn sie sich erst einmal in politischen Entscheidungspositionen befinden, können Frauen in der Regel selbst für ihre Rechte eintreten. Darüber hinaus sind wir davon überzeugt, dass eine Gleichstellung der Geschlechter ohne Vorurteile und Diskriminierung nur erreicht werden kann, wenn sich auch die Männer einem neuen Bild der Geschlechterrollen öffnen.

Ein besonderer Ansatzpunkt unserer Arbeit richtet sich auf die Förderung jener Frauen, die bereits über politisches Interesse verfügen, aber keine genaue Vorstellung von der Praxis und den „Regeln“ der Politik haben. Sie werden geschult in Fragen des Parlamentaufbaus, der Durchführung von Wahlen und Partizipation auf kommunaler Ebene. Oftmals kennen Frauen im ländlichen Bereich ihre Rechte kaum oder gar nicht. Neben den Frauen an der Basis werden Frauen in Leitungsfunktionen unterstützt. Durch ihren Einfluss können sie sich besonders breitenwirksam als Interessenvertreterinnen engagieren.

Neben den politischen Aktivitäten betreut die KAS weiterhin einzelne Projekte, um die ökonomische und soziale Situation der Frau zu verbessern, beispielsweise in Paraguay. Einkommenschaffende Maßnahmen und Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität und Vermarktung werden ebenso gefördert wie Projekte zur Verbesserung der Gesundheits- und Bildungssituation.

Die strategische Ausrichtung der Arbeit der Stiftung hat sich über die letzten Jahrzehnte verändert. Die Projekte haben sich weg von einer oftmals wirtschaftlichen Unterstützung hin zur politischen Stärkung von Frauen entwickelt.¹ Die Förderung von Frauen in der Politik findet heute sowohl auf lokaler und kommunaler, als auch auf nationaler Ebene statt.

In der Demokratischen Republik Kongo beispielsweise werden in erster Linie Parlamentarierinnen fortgebildet, während in Senegal und in Benin vor allem das kommunalpolitische Engagement von Frauen in ländlichen Gebieten gefördert wird. Aber auch Frauen mit höherem Bildungsstand soll in Senegal geholfen werden, in Entscheidungsinstanzen zu gelangen, um dort als Sprachrohr für die Frauen des Landes agieren zu

können. In Brasilien werden für Frauen in ländlichen Regionen Qualifizierungsmaßnahmen in den Bereichen familiäre Landwirtschaft, nachhaltige Landnutzung, politische Bildung, partizipative Steuerung und Kontrolle von Raumentwicklung angeboten.

Um in China die Mitgestaltung der Gesellschaft durch Frauen zu garantieren, werden bereits vorhandene Partizipationskanäle weiter ausgebaut und das politische Bewusstsein von Frauen geschärft. Damit Frauen in Israel bessere Chancen in der Politik erlangen, werden Führungskurse für Frauen in den Gemeindeverwaltungen durchgeführt sowie Vorbereitungskurse für die Kommunalwahlen. Fast alle weiblichen Knesset-Abgeordneten haben in der Vergangenheit an einem „Leadership-Kurs“ der KAS teilgenommen. Um engagierte Frauen in Polen auf ihrem Weg in regionale Vertretungen und in das nationale Parlament zu unterstützen, werden Fortbildungsseminare zu Themen wie politische Kommunikation, Organisation einer NRO oder Projektverwaltung angeboten. Auch hier sind heute einige der ehemaligen Teilnehmerinnen Abgeordnete im Parlament oder in lokalen Vertretungen.

Bis zur tatsächlichen Gleichberechtigung von Mann und Frau bleibt noch ein weiter Weg. Die KAS kann hier nur kleine Beiträge leisten. Auch wenn in vielen Ländern bereits Erfolge bei der weiblichen Beteiligung in der Politik erzielt wurden, hält sich das traditionelle Bild der Frau in vielen Gesellschaften mit zäher Hartnäckigkeit. Demzufolge soll in Zukunft noch stärker auch ein geschlechterübergreifender Ansatz verfolgt werden.

1/ Das verdeutlichen die KAS-Publikationen der Reihe „Standortbestimmungen“ von 1992 (*Frauenförderung in Entwicklungsländern*, hrsg. von M. Baumhauer) und 1998 (*Eine gerechte Welt für Frauen*, hrsg. von M. Baumhauer und F. Mensing).

2. PROJEKTBEISPIELE AUS DER ARBEIT DER KAS

2.1. ÄGYPTEN

Ausgangsbedingungen

Die Arabische Republik Ägypten wird im Allgemeinen als *Developing Country* (DC) mit deutlichem wirtschaftlichem Wachstumspotential eingestuft. Die wichtigsten Einnahmequellen des Staates stellen traditionell die Suezkanal-Gebühren, die Gewinne aus dem Erdöl- und Erdgas-Export, Überweisungen ägyptischer Arbeitsmigranten und der Tourismus dar. Investitionen aus den Golfstaaten und der hohe Ölpreis bescherten Ägypten in der jüngeren Vergangenheit zudem ein stabiles Wirtschaftswachstum. Dieses Wachstum kommt bislang aber nur einer kleinen wirtschaftlichen Elite zugute. Der Großteil der ägyptischen Bevölkerung leidet zunehmend unter einer unzureichenden Grundversorgung, einem maroden öffentlichen Sektor, einer hohen Arbeitslosigkeit und massiv steigenden Preisen. Politische Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenssituation breiter Bevölkerungskreise sind nur ansatzweise erkennbar. Eine grundlegende politische Liberalisierung des autoritären Systems ist ungeachtet der guten Wirtschaftslage nicht in Sicht.

Frauen haben in der jüngeren Geschichte Ägyptens eine wichtige Rolle gespielt. Schon zu Beginn des 20. Jahrhunderts entstanden die ersten Frauenrechtsorganisationen im Land. Bereits damals traten Frauen für die Unabhängigkeit des Landes ein, verbunden mit dem Kampf um politische Gleichberechtigung. Erst die Revolution von 1952 bzw. die Verfassung von 1956 brachte den ägyptischen Frauen aber das aktive und passive Wahlrecht. Die Verwirklichung politischer Gleichberechtigung blieb jedoch auf eine kleine Elite ägyptischer Frauen beschränkt. Die überwiegende Mehrheit der Ägypterinnen hatte weiterhin mit patriarchalischen Strukturen, repressiven Traditionen und einer verbreiteten de facto Vorenthalaltung gesetzlich garantierter politischer und sozialer Rechte zu kämpfen. Eine vorsichtige Wende setzte erst in den späten 1980er Jahren ein. Zwischen 1985 und 1995 stieg die

Zahl der registrierten Frauenrechtsorganisationen von 19 auf über 2000 an. Allmählich formierte sich nun der Widerstand gegen die verbliebenen Bestandteile einer diskriminierenden Rechtsordnung. Die gesetzlich festgeschriebene Gehorsamspflicht der Ehefrau, die Zulässigkeit der Mehrehe, die Zustimmungspflicht des Ehemannes zu Auslandsreisen seiner Frau und die diskriminierenden Scheidungsregelungen gerieten zunehmend in die Kritik politischer Aktivistinnen.

Diese Entwicklung trug in jüngerer Zeit erste Früchte. Die ägyptische Regierung hat erkannt, dass die Verwirklichung von Frauenrechten eine wichtige Voraussetzung zur Entwicklung des Landes ist und hat in den vergangenen Jahren neue Scheidungsregeln erlassen, Familiengerichte etabliert und Frauen in hohe juristische Ämter berufen. Eine Reihe diskriminierender Rechtsvorschriften blieben allerdings nach wie vor bestehen.

Das Problem der ägyptischen Frauen ist aber weniger die Rechtslage als vielmehr die Rechtsumsetzung. Kulturelle, religiöse und ökonomische Faktoren hindern sie vor allem in Oberägypten daran, ihre Rechte einzufordern. Die Ursache ist oft eine geschlechtsspezifische Erziehung und der Widerstand von Männern und Familien. Eine Verschleppung von Verfahren, Korruption und gesellschaftlicher Druck sorgen dafür, dass Frauen ihre Rechte in der Regel gar nicht erst in Anspruch nehmen. Die Folgen sind oft katastrophal. Obwohl Frauen im informellen Sektor einen erheblichen Anteil des ägyptischen Bruttosozialprodukts erwirtschaften, werden ihnen wirtschaftliche, soziale und politische Rechte vorenthalten. Verarmung und häusliche Gewalt sind ebenso an der Tagesordnung wie die barbarische Sitte der weiblichen Genitalverstümmelung, die in Ägypten trotz gesetzlichen Verbots nach wie vor die Regel ist.

Die Ausgangsbedingungen zur Frauenförderung in Ägypten sind daher ambivalent. Zum einen ist der politische Wille zur Verbesserung der allgemeinen



Lage von Frauen bei der ägyptischen Regierung und den politischen und ökonomischen Eliten des Landes vorhanden. Zum anderen fehlt es aber gerade in ländlichen Regionen an Mitteln, an Infrastruktur und an Akzeptanz, um Frauen mit ihren Rechten vertraut zu machen und zum politischen Engagement zu bewegen. Die frauenpolitische Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung Ägypten konzentriert sich daher auf die Förderung politischer Teilhabe von Frauen, auf Rechtsaufklärung und allgemeine Bewusstseinsbildung.

Projektbeispiel

Die KAS Ägypten führt seit dem Jahr 2000 regelmäßig Trainings- und Bildungsmaßnahmen für Frauen durch. Hauptpartner hierbei sind seit 2001 die Nichtregierungsorganisation *Development Program for Women and Children* (DPWC) und seit 2006 das an der Universität Kairo angesiedelte *Center for Political Research and Studies* (CPRS). DPWC wurde 1999 von der Frauenrechtsaktivistin Maha Kairallah mit dem Ziel gegründet, die Rechte von Frauen, Familien und Kindern durch Aufklärungs- und Bildungsmaßnahmen zu stärken. Als eine der wenigen Frauenrechtsorganisationen Ägyptens verfügt DPWC gleichzeitig über Kontakte zu Akademikern und Entscheidungsträgern in Kairo sowie über gute Beziehungen zu örtlichen Aktivistinnen und Experten in Oberägypten. CPRS ist ein 1986 an der Kairo Universität gegründetes Forschungsinstitut, das sich durch zielgruppenspezifische Angebote der politischen Bildung einen Namen gemacht hat und in unterschiedlichen Projekten mit der KAS Ägypten zusammenarbeitet.

Politische Partizipation

Unter den 455 Abgeordneten der ägyptischen Volksversammlung (Parlament) befinden sich nur acht Frauen. In den Lokalräten und in anderen politischen Gremien sind es zum Teil noch weniger. Der Grund für die starke Unterrepräsentanz von Frauen ist nicht nur gezielte Diskriminierung, sondern auch fehlendes Wissen. Um die Diskrepanz zwischen dem Interesse an politischer Teilhabe und der tatsächlichen Kenntnis politischer Prozesse bei ägyptischen Frauen zu verbes-

sern, führt die KAS Ägypten zusammen mit CPRS etwa vier bis fünf Trainingsmaßnahmen für Nachwuchspolitikerinnen pro Jahr durch. Zu dem drei- bis viertägigen Seminarprogramm gehören u.a. Grundbegriffe politischer Theorie und internationaler Politik sowie eine Einführung in politische Entscheidungsprozesse. Am wichtigsten ist aber die praktische Erfahrung. In Gruppenarbeit üben die angehenden Politikerinnen die Methoden einer erfolgreichen Kandidatur und Amtsführung ein. Für viele Frauen ist dies die erste Gelegenheit, ihre politischen Ansichten (vor Männern) in einer simulierten Debatte zu äußern. Der Erfolg gibt dem Konzept Recht: 19 Teilnehmerinnen haben es in den letzten Lokalwahlen am 8. April 2008 in politische Ämter geschafft.

Frauenrechte

Die von der KAS Ägypten zusammen mit DPWC durchgeführten Frauenrechtsseminare in Oberägypten sind bereits seit einer Reihe von Jahren ein viel beachtetes Instrument frauenpolitischer Arbeit, das bislang mehrere tausend Ägypterinnen – viele von ihnen Analphabetinnen – erreicht hat. Auf Anregung von Teilnehmerinnen wurde die Konzeption dieser Seminare Ende 2007 überarbeitet und auf spezifische Themenbereiche konzentriert. Gleichzeitig wurde am erfolgreichen Modell der Ansprache und Einladung über Mundpropaganda und örtliche Multiplikatorinnen festgehalten. Seit dieser Neukonzeption konnten Seminare zu den Themen „Weibliche Genitalverstümmelung“, „Verschuldenunabhängige Scheidung“ und „Rechtliche Schritte gegen häusliche Gewalt“ durchgeführt werden. Hierbei zeigte sich nicht nur das große Interesse der oberägyptischen Frauen an Wissen und Diskussion, sondern es bot sich auch die Chance zur Formulierung gemeinsamer Positionen und politischer Forderungen. Mit diesen Maßnahmen der Bewusstseinsbildung und Rechtsaufklärung hat die KAS Ägypten wichtige Impulse in der aktuellen ägyptischen Frauenrechtsdebatte geliefert, die momentan auf neue Strafen für Genitalverstümmelung und eine Reform des Familiengesetzes hinausläuft.

Bewusstseinsbildung

Vor allem weibliche Rollenvorbilder stärken in Ägypten das Bewusstsein für Frauenrechte. Eine wichtige Rolle spielen hierbei Lokaljournalistinnen. Seit 2006 führt die KAS Ägypten deshalb zusammen mit CPRS und bekannten ägyptischen Medienvertretern Workshops für angehende Lokaljournalistinnen in Oberägypten und Kairo durch. Den bislang rund 400 Teilnehmerinnen werden dabei nicht nur journalistische Grundkenntnisse, sondern auch politische und gesell-

schaftliche Grundbildung vermittelt. Dabei geht es nicht nur um Berufsausbildung, sondern vor allem um die Förderung von Rollenvorbildern und die öffentliche Wahrnehmung von frauenpolitischen Themen. Dass diese Idee funktioniert, zeigte sich zuletzt bei den Lokalwahlen vom April 2008. Viele ehemalige Teilnehmerinnen nutzten das Ereignis, um ausführlich über die erfolgreiche Kandidatur von Frauen und deren politische Arbeit zu berichten.

Die KAS Ägypten setzt sich darüber hinaus in einer Reihe von anderen Kontexten für die Förderung und Verbreitung des Bewusstseins für Frauenrechte ein. In den letzten Jahren hat die Stiftung sieben Publikationen zu frauenpolitischen Themen veröffentlicht, die als Arbeitsmaterial bei anderen Maßnahmen der politischen Bildung zum Einsatz kommen. Frauenförderung ist außerdem ein Querschnittsthema der gesamten politischen Bildungsarbeit der KAS in Ägypten. Besondere Aufmerksamkeit verdient in diesem Zusammenhang das Anfang 2008 ins Leben gerufene KAS-Schulungsprogramm für ägyptische Imame. Zum ersten Mal in Ägypten diskutierten im Rahmen dieser Workshops engagierte Frauen mit ägyptischen Geistlichen über ihre Rechte – und das gemeinsam in der Moschee!

Entwicklungs-politischer Kontext

Ägypten hat die UN-Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) unterzeichnet. Die Regierung hat jedoch bislang Vorbehalte geltend gemacht, die sich auf die Rolle der Frau innerhalb der Familie beziehen. Spätestens seitdem der *Arab Human Development Report* 2002 die Diskriminierung von Frauen als eine von drei zentralen Entwicklungshindernissen der arabischen Staaten identifizierte, hat auch in Ägypten die Diskussion über geschlechtsspezifische Diskriminierung eingesetzt. Die ägyptische Regierung ist bereits seit Ende der 1990er Jahre bemüht, Verbesserungen der politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Lage von Frauen durchzusetzen. Dementsprechend hat sich Ägypten ausdrücklich zum dritten Ziel (Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung von Frauenrechten) der Millenniums-Entwicklungsziele bekannt und eine vielbeachtete Kampagne zur Aufklärung über die MDGs gestartet.

Die bisherige Bilanz der entsprechenden Bemühungen fällt gemischt aus. Deutliche Erfolge konnten bei der Bildungssituation von Frauen erzielt werden. 55 Prozent der Universitäts-Professoren sind Frauen. 2003 wurde die erste Richterin berufen, 2007 wurde erstmals eine Frau als Verfassungsrichterin vereidigt und



2008 die erste weibliche Standesbeamte ernannt. Ferner wurden 2004 eine Reihe von familienrechtlichen Veränderungen beschlossen und 2006 eigene Familiengerichte eingesetzt, um diese Rechte besser durchzusetzen. Keine Verbesserung hat sich hingegen bei der Situation der ägyptischen Frauen auf dem Arbeitsmarkt und in der Politik ergeben. Die Zahl berufstätiger Frauen außerhalb der Landwirtschaft stagniert ebenso wie die Zahl gewählter Parlamentarierinnen. Gerade die politische Repräsentanz von Frauen in den Lokalräten ländlicher Gebiete ist mit 1,3 Prozent sehr niedrig.

Obwohl die Rechtslage in Ägypten für Frauen nach wie vor diskriminierend ist, ist sie weit fortschrittlicher als die Realität. Die staatliche Justiz und das formale Recht haben auf die reale Stellung der ägyptischen Frauen oft nur geringen Einfluss. Gewohnheitsrechte, Traditionen und überholte religiöse Praktiken bestimmen die Lebenswirklichkeit. Akteure der Entwicklungs-zusammenarbeit in Ägypten verweisen daher darauf, dass Ansätze, die lediglich auf eine Verbesserung von Gesetzen abzielen, zu kurz greifen. Staatliche Gerichte gibt es nicht flächendeckend, und in den allermeisten Fällen werden sie gar nicht erst angerufen. Auch der *Arab Human Development Report* von 2005 fordert daher eine umfassendere Strategie, die sozio-ökonomische Einflussfaktoren, männliche Rollenbilder, gesellschaftliche Erwartungen und traditionelle Glaubensvorstellungen berücksichtigt. Genau hier setzt die Frauenförderung der KAS Ägypten an.

Text: Andreas Jacobs, Hossam Madkour

Kontakt: KAS-Auslandsbüro Ägypten

Auslandsmitarbeiter: Andreas Jacobs

Andreas.Jacobs@kas.de

2.2. BENIN

Ausgangsbedingungen

„Arm, aber frei“ – vereinfacht lässt sich so die Situation in dem westafrikanischen Benin umschreiben.

Ökonomisch und sozial liegt Benin im weltweiten Vergleich weit hinten. Im HDI-Ranking belegt es den 163. von 177 Plätzen. 70 Prozent der Bevölkerung leben von weniger als zwei Dollar am Tag. Die größte Armut herrscht in den ländlichen Regionen Benins. Rund zwei Drittel aller Beniner arbeiten in der Landwirtschaft, sie erwirtschaften aber nur etwa ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes. Die Wirtschaft wächst zwar seit Jahren relativ stark, das jährliche Wirtschaftswachstum wird jedoch zum Großteil vom hohen Bevölkerungswachstum aufgezehrt. Während zwischen 2000 und 2005 die Bevölkerung jährlich um durchschnittlich 3,2 Prozent gewachsen ist, lag das durchschnittliche jährliche Wirtschaftswachstum im gleichen Zeitraum mit 4,25 Prozent nur wenig darüber. Auch die meisten sozialen Indikatoren weisen negative Werte auf. So können beispielsweise nur etwas mehr als ein Drittel der Erwachsenen lesen und schreiben. Auf 50.000 Beniner kommt ein Arzt. Von hundert Neugeborenen sterben 15, bevor sie das fünfte Lebensjahr erreichen.

Der weit verbreiteten Armut in Benin steht ein hohes Maß an politischer Freiheit gegenüber. Benin gilt als ein Musterland der Demokratie in Westafrika. 1990 ging die sozialistische Ära mit der historischen Nationalkonferenz zu Ende, welche eine neue Verfassung verabschiedete und somit den Übergang zur Demokratie gestaltete. Seither werden regelmäßig Präsident und Parlament frei gewählt, das Justizsystem ist unabhängig und die Presse frei. Die hohe Analphabetenquote und die große Armut schmälern freilich die demokratischen Errungenschaften. Zu einfach ist es, Stimmen, Gerichtsurteile oder Medienberichte zu kaufen. Wachsamkeit und das Bemühen um eine weitere Verankerung der Demokratie sind daher auch künftig angeraten. Dennoch hat Benin im Vergleich mit den meisten anderen Ländern der Region bereits ein weites Stück des Weges zurückgelegt. Im Großen und Ganzen funktioniert die Demokratie auf nationaler Ebene gut.

Unterhalb der nationalen Ebene jedoch ist die Partizipation der Bürgerinnen und Bürger nach wie vor gering. Benin befindet sich derzeit in einem Dezentralisierungsprozess, der die Beteiligung der Menschen an den Entscheidungs- und Entwicklungsprozessen in ihrer unmittelbaren Umgebung erhöhen soll. Die ers-

ten Kommunalwahlen seit der Einführung der Mehrparteidemokratie fanden im Dezember 2002 statt. In 77 Kommunen wurden die Gemeinderäte gewählt. Der Transfer von Kompetenzen und Ressourcen auf die kommunale Ebene geht jedoch nur schleppend voran. In den Kommunen ist häufig das Niveau der Gewählten an formaler Bildung gering, und die Zentralregierung gibt nur ungern Macht ab.

Frauen sind auf kommunalpolitischer Ebene unterrepräsentiert. Insgesamt gingen bei den Wahlen 2002 von den 1150 Sitzen nur 47 an Frauen, was einem Anteil von 4,08 Prozent entspricht. Der Anteil der Frauen, die sich zur Wahl gestellt hatten, war mit 8,44 Prozent etwas höher (482 Frauen gegenüber 5227 Männern). Von den 77 Bürgermeistern waren anfangs nur zwei weiblich. Danach gab es an der Spitze von zwei Kommunen Wechsel zugunsten von Frauen, sodass es in Benin derzeit vier Bürgermeisterinnen gibt, was 5,2 Prozent aller Gemeindeoberhäupter entspricht.

Projektbeispiel

„Sensibilisieren Sie die Frauen für die Bedeutung der Treue! Wenn ein Mann überzeugt ist, dass seine Frau ihm treu bleibt, gibt es kein Problem.“

„Frauen, die sich in der Politik engagieren, werden als Prostituierte bezeichnet. Glauben Sie, dass das, was diese Frauen tun, die Gesellschaft weiterbringt?“

„Die Frauen, die sich in der Kommunalpolitik engagieren, werden keine Zeit mehr haben, sich um den Haushalt und die Erziehung der Kinder zu kümmern.“

Die Partizipation der Frauen auf kommunalpolitischer Ebene bleibt extrem schwach. Bei den obenstehenden Zitaten handelt es sich um Äußerungen von Männern und Frauen aus ländlichen Regionen Nordbenins während einer Sensibilisierungskampagne für die Partizipation von Frauen an der Kommunalpolitik. Sie demonstrieren, welche traditionellen Rollenmuster das politische Engagement von Frauen erschweren.

Am 20. April 2008 fanden Kommunalwahlen statt. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hat in Zusammenarbeit mit der GTZ und dem Netzwerk RONDEL (*Réseau des ONG pour le Développement Local*) im September und Oktober vergangenen Jahres in den Departements Atakora und Donga im Norden Benins ein mehrstufiges Projekt durchgeführt mit dem Ziel, die Präsenz der Frauen in den Gemeinderäten nach den Kommunalwahlen zu erhöhen. Um dieses Ziel zu erreichen, sah die Maßnahme nicht nur die Sensibilisierung der

Öffentlichkeit in 16 Kommunen für das Thema vor, sondern auch die gezielte Fortbildung interessierter Frauen zu konkreten Fragen wie den Formalitäten der Kandidatur, dem Aufstellen der Wahllisten sowie Wahlkampf- und Kommunikationsstrategien.

Im Detail bestand das Projekt aus folgenden Komponenten:

- Informationsveranstaltungen in den Kommunen für die Frauenvereinigungen, gefolgt von Plädoyers bei den Verantwortlichen der örtlichen politischen Parteien sowie den traditionellen und religiösen Autoritäten

Die Informationsveranstaltungen in den Kommunen der deutschen Schwerpunktregion Atakora/Donga wurden eingeleitet durch einen 26-minütigen Film zum Thema „Frauen und Politik“. Der Film schildert eingangs die Situation der Frauen in Benin im Allgemeinen und die rechtlichen Grundlagen des Kampfs gegen die Diskriminierung von Frauen. Anschließend wird die Bedeutung der Frauen für die örtliche Entwicklung aufgezeigt sowie das Engagement von Frauen in der Politik, u.a. anhand von Beispielen populärer Beniner Politikerinnen, thematisiert.

Die im Film angesprochenen Themen wurden daraufhin von dem Mitarbeiter der KAS mit einem Exposé vertieft, das in die jeweilige lokale Sprache übersetzt wurde. An das Exposé schloss sich eine Debatte an über die Schwierigkeiten und Blockaden, die eine umfassende Partizipation der Frauen verhindern. Die oben genannten Zitate entstammen diesen Debatten. Die Argumentationsstrategie, derer sich der KAS-Mitarbeiter bei den Diskussionen bediente, ist der kulturellen Umgebung angepasst. Da das durchschnittliche Bildungsniveau in den Kommunen niedrig ist, werden häufig bildhafte Geschichten und Anekdoten aus der lokalen oralen Tradition herangezogen, um auf die obigen Einwände effektiv zu reagieren. Die Geschichte von dem Arzt, der in der Hauptstadt Cotonou lebt und daher den Patienten im fernen Norden Benins nicht behandeln kann, begründet zum Beispiel die Notwendigkeit der Dezentralisierung. Die Bedeutung einer aktiven Rolle der Frau für die Gesellschaft wird ebenfalls anhand verschiedener Gleichnisse aus der örtlichen Geschichte sowie aus dem Koran und der Bibel demonstriert.

Im Anschluss an die Diskussionen mit den Frauenorganisationen wurde das Gespräch mit den traditionellen und religiösen Autoritäten sowie den örtlichen politischen Parteien gesucht.

- Informationsveranstaltungen und Plädoyers auf der Ebene der Arrondissements

Die Informationsveranstaltungen und Plädoyers, die auf kommunaler Ebene von dem Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung gestaltet wurden, wurden auf der Ebene der Arrondissements von Mitgliedern der Partnerorganisation RONDEL mit den örtlichen Frauen und Entscheidungsträgern wiederholt. Bei RONDEL handelt es sich um den Dachverband von Organisationen, die sich in Dörfern und Kommunen für die lokale Entwicklung engagieren. Im Vorfeld der Veranstaltungen in den Arrondissements wurden die Multiplikatoren von RONDEL in einem Seminar auf die Aufgabe vorbereitet. Im Mittelpunkt des Fortbildungsseminars standen neben den mit den Kommunalwahlen verbundenen gesetzlichen Bestimmungen und Abläufen die oben geschilderten Argumentationsstrategien zur Ermutigung des Engagements von Frauen in einem von traditionellen Rollenmustern geprägten Umfeld. Die Multiplikatoren wurden außerdem darauf vorbereitet, die Frauen, die sich als Kandidatinnen bei den Kommunalwahlen präsentieren wollen, bei der Einreichung ihrer Kandidatur und der Entwicklung einer Wahlkampfstrategie zu unterstützen.

- Die Fortbildung interessierter Frauen

Ein weiteres wichtiges Element des Projekts war die gezielte Fortbildung von Frauen, die sich für die Lokalpolitik interessieren. Frauen aus dem Atakora/Donga, die bei den Informationsveranstaltungen Interesse bekundet hatten, für die Gemeinderäte zu kandidieren, wurden gemeinsam mit ehemaligen Kandidatinnen und aktuell gewählten Gemeinderätinnen der Region zu zwei Seminaren eingeladen. Die Frauen wurden über die grundlegenden Gesetze und Verfahren der Dezentralisierung unterrichtet sowie in Kommunikation und *Leadership* geschult. Darüber hinaus wurden eingehend Strategien, Organisation und Finanzierung des Wahlkampfs behandelt und in praktischen Übungen veranschaulicht. Zahlreiche Fragen rund um die Dezentralisierung und das weibliche Engagement in der Lokalpolitik konnten dabei geklärt werden. Die Frauen begrüßten darüber hinaus sehr die Möglichkeit des Erfahrungsaustauschs.

- Eine begleitende Medienkampagne in den Lokalradios

Die Sensibilisierungs- und Fortbildungsmaßnahmen wurden durch eine Medienkampagne für die breite Bevölkerung begleitet. Die Lokalradios thematisierten die Frage des weiblichen Engagements in der Kommunalpolitik in den jeweiligen Lokalsprachen. Die Durchführung der Medienkampagne oblag dem Partner GTZ.

Erklärtes Ziel des Projekts war die Steigerung des Anteils der weiblichen Kandidaturen im Atakora/Donga um drei Prozentpunkte über den landesweiten Durchschnitt von 2002 von 8,44 Prozent. Ob die angestrebten 11,44 Prozent an Kandidatinnen erreicht werden konnten, ist derzeit noch unklar, da die Listen der Kandidaturen noch nicht veröffentlicht wurden. Es konnten mit dem Projekt jedoch weite Teile der Bevölkerung im Atakora/Donga erreicht werden. An den Veranstaltungen auf kommunaler Ebene nahmen durchschnittlich etwa 70 Personen teil. Die wichtigen lokalen Entscheidungs- und Meinungsträger konnten so sensibilisiert werden. Eine ganze Reihe von ihnen ergriff in den Veranstaltungen das Wort, um die Frauen öffentlich zu unterstützen und zu ermutigen. Bei den Veranstaltungen auf der Ebene der Arrondissements konnte erneut ein Vielfaches an Teilnehmerinnen angesprochen werden, ebenso wie durch die Medienkampagne. Etwa einhundert Frauen wurden darüber hinaus gezielt geschult.

Entwicklungs-politischer Kontext

Die Förderung der Gleichheit der Geschlechter ist das dritte der acht Millenniumsziele. Benin hat sich zu den Millenniumszielen bekannt und dieses in seinem PRSP vom April 2007 nochmals wiederholt. Ein weiteres Entwicklungsziel, das die beninische Regierung im PRSP festgelegt hat, ist die Dezentralisierung der Verwaltung und die Einführung der repräsentativen Demokratie auf kommunaler Ebene. Nicht nur die deutschen Durchführungsorganisationen der TZ engagieren sich seit langem stark für dieses Ziel, sondern auch die Konrad-Adenauer-Stiftung. Das Projekt zur Erhöhung des kommunalpolitischen Engagements von Frauen verbindet die Förderung der Gleichheit der Geschlechter mit der Förderung der Dezentralisierung. Es ist darüber hinaus ein gelungenes Beispiel von Geberkoordination innerhalb der deutschen EZ.

Doch der politische Kontext des Projekts ist schwierig. Die zweiten Kommunalwahlen in Benin sind sehr umkämpft. Während die relativ schwache Einschreibung

der Bevölkerung in die Wahllisten zeigt, dass das Interesse der Bevölkerung an der Basis für die Dezentralisierung noch relativ gering ist, blickt die nationale Politik mit Spannung auf die Wahlen. Die nationalen politischen Kräfte engagieren sich massiv in den Kommunen, um hier ihren Einfluss zu sichern und auszubauen. Politische Seilschaften und Geld spielen daher bei der Aufstellung der Listen und im Wahlkampf eine große Rolle. Frauen, die sich aus Idealismus in der Lokalpolitik engagieren wollen und über relativ wenig politische Erfahrung und finanzielle Mittel verfügen, werden es daher schwer haben. Das Projekt muss insofern als Teil der Bemühungen gesehen werden, den eigentlichen Sinn der Dezentralisierung, nämlich die breite Partizipation der lokalen Bevölkerung an Entscheidung- und Entwicklungsprozessen, in ihrem unmittelbaren Umfeld bekannt zu machen. Die Sensibilisierungsanstrengungen diesbezüglich müssen intensiviert werden, um zu erreichen, dass kommunalpolitisches Engagement tatsächlich der lokalen Entwicklung dient und nicht eine bloße Fortsetzung des politischen Klüngels ist.

Was die spezifisch weiblichen Probleme betrifft, sich politisch zu engagieren, so ist der umfassende Ansatz des Projekts, nicht nur die Frauen zu schulen, sondern auch das gesellschaftliche Umfeld zu sensibilisieren, angesichts der herrschenden traditionellen Rollenmuster unbedingt notwendig. Die Meinung religiöser und traditioneller Autoritäten hat gerade in den ländlichen Kommunen sehr großes Gewicht. Die Diskussionen im Rahmen der verschiedenen Veranstaltungen haben gezeigt, dass es zudem sinnvoll wäre, zukünftig noch einen Schritt weiter zu gehen und die Ehemänner in die Fortbildungsseminare für die Frauen zu integrieren.

Text: Corinna Heuer, David Robert

Kontakt: KAS-Auslandsbüro Benin

Auslandsmitarbeiter: David Robert

d.robert@kas-benin.de

2.3. BRASILIEN

Ausgangsbedingungen

Die Föderative Republik Brasilien ist ein sehr komplexes Land, das nicht nur durch seine Ausdehnung und Bevölkerungsstärke auf dem südamerikanischen Kontinent hervorsticht, sondern auch durch seine enorme Vielfalt und Widersprüchlichkeit. Brasilien hat sich durch die Modernisierung seiner Wirtschaft auf der Basis einer günstigen Ausstattung mit natürlichen Ressourcen zumindest in Teilgebieten zu einem der

führenden Schwellenländer entwickelt, dessen politischer und wirtschaftlicher Einfluss in der Region von entscheidender Bedeutung ist. Das von der Fläche her fünfgrößte Land der Erde und die weltweit zehntgrößte Volkswirtschaft weist aber neben seinem hohen Entwicklungspotential auch gravierende Entwicklungssprobleme und extreme regionale Disparitäten auf. Die Gruppe, die das soziale Gefälle oftmals besonders zu spüren bekommt, sind die Frauen. Von den heute 189 Millionen Brasilianern sind ca. 51 Prozent Frauen.

Was die Ausbildung betrifft, weisen Frauen mittlerweile zwar längere Schul- und Ausbildungszeiten vor, doch der Anteil an Arbeiterinnen mit niedrigem Bildungsgrad liegt immer noch bei ca. 40 Prozent. In den letzten Jahren wuchs der Anteil der Frauen am Arbeitsmarkt in Brasilien in fast allen Regionen. Frauen erhalten jedoch nur 69 Prozent des Durchschnittslohns der Männer. Sie sind hauptsächlich im öffentlichen Dienst (49,1 Prozent) oder im Handel (15,9 Prozent) vertreten, aber im industriellen Bereich nur mit 12,4 Prozent beteiligt sowie häufig im informellen Sektor tätig.

Im Gesundheitsbereich gab es Fortschritte mit einer bedeutenden Reduzierung der Sterberate bei Geburten und der steigenden Anzahl der Kliniken, die legale Schwangerschaftsabbrüche durchführen. Ein großes Problem für viele brasilianische Frauen ist nach wie vor die häusliche Gewalt.

Erst seit 1932 gibt es das Frauenwahlrecht in Brasilien, und seit 1988 stärkt die brasilianische Verfassung den Schutz der politischen Rechte von Frauen und verbrieft zum ersten Mal in der Geschichte die Gleichheit zwischen den Geschlechtern als Grundgesetz. Doch gibt es auch heute immer noch Regionen, in denen die Rolle der Frau in einer sehr traditionellen Form gesehen wird. Vor allem die Realität der Frauen, die an der unteren Einkommensgrenze leben, ist geprägt von Armut und Gewalt. Die rasante Entwicklung des Landes scheint an ihnen vorbeigegangen zu sein. Als Gründe können beispielsweise die Verringerung der öffentlichen Dienstleistungen gelten, die einherging mit der Privatisierung von Schlüsselsektoren wie Wasser, Elektrizität, Gesundheit und Bildung sowie eine auf Überschüsse ausgerichtete Finanzpolitik und die Flexibilisierung des Arbeitsrechts.

Die Partizipation der Frauen in der Politik ist sehr niedrig. Um höhere Positionen zu erreichen, müssen brasilianische Frauen die kulturellen Machtstrukturen überwinden, die ihnen den Zugang zu Entscheidungspositionen erschweren. Die brasilianische Gesetzgebung sieht seit 1996 vor, dass politische Parteien

einen Frauenanteil von 20 Prozent bei der Aufstellung der Kandidaten vorweisen müssen. Dennoch hat sich die Anzahl von Kandidatinnen immer noch nicht deutlich erhöht.

Projektbeispiel

AACC (Verein zur Unterstützung der Landgemeinden – *Associação de Apoio às Comunidades do Campo*) ist eine 1985 gegründete, vom Bundesstaat Rio Grande do Norte im Nordosten und der Stadt Natal als gemeinnützig anerkannte und dem Nationalen Rat für Soziale Assistenz (*Conselho Nacional de Assistência Social*) registrierte Nichtregierungsorganisation. AACC wurde im Jahre 2000 auch als zivile Organisation im öffentlichen Interesse (OSCIP) anerkannt. Seit 1991 werden in jedem Jahr in Kooperation mit der Konrad-Adenauer-Stiftung Brasilien rund 60 Fortbildungsveranstaltungen mit ca. 2.500-3.000 Teilnehmern und Teilnehmerinnen durchgeführt.

Dabei liegen die Themenschwerpunkte der Ausbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen in den Bereichen: familiäre Landwirtschaft und nachhaltige Landnutzung, politische Bildung, partizipative Steuerung und Kontrolle von Raumentwicklung und politischen Prozessen auf lokaler Ebene. Ein Hauptanliegen des Partners ist dabei die Förderung der Eigenständigkeit von Frauen.



AACC bietet innerhalb seines Bildungsangebotes besondere Aktivitäten an, die sich ausschließlich an Frauen in ländlichen Gebieten der Agrarreform und Empfängerinnen von sozialen, nationalen Hilfsprogrammen wie die „Bolsa Família“ richten. Das Programm „Familienstipendium“ begünstigt Familien mit einem Einkommen von max. 50 Euro, die damit unterhalb der Armutsgrenze leben. Das Programm ist Be-

standteil des Programms *Fome Zero* („Null Hunger“), das das Recht auf Nahrungssicherheit und Beseitigung extremer Armut zum Inhalt hat.

Begleitung und Hilfe bei der Verwaltung von landwirtschaftlichen Projekten und Produktionsabläufen, Unterstützung bei der Veranstaltung von Seminaren, Treffen und Workshops werden angeboten. Diskussionsrunden finden zum Beispiel zur Entwicklung von Konzepten zu Bürgerbeteiligung und lokaler Selbstverwaltung, Gesellschaftspolitik, Solidarwirtschaft, ökologische Landwirtschaft, Lebensmittelkontrolle und -sicherheit, Gewalt gegen Frauen, Gender-Aufteilung am Arbeitsplatz, Wasserversorgung sowie Gesundheit der Frau statt. Oftmals kommen die Teilnehmerinnen aus Familien, die mit weniger Geld als einem brasiliensischen Mindestlohn (415 Reais = ca. 160 Euro) auskommen müssen und in denen häusliche Gewalt keine Seltenheit ist. An den Diskussionsrunden teilzunehmen ist für die Frauen nicht immer einfach. Die Männer sträuben sich häufig gegen die Entwicklung ihrer Frauen zu mehr Eigenständigkeit.



In den letzten zehn Jahren hat AACC lokale Initiativen mit überregionalen Frauengruppen zu Netzwerken verknüpft. In der Region Xique-Xique ist zudem ein agrarökologisches Netzwerk für fairen Handel entstanden. Im Laufe der Jahre ist die Nachfrage nach dieser Gruppenbildung und den Bildungsmaßnahmen immer mehr gestiegen und es fehlt an Mitteln, dieser Nachfrage in allen Regionen des Bundesstaates gerecht zu werden.

Im Programm „Familiäre Landwirtschaft“ führt AACC für Frauen Qualifizierungsmaßnahmen in den Bereichen Agrarökologie (nachhaltiger bzw. ökologischer Landbau) und *Economia Solidaria* (Entwicklung fairer Handels- und Konsumketten) durch. Dabei werden

drei Hauptziele verfolgt: Schulung von Landwirten und Landwirtinnen in nachhaltigen Produktionsmethoden, bessere Vernetzung der Produzenten und Stärkung von technischen Hilfsorganisationen. Die mit Mitteln der KAS finanzierten Aktivitäten unterstützen dabei vor allem Maßnahmen zur politischen Bildung, die unverzichtbarer Bestandteil der Schulungsprozesse im Bereich Agrarökologie sind.

Durch die Arbeit von AACC, die ganz auf die Bedürfnisse von Landfrauen ausgerichtet ist, werden diese in die Lage versetzt, selber eine Existenz aufzubauen und z. B. selbstständig Landwirtschaft zu betreiben und zu vermarkten und gleichzeitig auch zu mehr Eigenverantwortung und Teilhabe an demokratischen Prozessen animiert, um somit den politischen und gesellschaftlichen Transformationsprozess der Region voranzutreiben. Sie werden ermuntert, sich auf lokaler Ebene in politischen Organisationen, Gewerkschaften, Vereinen etc. zu engagieren. Im Bereich der besonderen Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen im sozialen, wirtschaftlichen und landwirtschaftlichen Bereich werden jährlich ca. 500 Frauen fortgebildet, viele von ihnen bleiben dann Teilnehmerinnen der so genannten *Marchas das Mulheres* (Frauenmärsche), wie die regelmäßigen örtlichen Treffen der Frauengruppen genannt werden, die über die einzelnen Workshops und Seminare hinaus bestehen bleiben und den Frauen einen regelmäßigen Treffpunkt bieten.

KAS-EU-Projekt

Im Nordosten von Brasilien leistet das von der EU für einen Zeitraum von fünf Jahren (2006-2011) kofinanzierte Projekt der Konrad-Adenauer-Stiftung „Nachhaltige Entwicklung der familiären Landwirtschaft im Nordosten Brasiliens“ einen konkreten Beitrag zur Armutsminderung und Stärkung der wirtschaftlichen Position der Frau im Bundesstaat Ceará. Im Rahmen des Projekts werden Bildungs- und Beratungsmaßnahmen in Form von Kursen mit Kleinbauern in drei Regionen des Bundesstaates Ceará durchgeführt, von denen ca. 50 Prozent Frauen sind. Das Projekt beinhaltet die Bildung eines biolandwirtschaftlichen Netzwerkes unter direkter und indirekter Beteiligung von ca. 12.000 familiären Kleinbauern unter besonderer Berücksichtigung von Frauen bei der Selbstverwaltung von familiären Produktionseinheiten. Die Umwandlung in biolandwirtschaftliche Systeme soll zur Ernährungssicherung, Verbesserung der Einkommenssituation und der Lebensqualität sowie zur Verbesserung der ökologischen Situation beitragen. Hierbei werden vor allem Frauen angesprochen, weil sie sich als besonders aufgeschlossene Gruppe herauskristallisiert haben.

Die Arbeit im Netzwerk von Akteuren der familiären Landwirtschaft und Agrarökologie soll die politische Artikulation in diesem Umfeld verstärken und den Zugang zu Beratung, Märkten und Finanzierungsmöglichkeiten mit Kleinkrediten vereinfachen. Im EU-Projekt sind die Nicht-Regierungsorganisationen *Centro de Estudos do Trabalho e de Assessoria ao Trabalhador* (CETRA – Zentrum für Studien und Beratung von Arbeitern) aus Fortaleza, *Núcleo de Iniciativas Comunitárias* (NIC – Zentrum für Gemeindeinitiativen) mit Sitz in Barreira sowie das Agrarwissenschaftliche Zentrum der Bundesuniversität von Ceará (CCA) zentrale Partner der KAS. Die Millenniumsziele „Beseitigung von extremer Armut und Hunger“ und „Sicherung der ökologischen Nachhaltigkeit“ sind neben der „Gleichstellung und Stärkung der Beteiligung von Frauen“ Richtschnur für das Projekt.

Das Projekt beteiligt sich an den wichtigsten Netzwerken wie der Artikulation der Semi-ariden Region (ASA – *Articulação no Semi-árido* – Artikulation im Semi-Arido), das aus 800 NRO im Nordosten besteht und ist in die Strategie des Landwirtschaftsministeriums von Ceará zur Weiterentwicklung der Agrarökologie eingebunden. Insgesamt trägt das EU-Projekt der KAS nach den bisherigen Evaluierungen zur Entwicklung der Biolandwirtschaft im Nordosten Brasiliens bei, wobei vor allem Frauen einen Nutzen daraus ziehen und sich an der ökologischen, nachhaltigen Landwirtschaft beteiligen und gleichzeitig eine stärkere Partizipation an demokratischen Entwicklungsprozessen in ihrer Region haben, weil sie sich aktiv an der Umstellung auf Agrarökologie in den Kommunen beteiligen.

Politische Partizipation von Frauen in Brasilien

Bei den rund 490 Bildungsmaßnahmen, die die KAS und ihre institutionellen Partner in Brasilien jährlich durchführen, wird Wert auf einen gleichberechtigten Anteil weiblicher Teilnehmer gelegt. Im Rahmen der Maßnahmen zur Förderung des politischen Engagements von Frauen werden darüber hinaus regelmäßig Kurse angeboten, die sich exklusiv an Frauen richten. Im Rahmen der Kurse wird Frauen in Trainingseinheiten nicht nur theoretisches Wissen vermittelt, sondern auch spezifische Fähigkeiten zur Verbesserung der politischen Artikulation innerhalb von Parteien. Denn in politischen Ämtern und Parteien sind Frauen in Brasilien immer noch unterrepräsentiert. Die Teilnehmerinnen erhalten durch dieses Kursangebot mit aktivem Training neue Impulse zur Verstärkung ihres politischen Engagements in Parteien. Ihre Führungskapazitäten werden ebenso wie ihre Fähigkeit zur Verhandlungsführung, zur strategischen Planung,



zur Artikulation und persönlichen Kommunikation ausgebildet. Da die KAS in ihren Programmen der Frauenförderung in Brasilien einen parteiübergreifenden Politikansatz verfolgt, richtet sich das Angebot an Frauen aus allen politischen Gruppierungen. Gleichzeitig steigt die Nachfrage nach dieser Art von interaktiven Kursen kontinuierlich an.

Entwicklungspolitischer Kontext

Das dritte UN-Millenniumsziel (Gleichstellung der Geschlechter, stärkere Beteiligung von Frauen) beruht auf der Annahme, dass Bildung der Schlüssel zur Überwindung der Unmündigkeit von Frauen ist. So beginnt die Gleichstellung der Frau beim Anteil der Mädchen in der Grundschulbildung und endet bei der Quote der Frauen im nationalen Parlament. Darüber hinaus ist die Stärkung der Rolle der Frau für den Kampf gegen die Armut bedeutsam. Denn Frauen bilden den Großteil der als extrem arm eingestuften Menschen auf der Welt.

Der Anteil der Frauen in Parlamenten ist einer der Indikatoren, der die Erlangung des dritten Millenniumsziels messen soll. Eine Studie, die im März 2008 von der *Interparliamentary Union* in Genf herausgegeben wurde, gibt an, dass Brasilien beim Ranking bezüglich des Frauenanteils unter Abgeordneten in den nationalen Parlamenten den 146. Platz von 192 insgesamt betrachteten Nationen einnimmt. Das Abgeordnetenhaus hat einen Frauenanteil von neun Prozent, d.h. 46 von insgesamt 513 Abgeordneten sind Frauen. Im Senat bietet sich ein ähnlich schwaches Bild. Von 81 Senatoren sind nur zehn Frauen (12,3 Prozent) und von 35 Ministern nur vier. Von der Erfüllung des dritten UN-Millenniumsziels ist Brasilien noch weit entfernt.

In Brasilien gibt es seit 2003 ein Ministerium für Frauen, das zusätzlich eingerichtet wurde, um die gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen von Frauen in Zusammenarbeit mit den anderen Fachministerien zu verbessern. Seit 2003 wurden zahlreiche Programme zum Beispiel zur Bekämpfung von Aids, zur Gleichstellung der Geschlechter, Frauen und Wissenschaft sowie Frauen und Bildung aufgelegt.

Darüber hinaus wurde der „II. Nationale Plan für Frauenpolitik“ der Regierung veröffentlicht, der neben den zuvor erwähnten Programmen auch eine spezielle Existenzförderung von Frauen im Bereich Armutsbekämpfung vorsieht.

Das Bundesministerium für Frauen hat im Jahr 2007 der Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen vor allem in sechs Bundesländern des Nordens und Nordostens (Bahia, Ceará, Pernambuco, Pará, Amazonas und Tocantins) besondere Priorität eingeräumt. Im Jahr 2007 wurde dazu das so genannte Gesetz *Maria da Penha* erlassen, das häusliche Gewalt härter verfolgt und bestraft. Das Gesetz ist nach einer Frau benannt, die im Jahr 1983 in Fortaleza (Bundesstaat Ceará) von ihrem Mann misshandelt und angeschossen wurde. Sie blieb gelähmt, aber ihr Mann wurde trotz Verurteilung nicht festgenommen. Der Fall ging bis zur Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte (OEA), die 2001 die brasilianische Regierung für Unterlassung von Hilfe bei häuslicher Gewalt verantwortlich machte und verschiedene Maßnahmen empfahl. Erst zwanzig Jahre nach der Tat kam der Ehemann der misshandelten Maria Penha ins Gefängnis.

Das Ministerium hat sich im Kampf gegen Gewalt zum Ziel gesetzt, die regionalen Ungleichheiten im Hinblick auf das Angebot an Dienstleistungen für Frauen, die sich in Notsituationen befinden, wie zum Beispiel spezielle Polizeieinheiten, Anlaufstellen mit psychologischer Betreuung und Unterkünfte sowohl auf Bundes- als auch auf regionaler Ebene, auszubauen.

Text: Anja Czymmeck

Kontakt: KAS-Länderbüro Brasilien / Fortaleza

Auslandsmitarbeiterin: Anja Czymmeck

Anja.Czymmeck@adenauer.org.br

2.4. CHINA

Ausgangsbedingungen

Seit der Lancierung der „Reform- und Öffnungspolitik“ im Jahr 1978 durch den Reformpolitiker Deng Xiaoping befindet sich die Volksrepublik China in einem stetigen Wandel. Neben einer grundlegenden Umstrukturierung der Wirtschaft und einer zunehmenden Einbindung der Volksrepublik China in das internationale Politikgeschehen haben sich die Reformen auch auf die chinesische Sozialstruktur ausgewirkt. Traditionelle Denk- und Lebensmuster verlieren nach und nach ihre Berechtigung und werden durch neue, moderne Lebensauffassungen ersetzt. So ist auch das Bild der traditionellen chinesischen Frau im Wandel begriffen.

Seit der Eröffnung des Shanghaier KAS-Büros im Jahr 2001 ist die Frauenförderung ein fester Bestandteil der Stiftungsarbeit vor Ort. Das Büro bemüht sich seit nunmehr sieben Jahren gemeinsam mit der *Shaanxi Women's Federation*, das in manchen Landesteilen noch immer vorherrschende Bild der „traditionellen Ehefrau, Hausfrau und Mutter“ endgültig zu durchbrechen und Frauen durch Ausbildungsförderung und einkommensschaflende Maßnahmen verstärkt in das außerfamiliäre Leben einzubinden. Anders als in den großen Städten entlang der Ostküste ist das traditionelle Bild einer ganz im Sinne des konfuzianischen Sittenkodex' agierenden Frau, verbunden mit einer strengen Geschlechtertrennung, nach wie vor gängig und bestimmt das Leben ländlicher Frauen.

Da der Aufbau einer Zivilgesellschaft ohne Gleichberechtigung der Geschlechter nicht realisierbar ist, unterstützt das KAS-Büro Shanghai sowohl inhaltlich als auch finanziell die Arbeit der *Shaanxi Women's Federation* (SWF). Dieser im Jahr 1950 gegründete Frauenverband versteht sich als Dachorganisation, der zahlreiche Interessengruppen ländlicher Frauen in sich vereint und diesen als Sprachrohr dient. Neben der allgemeinen Wahrung der Rechte und Interessen von Frauen setzt sich der Frauenverband vor allem für den Einstieg von Frauen in das Berufsleben ein, um somit ihre Stellung in der Gesellschaft aufzuwerten. Ein weiterer Aspekt, der vom KAS-Büro Shanghai besondere Aufmerksamkeit erfährt, ist die verstärkte Beteiligung von Frauen in ländlichen Gebieten an der lokalen Politikgestaltung. Der Ausbau politischer Partizipationsmöglichkeiten für Frauen nicht nur in den Städten, sondern auch auf dem Land soll ihnen eine zentrale Bedeutung bei der Mitgestaltung einer „harmonischen Gesellschaft“ übertragen.

Projektbeispiel

Exemplarisch für die gesellschaftliche Stärkung von Frauen in ländlichen Gebieten sind die Trainingsseminare der KAS für Nachwuchspolitikerinnen. Im September 2006 veranstaltete das KAS-Büro Shanghai in Kooperation mit dem SWF-Büro in Hanzhong ein einwöchiges Trainingsprogramm für Nachwuchspolitikerinnen auf Dorf Ebene. Ziel der Maßnahme war, den aus den Wahlen 2005 hervorgegangenen weiblichen Führungskräften beim Einstieg in ihr politisches Amt sowie bei der Übernahme politischer Verantwortung inhaltliche Unterstützung zukommen zu lassen. Die parteipolitische Kampagne zur „Entwicklung neuer Dörfer“ und zum „Aufbau sozialistischer Dörfer“, die eine weitere Modernisierung und Spezialisierung der Landwirtschaft zum Ziel hatte, war Mittelpunkt des Trainings- und Ausbildungsprogramms.

Viele der insgesamt 58 Programmparticipantinnen repräsentierten Kreise und Distrikte, in denen „neue sozialistische Dörfer“ bereits entstanden waren und in denen Landwirte gemäß parteipolitischen Vorgaben ihre Betriebe umstrukturiert hatten.

Das Trainingsprogramm unterteilte sich in zwei Phasen: In den ersten drei Projekttagen nahmen 25 Teilnehmerinnen, denen sowohl Ämter in der Partei als auch im Staatsdienst übertragen worden waren oder in dessen zukünftigen Verwaltungsbereich sich „neue sozialistische Dörfer“ befanden, an einer Studienreise durch den Yanglin-Distrikt der Provinz Shaanxi teil. Während der Informationsreise wurden hoch spezialisierte Landwirtschaftsbetriebe und Forschungseinrichtungen besucht; dies führte bei den neu gewählten Politikerinnen und Partefunktionären zu einem tiefen Verständnis des derzeitigen Status Quo auf dem Lande und schärfe gleichzeitig den Blick für noch bestehende Problemfelder.

Anders als der praxisorientierte erste Teil der Maßnahme konzentrierte sich die zweite Phase des Trainingsprogramms auf die Vertiefung theoretischen Wissens. Dazu wurde in Zusammenarbeit mit der „Kaderschule für Landwirtschaftliche Ausbildung“ ein viertägiges Seminar veranstaltet, das von den Teilnehmerinnen begeistert aufgenommen wurde. Hochrangige Partei-, Wirtschaftsvertreter und Wissenschaftler hielten Vorträge, die sich auf drei große Themenbereiche konzentrierten.

Während sich der erste Themenblock mit der derzeitigen Lage der Bauern in der Provinz Shaanxi auseinandersetzte und die Wichtigkeit der Einkommenserhöhung unterstrich, konzentrierte sich der zweite Themenbereich auf die Verbreitung und Vertiefung des Wissens über das parteipolitische Konzept zur „Entwicklung der neuen Dörfer“ und zum „Aufbau sozialistischer Dörfer“.

Fokus der letzten Seminarsitzung war die Diskussion über Vor- und Nachteile landwirtschaftlicher Modernisierung sowie landwirtschaftlicher Technologie. Darüber hinaus wurden auch rechtliche Grundlagen im Bereich Landwirtschaft, aber auch die Gleichberechtigung von Frauen und Männern thematisiert. Im Anschluss an die Vortragsreihe standen die chinesischen Fachexperten den Teilnehmerinnen für Fragen zur Verfügung; die freie Diskussion wurde zum Austausch wertvoller Erfahrungen genutzt.

Wie eine im Anschluss an die Maßnahme durchgeführte Evaluierung belegt, war das Trainingsprogramm äußerst erfolgreich und stieß auf sehr hohes Interesse

seitens der Teilnehmerinnen. Eine überwältigende Mehrheit von 98 Prozent gab an, nach Beendigung des Programms sowohl mehr Wissen angereichert, als auch mehr Selbstvertrauen für die Ausübung ihres Amtes gewonnen zu haben.

Entwicklungspolitischer Kontext

Unlängst hat die Regierung in Peking erkannt, dass die Chancengleichheit von Mann und Frau für den Aufbau einer modernen Zivilgesellschaft unerlässlich ist. In den vergangenen Jahren bemühte sich die chinesische Regierung daher in verstärktem Maße um eine weitere Ausarbeitung bzw. Konkretisierung von Gesetzeswerken zum Schutz der Rechte und Interessen von Frauen. Neben zahlreichen nationalen Gesetzen, Regelungen und Vorschriften sind es internationale Standards und deren Überführung in nationales Recht, die die rechtliche Stellung der Frau zusätzlich stärken. De jure besteht in der Volksrepublik China somit seit geräumer Zeit eine formale Gleichberechtigung der Geschlechter, de facto behindern mangelhafte Umsetzungsmechanismen jedoch nach wie vor eine endgültige Chancengleichheit zwischen Mann und Frau.

Diese Problematik greift die KAS durch konkrete Maßnahmen auf und unterstützt dadurch die Bemühungen der Regierung sowie gesellschaftlicher Akteure, die Emanzipierung der Frau, hier vor allem im ländlichen Raum, weiter voranzutreiben. Dabei bietet die enge Zusammenarbeit zwischen dem KAS Büro Shanghai und der *Shaanxi Women's Federation*, die ihrerseits über zahlreiche Kontakte zu wichtigen Entscheidungsträgern aus Wirtschaft und Politik verfügt und darüber hinaus großes Ansehen bei lokalen Frauengruppen genießt, eine ausgezeichnete Ausgangslage für die effektive Beteiligung bei der weiteren Stärkung der Rolle der Frau in der chinesischen Gesellschaft.

Es ist von besonderer Bedeutung, dass Frauen nicht nur als Arbeiterinnen wahrgenommen werden, die den Wirtschaftsaufschwung mittragen, sondern dass die chinesische Regierung Frauen darüber hinaus als starke Interessengruppe respektiert und ihnen den Zugang zur Politik gewährt. Um die Mitgestaltung der Gesellschaft durch Frauen zu garantieren, müssen in Zukunft bereits vorhandene Partizipationskanäle weiter ausgebaut und das politische Bewusstsein von Frauen gleichzeitig geschärft werden. Die KAS Shanghai bietet hierbei finanzielle und inhaltliche, beratende Hilfestellung an. Um eine friedliche und nachhaltige Entwicklungspolitik zu garantieren, wird das Projekt „Frauenförderung“ auch in den folgenden Jahren ein wichtiges Thema der Stiftungsarbeit in China bleiben.

So sind im Jahr 2008 weitere vielversprechende Projekte in Kooperation mit der „Shaanxi Women's Federation“ geplant, die insbesondere der Entwicklung der politischen Kultur von Frauen Rechnung tragen werden.

Text: Julia Grimm, Thomas Awe
 Kontakt: KAS-Auslandsbüro China/Shanghai
 Auslandsmitarbeiter: Thomas Awe
 Shanghai@Kaschina.com

2.5. DEMOKRATISCHE REPUBLIK KONGO

Ausgangsbedingungen

Die Demokratische Republik Kongo zählt zu den am wenigsten entwickelten Ländern gemäß des jährlich erscheinenden UNDP *Human Development Report*¹, zu den fragilen oder gescheiterten Staaten² und den korruptesten Ländern³. Trotz eines aktuellen Wirtschaftswachstums von ca. sechs Prozent ist bereits heute absehbar, dass das Land keines der *Millennium Development Goals* erreichen wird⁴. Auch die Gender-Bilanz der Demokratischen Republik Kongo weist bis heute ein eindeutig negatives Bild auf.

Am Ende des 2002 mit den Abkommen von Sun City eingeläuteten Transitionsprozesses stand eine neue Verfassung (18. Februar 2006), die den Weg für die ersten freien Mehrparteienwahlen seit der Unabhängigkeit des Landes (1960) ebnete. Dieser rechtliche Rahmen sieht in seinem Artikel 12⁵ zunächst eine allgemeine Gleichberechtigung vor und verpflichtet sich darüber hinaus in seinem Artikel 14, nicht nur gegen jede Form der Geschlechterdiskriminierung vorzugehen, sondern auch die Beteiligung von Frauen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu fördern⁶. In seinem letzten Abschnitt verweist Artikel 14 auf die nähere Ausführung durch ein Gesetz. Insbesondere die bisher nicht durchgeführte Reform der einschlägigen Gesetze, und hier insbesondere des noch aus der Mobuto-Diktatur (1966-1997) stammenden Familiengesetzes, erweist sich als eines der großen rechtlichen Hindernisse zur Gleichberechtigung der kongolesischen Frau. Der *Code de la Famille* (*loi no 87-010* vom 1. August 1987) unterstreicht die Rolle des Mannes als Familienoberhaupt und Autorität in der Familie. Jede Aktivität einer verheirateten Frau mit juristischem Charakter unterliegt einer Autorisierungspflicht durch den Ehemann. Die gemeinsamen Güter in einer Ehe werden durch den Ehemann verwaltet, ebenso jene, die die Frau durch Erwerbstätigkeit akquiriert⁷. Dies sind nur einige Beispiele eines diskriminierenden rechtlichen Kontextes, der sich bis in die

2007 verabschiedete Geschäftsordnung der *Assemblée Nationale* fortsetzt. Dort wird im Artikel 62 den Frauen das Tragen von afrikanischen Kleidern oder Kostümen im westlichen Stil vorgeschrieben. Das Erscheinen in Hosen führt zum Verlust des Rederechts im Plenum.

Bei seiner Ratifizierung 1987 wurde das Familiengesetz als Neuerung und modernisierendes Gesetzeswerk gefeiert, doch ist selbst heute die Mehrzahl der kongolesischen Frauen noch nicht einmal in der Lage, Rekurs auf den *Code de la Famille* zu nehmen. Eine bereits 1999 durchgeführte Untersuchung zeigt, dass 69 Prozent der befragten Frauen nach traditionellem Recht verheiratet sind und damit auch in allen Ehestreitigkeiten sowie in Erbschaftsfragen dieses noch stärker diskriminierende Recht Anwendung findet⁸.

Gewalt gegen Frauen ist insbesondere im Osten des Landes, der trotz diverser Waffenstillstandsabkommen (das letzte vom Januar 2008) weiterhin von Milizen destabilisiert wird, zu einem weitreichend eingesetzten Kriegsinstrument geworden. Obgleich die Transitionsregierung noch 2006 eine Novellierung des Strafgesetzes gegen sexuelle Gewaltverbrechen vorlegte (*loi no 06/18* vom 20. Juli 2006), bleibt nach wie vor ein großes Rechtsvakuum bestehen. Die Ausmaße der nicht erfolgenden Strafverfolgung der Täter in der DR Kongo verhindern eine umfassende Rechtswirksamkeit.

Weitaus gravierender in der Diskriminierung als der rechtliche Kontext sind die sozio-kulturellen Werte und Gesellschaftsstrukturen, in denen sich die kongolesische Frau heute wiederfindet und mit denen sie sich tagtäglich konfrontiert sieht.

Die Frau wird in weiten Teilen nicht dem Mann als ebenbürtig betrachtet. Selbst Frauen haben wenig Vertrauen in ihre Geschlechtsgenossinnen. Dies manifestierte sich deutlich im Wahlverhalten 2006. Obgleich Frauen mehr als 50 Prozent der Wahlbevölkerung darstellen, gelang es lediglich 42 Frauen, ein Mandat für die *Assemblée Nationale* (500 Sitze) zu gewinnen. Wie eine Untersuchung unter Beamtinnen der Provinz Süd-Kivu zeigte, stehen 58 Prozent der Befragten einer Frau in Führungsposition skeptisch gegenüber und sehen ihre Rolle in nachgeordneten Positionen.

Polygamie (offiziell praktiziert von ca. neun Prozent) oder die Etablierung eines *deuxième bureau* (Mätresse) werden in der kongolesischen Gesellschaft toleriert. Häusliche Gewalt ist ein weitverbreitetes, jedoch kaum strafrechtlich verfolgtes Phänomen. Letzteres ist unter anderem auch darauf zurückzuführen, dass

Polizeibeamte (in der Regel männlich) Verständnis für ein kulturell akzeptiertes Verhalten (Frau wird für ein Fehlverhalten sanktioniert) aufbringen und die Opfer keinerlei Unterstützung der Familie erwarten oder Rückzugsalternativen aus einer Ehe der Gewalt vorfinden können. Scheidung als einziger Ausweg aus einer solchen Situation geht mit einer Stigmatisierung der kongolesischen Frau einher und drängt sie weiter an den Rand der Gesellschaft.

Projektbeispiel

Das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kinshasa versucht, durch die Arbeit mit sozial und politisch engagierten Frauen deren Selbstbewusstsein und Kapazitäten zu stärken. Die Informationsvermittlung beschränkt sich dabei bewusst nicht nur auf Genderthemen oder *soft issues* wie Familie, Kinder, Bildung und Gesundheit. So wurden 2007 in einem speziellen Workshop für Parlamentarierinnen der Aufbau und die Struktur eines Staatshaushaltes erläutert und die Aufmerksamkeit vor allem auf die parlamentarischen Kontrollmechanismen gerichtet. Themen, die in den für 2008 geplanten Kapazitätsbildungsworkshops für weibliche Abgeordnete vorgesehen sind, erstrecken sich von der Dezentralisierung über Parteienfinanzierungsmodelle bis hin zur Sicherheitssektorreform. Ziel ist es, sowohl das Selbstbewusstsein der Mandatsträgerinnen für öffentliche Auftritte zu stärken, als ihnen die notwendige Fachkompetenz zu politischen Leitthemen in der aktuellen Diskussion zu vermitteln.

Obgleich die Parlamentarierinnen die größte Lobbygruppe für eine Reform des *Code de la Famille* darstellen müssten, halten sie sich diesbezüglich bisher in der öffentlichen Diskussion eher zurück. Ein KAS-Seminar für die neugewählten weiblichen Abgeordneten zum Thema häusliche Gewalt und Reform des Familiengesetzes unterstrich nicht nur die Notwendigkeit einer Gesetzesnovelle, sondern brach auch das Tabu, in der Öffentlichkeit über ein Thema zu diskutieren, das selbst vom neuen Gesetz gegen sexuelle Gewalt nicht aufgegriffen wird.

Aufgrund der kulturellen Schranken oft vom Erwerbsleben ausgeschlossen und im sozialen Engagement häufig auf den religiösen Bereich beschränkt, versuchte die Konrad-Adenauer-Stiftung in der DR Kongo in der Vorbereitung der Parlaments- und Präsidentschaftswahlen 2006 das Interesse der weiblichen Bevölkerung am politischen Prozess zu wecken und sie in der aktiven Mitwirkung des Wahlprozesses zu unterstützen. In Zusammenarbeit mit der *Union National des Femmes Congolaises* (UNAF) wurden spezielle



Wählersensibilisierungsseminare für Frauen durchgeführt und ihnen damit die Möglichkeit gegeben, ohne Furcht vor Kommentaren männlicher Teilnehmer und unter ihresgleichen Fragen zu stellen. Den Frauen wurde sowohl der Wahlprozess erläutert (zum Beispiel warum und wer gewählt wird und welche Rolle die Wahlkommission spielt) als auch der Ablauf in den Wahllokalen und die Handhabung des Stimmzettels erläutert. Ergänzt wurden die Seminarveranstaltungen durch die visuelle Darstellung des Wahlganges in einem Theaterstück der Gruppe Les Béjarts. Für beide Wahlgänge am 30. Juli und 29. Oktober wurden insgesamt 652 Wahlbeobachterinnen durch den Partner *Reseau Action Femme* (RAF) ausgebildet und in den Wahllokalen postiert.

Entwicklungspolitischer Kontext

In der DR Kongo könnte man die Promotion einer Balance der Geschlechter außerhalb der Kreise und Akteure, die sich mit dem Thema speziell beschäftigen, beinahe als „non-item“ charakterisieren. In den Leitprinzipien des Armutsbekämpfungsprogramms (DSCRP)⁹ taucht die Förderung von Frauen, die insbesondere in den ländlichen Gebieten zu den Hauptversorgern der Familien zählen und in den Krisenregionen sowie durch die HIV/Aids-Epidemie immer mehr zu Familienoberhäuptern werden, nicht auf. Lediglich die Unterpunkte 205 bis 207 sprechen von einer Stärkung der Rolle der Frau in der Entwicklung. Zwar klingt die Verpflichtung der Regierung, sich für den gleichen Zugang von Frauen und Männern zur Bildung einzusetzen und dafür Sorge zu tragen, dass Frauen vor Akten der Gewalt in Familie und Gesellschaft geschützt werden, vielversprechend, doch insbesondere letzteres wirft die Frage auf, wie dies in einer Gesellschaft, deren kulturelle Praktiken und Traditionen dies gestatten und gleichzeitig eine absolute Straflosigkeit herrscht, umgesetzt werden soll.

Das KAS-Büro Kinshasa verpflichtet sich in seinen Aktivitäten weiterhin, an der Fortbildung von Frauen in politischen Positionen mitzuwirken, um denjenigen, die es geschafft haben, sich zumindest teilweise von den kulturellen Fesseln zu lösen, Instrumente an die

Hand zu geben, die ihre männlichen Kollegen davon überzeugen, dass ihnen eine Frau weder in Kompetenz noch intellektueller Fähigkeit nachsteht. Informationsveranstaltungen zur Adaptierung bestehender Gesetze und Dekrete an den neuen Verfassungskontext und zur Verbesserung der Rolle der Frau werden sich jedoch an alle Akteure wenden müssen. Gender-Gleichheit wird sich ähnlich wie der Kampf gegen die Korruption in einer Gesellschaft wie der kongolesischen nur durch einen kulturellen Wandel und eine Werte-Neuorientierung im Sozialisierungsprozess des Individuums erreichen lassen.

Text: Andrea E. Ostheimer

Kontakt:

KAS-Auslandsbüro Demokratische Republik Kongo

Auslandsmitarbeiterin: Andrea E. Ostheimer

Andrea.ostheimer@kas-rdc.cd

2.6. ECUADOR

Ausgangsbedingungen

Wie so manch anderes lateinamerikanisches Land zeichnet sich auch Ecuador durch sehr geschwächte demokratische Institutionen aus. Der amtierende Präsident Rafael Correa hatte 2007 willkürlich 57 Abgeordnete des Kongresses ausgetauscht und die obersten Richter des Landes abgesetzt. Inwiefern die neue Verfassung, die noch dieses Jahr erarbeitet werden soll, in die gleiche Richtung stößt, bleibt abzuwarten. Im Wahlkampf hatte Correa versprochen, das Land von Grund auf zu reformieren.

Das Parteiensystem in Ecuador befindet sich in einer Krise. Eine Reform der politischen Institutionen ist notwendig. Frauen waren bis vor wenigen Jahren noch von der Politik ausgeschlossen und wurden nicht als gleichwertige Individuen in gesellschaftlichen Prozessen wahrgenommen. In der letzten Zeit haben sich

aber sowohl politische Bildung, als auch der politische Organisationsgrad der Frauen in Ecuador rapide verbessert.

Verfassungsrechtlich wurde Frauen in Ecuador 1929 zunächst ein beschränktes Wahlrecht zuerkannt, diesbezüglich nahm das Land in der Region eine Pionierstellung ein. 1967 wurden diese Beschränkungen aufgehoben und Frauen erhielten das volle Wahlrecht. In den letzten Jahren wurden diverse Quotenregelungen eingeführt. Bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung 2007 wurde die Frauenquote auf 50 Prozent angehoben und ein alternierendes System (Mann – Frau – Mann etc.) für die Aufstellung der Wahllisten vorgeschrieben.

Generell lässt sich feststellen, dass die traditionelle Politik einen weitgehenden Vertrauensverlust seitens der Bevölkerung hinnehmen hatte. Es war keiner demokratischen Regierung in den letzten 30 Jahren gelungen, ernsthafte Erfolge in der Armutsbekämpfung zu erreichen. Von den knapp 14 Millionen Einwohnern leben 38,2 Prozent unterhalb der Armutsgrenze. Ecuador ist ein junges Land. Etwa 31 Prozent der Bevölkerung ist unter 15 Jahre alt. Frauen stellen die Säule der Familie und somit der Gesellschaft dar. Oftmals sorgen sie alleine für die Familie, denn viele Männer wandern auf der Suche nach besserer Arbeit in die Städte oder Nachbarländer ab. Ein Zehntel der Ecuadorianer wohnen im Ausland.

Die Erdölproduktion macht 60 Prozent der Exporterlöse aus. Doch ist ein großer Teil der Bevölkerung von der Gestaltung wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse ausgeschlossen. 2001 hatte Ecuador mit 5,3 Prozent das beste Wirtschaftswachstum in ganz Lateinamerika. Die wirtschaftlichen Fortschritte kommen jedoch meist nur der Elite und Stadtbevölkerung zugute. Die ländliche Bevölkerung dagegen bleibt sich selbst überlassen.

Die Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung versucht, Frauen in die Lage zu versetzen, sich politisches Gehör zu verschaffen und ihre Forderungen bezüglich Gesellschaft und politischem System durchzusetzen. Resultat dieser Arbeit ist ein Netzwerk politisch aktiver Frauen, das sich auch jenseits der typischen Frauenthemen wie Familie oder Gesundheit engagiert und ernstzunehmende Vorschläge bezüglich der Reformierung des Parteien- und Wahlsystems bei der Verfassungsgebenden Versammlung einreicht.



Projektbeispiel

In Ecuador unterstützt die KAS seit 1997 die Partnerorganisation CEDIME (*Centro para el Desarrollo y la Investigación de los Movimientos Sociales del Ecuador*) bei der Durchführung des Programms PPM (*Participación Política y Mujer* – Politische Partizipation von Frauen). CEDIME ist ein Forschungszentrum der sozialen Bewegungen in Ecuador, das bereits 1982 gegründet wurde. Diese gemeinnützige Nichtregierungsorganisation ist landesweit tätig. Während sich die Arbeit in Quito hauptsächlich auf das Programm PPM konzentriert, befasst sich die Niederlassung im nordöstlichen Grenzgebiet zu Kolumbien, Sucumbíos, mit Friedensarbeit und Menschenrechten.

Die finanzielle Förderung durch die KAS ist grundlegend für die Arbeit von CEDIME. Neben der nötigen Infrastruktur deckt sie momentan die Kosten für vier Mitarbeiter. Dank dieser Bereitstellung kann das Personal weitere Finanzierungsquellen akquirieren, durch die weitere Projekte des Programms realisiert werden können. Dabei wendet sich CEDIME sowohl an nationale wie auch an internationale Stellen. Das Programm PPM bietet den Rahmen für vielseitige Projekte und Maßnahmen zur Stärkung der Demokratieentwicklung und Förderung der sozialen und politischen Aktivität von Frauen im ganzen Land.

Sozialstrukturförderung

Zu Beginn des Programms wurden im Rahmen von Sozialstrukturförderung Frauen im Hochland und in Amazonien durch einkommenschaffende Maßnahmen gefördert. Die soziale Stellung der Frauen in ihren Gemeinden sollte angehoben werden, indem sie mehr Verantwortung übernehmen und Entscheidungen treffen.

CEDIME kann dabei auf eine äußerst positive Resonanz zurückblicken. So bat jüngst UNIFEM, der Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für Frauen, auf Veranlassung des Nationalen Rates indigener Frauen (CONMIE – *Consejo Nacional de Mujeres Indígenas del Ecuador*) um Erlaubnis, eine Publikation von CEDIME über das Gesetz gegen intrafamiliäre Gewalt nachzudrucken. Darin wird das Gesetz durch bildhafte Darstellungen veranschaulicht, die durch Texte in Quichua ergänzt werden. Dies soll auch (funktionalen) Analphabeten einen Zugang zum Gesetz und die Erforderung der eigenen Rechte ermöglichen.

Hervorzuheben ist die methodologische Vorgehensweise innerhalb der Projekte. In den Veranstaltungen mit indigenen Frauen werden kaum vorgefertigte Materialien ausgegeben. Vielmehr erarbeiten die



Teilnehmerinnen nach der Moderationsmethode eigene Materialien, ausgehend von ihrer jeweiligen Lebenssituation und ihren Bedürfnissen. Im Nachhinein werden die Ergebnisse systematisiert. So erscheinen etwa im April dieses Jahres drei Publikationen in indigenen Sprachen wie Quichua und Shuar, mit Hilfe derer ehemalige Teilnehmerinnen selbstständig weiterarbeiten und ihre Kenntnisse an andere Frauen in ihrem Umfeld weitergeben können. Die Arbeitsweise von CEDIME hat sich als so erfolgreich erwiesen, dass verschiedene Institutionen wie etwa der Nationale Frauenrat (CONAMU – *Consejo Nacional de Mujeres*) stetig zwecks Nutzung dieser Methodologie und Materialien sowie der vorhandenen Kontakte mit sozial und politisch aktiven Frauen bei der Partnerorganisation anfragen. Durch ihre jahrelange Erfahrung hat sie ein exzellentes Renommee erwerben können.

Als erfolgreiche Strategie bei der Umsetzung von Projekten im Rahmen des PPM hat sich insbesondere die Bildung von Allianzen bewährt. Dies bezieht sich zum einen auf die Finanzierung der Projekte. Neben der grundlegenden finanziellen Unterstützung der Stiftung sind im Besonderen projektbezogene Kooperationen von Bedeutung, etwa mit International IDEA, FLACSO (Lateinamerikanische Fakultät für Sozialwissenschaften) oder der ACDI (*Canadian Agency for International Development*) im Rahmen des Gender-Fonds FIG.

Zum anderen ist vor allen Dingen die aktive Einbindung der geförderten Frauen in die Umsetzung der Projekte essentiell. So verpflichten sich die Teilnehmerinnen, für Transportkosten aufzukommen oder die Räumlichkeiten für die Veranstaltungen zur Verfügung zu stellen. Des Weiteren beteiligen sie sich aktiv an der Konzepterarbeitung der Initiativen, was einen hohen Identifikationsfaktor mit den Projekten zur Folge hat. Es wird ihnen ein Teil der Verantwortung am Gelingen des Projektes übertragen. Werden sie dieser Verantwortung jedoch nicht gerecht, werden die Projekte eingestellt, denn nur so kann die bisher erreichte Qualität und Nachhaltigkeit der Projekte garantiert werden. Dies ist allerdings äußerst selten der Fall.



Seit mehr als fünf Jahren richtet sich ein Schwerpunkt des Programms an Frauen in sozialen Bewegungen. Anfangs wurde diese Arbeit als regelrecht exotisch betrachtet. Als Voraussetzung zur Teilnahme an den Weiterbildungsveranstaltungen müssen die Frauen über politische und demokratische Grundkenntnisse verfügen. 2003 erarbeitete CEDIME gemeinsam mit der Katholischen Universität PUCE eine auf drei Jahre angelegte Weiterbildung „Politische Partizipation in der Demokratie und Wahlbeteiligung“ für Frauen in politischen Parteien. Es folgten weitere Fortbildungsveranstaltungen. Viele Frauen, die diese Bildungsveranstaltungen durchlaufen haben, besetzen heute wichtige Posten in Quito und den Provinzen, etwa als Mitglieder des Stadtrates oder gar als Vize-Bürgermeisterin in einer nördlichen Grenzstadt.

Politisches Frauennetzwerk

Ende 2005 bildete sich das heutige Kernstück des Programms heraus, ein parteiübergreifendes Netzwerk politisch aktiver Frauen, das *Red de Mujeres de Partidos y Movimientos Políticos del Ecuador*. Dieses Netzwerk umfasst circa 100 Frauen und bietet ihnen auf verschiedenen Veranstaltungen einen Interaktions- und Artikulationsraum. Themen sind die eigene politische Aktivität und drängende Probleme des Landes. Vor den allgemeinen Wahlen 2006 wurden über das Netzwerk Bildungsveranstaltungen für Kandidatinnen angeboten. Im Vorfeld der Wahlen zur Verfassunggebenden Versammlung im letzten Jahr wurden diverse Debatten zwischen Kandidatinnen im Radio gesendet. Die vom Netzwerk erarbeiteten Vorschläge zur neuen Verfassung bezüglich politischer Parteien und Wahlsystem sind im Nachhinein vom Nationalen Frauenrat in dessen offiziellen Entwurf übernommen worden.

Ein neues Wirkungsfeld hat CEDIME etwa in der Förderung von Journalistinnen gefunden. So fand jüngst in Kooperation mit der Journalistenschule Pichincha in Quito ein Forum statt, das Journalistinnen zur Reflexion über die eigene Berufsausübung einlud.

Entwicklungs politischer Kontext

CEDIME leistet mit seiner Frauenprojektarbeit wichtige Beiträge zur politischen Beteiligung und Befähigung von Frauen. Große Teile der Bevölkerung sind von Armut betroffen, insbesondere Frauen leiden unter dieser Situation. Umso wichtiger stellt sich die Arbeit der Partnerorganisation in politischer Bildung und Beratung vor diesem Hintergrund dar. Frauen auf kommunaler wie auch auf nationaler Ebene konnten sowohl im ländlichen als auch im städtischen Gebiet aktiv in die Politik integriert werden. Diese Wirkung war lange Zeit in Ecuador einmalig. Zwar waren zahlreiche Organisationen in der Frauenförderung tätig, nicht jedoch in der politischen Förderung.

Mit der Förderung politisch aktiver Frauen vor einigen Jahren hatte CEDIME also absolutes Neuland in Ecuador betreten. Weder Parteien noch Zivilgesellschaft schenkten ihnen größere Beachtung. Nicht zuletzt dank dem nachhaltigen Einsatz CEDIMEs mit kontinuierlicher Unterstützung der Stiftung hat sich diese Situation in der letzten Zeit ins Gegenteil verkehrt. Von vielen Stellen gibt es Weiterbildungsangebote auf diesem Gebiet, die sich explizit an Frauen wenden. Aus diesem Grund hat sich die Partnerorganisation im Rahmen des PPM aus dem Bereich der Weiterbildung zurückgezogen. Das Programm muss sich beständig selbst neu erfinden und an aktuelle Gegebenheiten anpassen. In diesem Kontext muss etwa die Erstellung mehrerer Vorschläge zum Thema „Politische Parteien“ und „Wahlen“ gesehen werden, die das Netzwerk politisch aktiver Frauen bei der Verfassunggebenden Versammlung eingereicht hat.

Text: Daniela Diegelmann, Dr. Berthold Weig

Kontakt: KAS-Auslandsbüro Ecuador

Auslandsmitarbeiter: Dr. Berthold Weig

kasecu@kas.org.ec

2.7. GHANA

Ausgangsbedingungen

Ghana ist eine multiethnische Gesellschaft mit einer jungen, im Aufbau befindlichen Demokratie mit einem Mehrparteiensystem. Defizite gibt es noch in der Funktion und Unabhängigkeit der Institutionen des demokratischen Rechtsstaats. Im Vergleich zu den anderen Staaten Westafrikas ist Ghana aber wahrscheinlich die am weitesten fortgeschrittene Demokratie und auch zurzeit das stabilste Land in der Region.

Die makroökonomischen Aussichten sind gegenwärtig für Ghana vielversprechend, betrachtet man das Wirtschaftswachstum von 6,3 Prozent im Jahr 2007. Von den 22,5 Millionen Einwohnern profitieren benachteiligte Gruppen, vor allem in den ländlichen Gebieten, davon aber nur wenig.

Seit der Unabhängigkeit 1957 hat es immer wieder Bemühungen zur Armutsbekämpfung gegeben. In den 1980er Jahren führten dann Programme wie *Structural Adjustment* (SAP) und *Economic Recovery* (ERP) zu beträchtlichen Infrastrukturinvestitionen, in deren Gefolge aufgrund der Geberkonditionen erhebliche soziale Verwerfungen entstanden. Hierunter hatten Frauen besonders zu leiden. Maßnahmen wie das *Programme of Action to Mitigate the Social Costs of Adjustments* (PAMSCA) und „Ghana Vision 2020“ sollten Abhilfe schaffen, was aber nicht wirklich gelang.

Aufgrund internationaler und nationaler Fürsprache wurde Ende der 1980er Jahre die Frauen-, später Genderproblematik politisch stärker ins Bewusstsein gerufen. Frauen wurden nun zwar stärker in Arbeitsprozesse einbezogen, entsprechende Anerkennung oder gar Entscheidungsbefugnisse wurden ihnen aber vorenthalten. Ende der 1990er Jahre wurde die politische Frauenförderung stärker in den Mittelpunkt gerückt. Im Jahr 2001 bildete die neue Regierung unter Präsident Kufuor (NPP¹⁰) ein eigenes Frauenministerium (*Ministry of Women and Children's Affairs*).

Die extern initiierte *Ghana Poverty Reduction Strategy* (GPRS I, 2003-2005) propagierte vehement die Verbesserung der Stellung der Frau. Von außen geförderte makroökonomische Programme führen aber weiterhin nur zur verstärkten Erosion der sozialen Sicherheit. Derartige Interventionen belohnen einseitig wirtschaftliche Effizienz auf Kosten sozialer Fragen. Daher hat sich die Stellung armer Frauen, auch in der jüngsten Vergangenheit, wieder nicht wirklich verbessern können. Sie leiden vor allem auch unter der hohen Arbeitslosenquote von 30 Prozent.

Dennoch waren nicht alle Anstrengungen der Frauenförderung vergeblich und es sind gewisse Fortschritte zu verzeichnen. Hier können verbesserter Zugang zu Mikrokrediten, Mutterschutz- und Kindergesundheitsprogramme sowie Erhöhung des Mädchenanteils am Schulbesuch genannt werden.

Projektbeispiel

Bei der Frauenförderung hat die KAS in Ghana schon früh eine wichtige Rolle übernommen. Abgesehen von



der Behandlung von Genderfragen als Querschnittaufgabe arbeitet die Stiftung schwerpunktmäßig und exklusiv in der Frauenförderung mit der *Christian Mothers' Association* (CMA) zusammen. Diese Kooperation begann 1966 und war das erste Projekt der KAS in Ghana. Diese Zusammenarbeit fällt – inhaltlich und zeitlich – im Vergleich zu anderen Frauenprojekten der KAS etwas aus der Rolle und soll daher hier ausführlicher behandelt werden.

CMA wurde 1945 von katholischen Schwestern gegründet, um älteren Frauen – meist Witwen – in den Gemeinden geistigen und moralischen Beistand zu leisten. 1963 öffnete sich die Organisation generell auch für Frauen ab 18 Jahren. Im Jahre 1976 wurde CMA als nationale Frauen-NRO vom Sozialministerium anerkannt. Die Assoziation ist von der lokalen über die Distrikts- auf die Regional- bis hin zur nationalen Ebene organisiert. Sie ist in 16 von 17 Diözesen Ghanas vertreten und betreut ca. 950 Frauengruppen, die insgesamt ca. 32.000 Mitglieder umfassen.

Förderinhalte im Paradigmenwandel der Frauenprogramme

Gleich von Anfang an unterschied sich die KAS-Förderung von damals vergleichbaren Frauenprojekten. War es seinerzeit noch üblich, Frauengruppen auf Hauswirtschaft bezogene Aktivitäten zu finanzieren, hat die KAS über CMA bereits 1966 Trainingskurse zu Führungsqualitäten, Diskussionsveranstaltungen, einen monatlichen Newsletter, Institution Building Maßnahmen und Lehrmaterialerstellung gefördert.

Durch die Verbindung zur KAS konnte sich CMA als christliche Organisation, die schwerpunktmäßig religiös-spirituell ausgerichtet ist, nicht ganz den wechselnden Paradigmen der weltlichen Frauen- und Genderförderung entziehen. Die originären Zielsetzungen betonen die Entwicklung des Bewusstseins für die Würde und die ethische Verantwortung der Mitglieder sowie rein religiöse Ziele wie die Förderung der Familie als wahre christliche Lebensform entsprechend des christlichen Apostolats. Später wurde die Satzung durch sozioökonomische Ziele zur Verbesserung der



wirtschaftlichen Stellung (Berufsbildung und einkommenschaffende Maßnahmen) sowie der politischen Stärkung (*Political Empowerment*) erweitert.

Beispielhaft sollen zunächst zum Bereich wirtschaftliche Besserstellung zwei Programme genannt werden, bevor dann auf die gegenwärtige Situation, die von Maßnahmen des *Political Empowerment* geprägt ist, eingegangen wird.

Hier ist zunächst das in den 1990er Jahren aufgelegte Spar- und Kreditprogramm CHRISMASCS¹¹ zu nennen. Bei der Umsetzung wurden Synergien realisiert, da die KAS zu diesem Zeitpunkt noch den ghanaischen Dachverband für Spar- und Kreditgenossenschaften, *Credit Union Association* (CUA), förderte.

Ein weiteres Programm seit Anfang der 1990er Jahre, das auf die wirtschaftliche Besserstellung der Mitglieder abhob und auch wie CHRISMASCS heute noch existiert, fördert Ausbildungseinheiten zur Führung von Kleinunternehmen und das Aufstellen von Geschäftsplänen ebenso wie Buchhaltungskurse, Marketingtraining und innerbetriebliche Ausbildungen in Verarbeitungstechniken. Hauptsächlich geht es um die Weiterverarbeitung von landwirtschaftlichen Produkten. Je nach Region kann es sich hierbei um Nahrungsmittelkonservierung, Palmölverarbeitung, Schneckenzucht, Bienenhaltung zur Honigproduktion, Schweinezucht, Kokosnussölverarbeitung (zum Beispiel als Seife), Erdnussverarbeitung und/oder Shea-butterverarbeitung handeln. Es wurden aber auch andere einkommenschaffende Maßnahmen wie Batikherstellung, Töpferei, Perlenstickerei und Weberei verfolgt.

Kritisch ist hier anzumerken, dass bei einer Anzahl dieser Initiativen – vor allem solcher, die auf den europäischen Markt abzielen – die Bedeutung des Marketingaspekts verkannt wird. Daher können Produkte wie Shea Butter letztendlich nicht gewinnbringend vermarktet werden. In solchen Fällen werden die hohen Erwartungen bei den Mitgliedern von Frauen-NRO bitter enttäuscht und Vertrauen zerstört.

CMA gut aufgestellt für politische Bildungsmaßnahmen

In einer Ende der 1990er Jahre durchgeföhrten Studie wird hervorgehoben, dass bei CMA besonders gute Rahmenbedingungen für politische Bildungsmaßnahmen gegeben sind. Dies ist insbesondere auf die

hohe Gruppendynamik zurückzuföhren, die vor dem Hintergrund der spirituell-religiösen Ausrichtung besonders ausgeprägt ist. Die Studie schlussfolgert entsprechend:

„Da unter den Ghanaern politische Aktivität und politisches Bewusstsein wachsen, besteht die Wahrscheinlichkeit, dass sich mehr Mitglieder der Frauengruppe direkt politisch engagieren oder ihre Rolle als Staatsbürger entschiedener ausfüllen wollen. CMA sollte sich darauf vorbereiten, ihre Mitglieder in diesem Prozess zu unterstützen, um auch nationale Politik effektiver beeinflussen zu können. Da sich das Netzwerk der Vereinigung ausbreitet, finden sich mehr und mehr auch Frauen aus den Distriktsversammlungen und „Queen Mothers“ unter den Mitgliedern.“

Vor diesem Hintergrund waren die Voraussetzungen für Maßnahmen der nächsten Phase, nämlich zum *Political Empowerment*, das heißt Durchführung von Maßnahmen der politischen Bildung, optimal gegeben. Aufgrund der Organisationsstruktur bot CMA zudem gute Möglichkeiten, politische Breitenbildung bis in die entlegensten Gebiete Ghanas zu betreiben.

Die Förderung von CMA als eigenständiges Partnerprojekt gestaltete sich somit inhaltlich im Laufe der Zeit immer politischer und erstreckt sich heute neben Gehaltszuschüssen nur noch auf die politische Arbeit, hier neben Fragen der Guten Regierungsführung vor allem Förderung der lokalpolitischen Partizipation. Dieses lässt sich an der gegenwärtig KAS-internen entwicklungspolitischen Zielsetzung erkennen:

- Frauen verstärkt in Bildungsveranstaltungen einzubinden,
- die Selbstbestimmung von Frauen zu fördern und
- ihre aktive Rolle in allen gesellschaftlichen Prozessen zu stärken.

Die Maßnahmen für die lokalpolitische Partizipation zielen insbesondere auf eine Erhöhung der Anzahl von Frauen in den Distriktparlamenten ab und erstrecken sich auf Seminare und Workshops zur Persönlichkeitsbildung, Sprechen vor größeren Versammlungen, politische Argumentation sowie partizipative Meinungsbildungsmethoden. Ein wichtiger Bestandteil ist auch die Erörterung und kritische Hinterfragung der gesellschaftspolitischen Aufteilung von Arbeit, also Genderfragen. Hier werden vor allem auch Männer mit einbezogen. Darüber hinaus veranstaltet das Länderprogramm sog. Praktika von Frauen bei männlichen Kommunalvertretern, die der KAS aus anderen Aktivitätsfeldern nahe stehen.

Der Anteil von CMA-Mitgliedern bei den Wahlen zu den Distriktparlamenten hat sich in 2006 gegenüber 2004 von 45 auf 96¹² mehr als verdoppelt. Erfreulich dabei ist, dass davon 81 gewählt und nur 15 ernannt wurden (30 Prozent der Mitglieder werden vom Präsidenten ernannt).

Entsprechend haben sich die Inhalte des Programms geändert. Nachdem anfangs die Erlangung eines Mandats die größte Rolle bei der inhaltlichen Gestaltung der Trainingsmaßnahmen gespielt hat, werden sie jetzt stärker auf die tagespolitische Arbeit in den Lokalparlamenten ausgerichtet. Dadurch sollen die Chancen erhöht werden, dass die Parlamentarierinnen auch tatsächlich aktiv an der Gestaltung ihres unmittelbaren Lebensumfeldes auf Lokalebene mitwirken können.

Entwicklungs-politischer Kontext

CMA agiert unter der Dachorganisation für Frauenorganisationen in Ghana (seit 1975), dem *National Council on Women and Development* (NCWD). Damit ist eine hohe Einbindung in den entwicklungs-politischen Kontext Ghanas gegeben. Die Bedeutung des NCWD wurde allerdings Mitte der 1980er Jahre in den Hintergrund gedrängt, als die Frauenbewegung *31st December Women's Movement* der damaligen First Lady Nana Konadu Agyeman Rawlings auf den Plan trat, die die öffentliche Diskussion für eineinhalb Jahrzehnte dominierte. Seit im Jahr 2001 eine neue Regierung unter der früheren Oppositionspartei NPP an die Macht gelangte, fiel diese Frauengruppe in die politische Bedeutungslosigkeit zurück.

Im Jahr 2001 unterstrich die NPP-Regierung die besondere politische Bedeutung der Frauenförderung mit der Bildung eines eigenen Frauenministeriums (*Ministry of Women and Children's Affairs*). Hierbei wurde der Schwerpunkt aber wieder wie früher schon auf speziell auf Frauen zugeschnittene Programme (Zielgruppenansatz) gelegt, ohne die gesellschaftlichen Bedingungen, unter denen Frauen systematisch benachteiligt werden, zu thematisieren. Damit hat auch die NPP-Regierung die Chance vertan, eine Genderpolitik zu entwickeln, die die Benachteiligung der Frauen in ihrem strukturell-gesellschaftlichen Kontext analysiert, bewertet und deren Überwindung institutionalisiert.¹³

Wie anderswo ist auch in Ghana der entwicklungs-politische Kontext von Frauenförderung nicht nur inhaltlich begründet, sondern oft Modefragen unterworfen. In der Anfangsphase wurden Frauen in den Förderansätzen konzeptionell als „Opfer“ gesehen, die Sozial-

hilfe brauchen.¹⁴ Ende der 1980er Jahre wurde auch in Ghana erkannt, dass allgemeine Armutsrreduzierungsprogramme die Probleme benachteiligter Frauen nicht wirksam lösen können. In der Folgezeit wurden Frauen jetzt konzeptionell als „Subjekte“ des Entwicklungsprozesses gesehen. Oft wurden arme Frauen sogar Opfer von Entwicklungsmaßnahmen, indem beispielsweise ihre Arbeitsbelastung erhöht wurde, ihnen entsprechende Anerkennung oder gar Entscheidungsbefugnisse aber vorenthalten wurden.¹⁵

Allen Ansätzen war allerdings gemein, dass sich die Lage der Frauen, vor allem der benachteiligten unter ihnen, nicht nachhaltig verbesserte. Grund hierfür war häufig, dass „neue Begriffe und Strategien als alter Wein in neuen Schläuchen“ verkauft wurden. Nicht selten hat man den Eindruck, entwicklungspolitische Verfahren und Methoden seien wichtiger als die Forderung danach, dass die Menschen, in diesem Fall die Frauen, in den Entwicklungsländern ihr eigenes Schicksal in die Hände nehmen müssen. Das vom Norden geprägte Eigentümerschaft-Paradigma muss endlich ernst genommen werden und nicht nur als wohlfeiler Slogan dienen.¹⁶

Text: Klaus D. Loetzer

Kontakt: KAS-Auslandsbüro Ghana

Auslandsmitarbeiter: Klaus D. Loetzer

kafghana@4u.com.gh

2.8. ISRAEL

Ausgangsbedingungen

Seit der Gründung des Staates Israel wurden verschiedene Gesetze, welche die Gleichstellung von Frauen und Männern garantieren, verabschiedet. Insbesondere seit den 1970er Jahren konnte eine deutliche Verbesserung der Stellung der Frauen in der israelischen Gesellschaft verzeichnet werden. Große Fortschritte in der Gleichberechtigung von Frauen und Männern sind den zahlreichen aktiven Frauenorganisationen zu verdanken, welche sich für eine frauengerechte Gesetzgebung einsetzen aber auch zum Schutz vor Misshandlung und Missbrauch Frauenhäuser einrichteten. Das gewachsene Bewusstsein für den Schaden, welche Reklame und Werbung für den Status von Frauen anrichten, führte in den letzten Jahren zu erhöhter öffentlicher Kritik. Probleme wie sexueller Missbrauch, fehlende Gleichberechtigung und Diskriminierung, die in der Vergangenheit tabuisiert wurden, werden nun immer öfter öffentlich thematisiert.

Trotz alledem ist das Problem der Ungleichheit noch aktuell. Heute sind ca. 53 Prozent der israelischen Frauen berufstätig, während 47 Prozent Hausfrauen und Mütter ohne Arbeitslohn sind. Oftmals stellen arbeitende Frauen eher Randfiguren in den meisten Bereichen der Arbeitswelt dar, allerdings dominiert ihre Zahl im Mindestlohnsektor. Zudem sind Frauen oft nur als Teilzeitkraft beschäftigt. In höheren und Führungspositionen insbesondere im Hightech-Bereich, in Marketing und Forschung sind weibliche Angestellte stark unterrepräsentiert. Auch der akademische Bereich wird von Männern dominiert. Generell lassen folgende Zahlen erkennen, dass mit steigender Position die Anzahl der weiblichen Beschäftigten abnimmt: So sind nur 11,9 Prozent aller Vollzeitprofessoren weiblich. Ähnlich im Medienbereich, wo nur 23 Prozent der Journalisten Frauen sind. Bezeichnend ist auch, dass Journalistinnen primär aus den Bereichen, die als „Frauenthemen“ gelten, berichten.



Hinsichtlich der Beschäftigung von Frauen in der Politik, zum Beispiel die Anzahl der weiblichen Abgeordneten im Parlament, belegt Israel im internationalen Vergleich Platz 78 mit 14 Prozent weiblichen Parlamentariern. Der Prozentsatz weiblicher Minister liegt momentan bei elf Prozent, während in vielen demokratischen Ländern mindestens ein Drittel der Ministerämter von Frauen bekleidet werden. Das Amt des Bürgermeisters wird schon immer vorwiegend vom männlichen Geschlecht besetzt. Im Militärsektor sind ca. 88 Prozent aller Positionen für Frauen zugänglich. Dennoch werden lediglich 60 Prozent dieser Stellen von Frauen besetzt. Hauptsächlich arbeiten Frauen im administrativen Bereich und gehen Bürotätigkeiten nach – so ist etwa jede siebte Soldatin in der Verwaltung beschäftigt. Prozentual stärker als Männer sind Frauen lediglich im juristischen Bereich vertreten.¹⁷

Die vergleichsweise geringere Beschäftigung von Frauen hat zur Folge, dass sie den größten Anteil der israelischen Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze ausmachen und gleichzeitig den größten Anteil unter denjenigen, die staatliche Unterstützung erhalten. Seit 1967 liegt der Durchschnittslohn von Frauen bei zwei Dritteln des Durchschnittsgehalts von Männern. Frauen leiden stärker als Männer unter Armut, Diskriminierung am Arbeitsplatz, schwierigen Arbeitsbedingungen, niedrigen Gehältern und schlechter Gesundheit. Ebenfalls muss erwähnt werden, dass auch unter den Frauen eine Ungleichheit besteht. Arabische, sephardische und ultrareligiöse Frauen befinden sich oftmals benachteiligt.

Projektbeispiel

Fester Bestandteil der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung Israel ist die beinahe 20-jährige Kooperation mit den Partnern IWN und JAZ (CJAED), bei denen es sich um überparteiliche NRO handelt. Ziel der Aktivitäten und der Projekte der NRO und der KAS ist es, den Status der Frauen zu verbessern, ihre Rechte zu verteidigen und Gleichberechtigung der Geschlechter in allen Lebensbereichen – wie Politik, Gesellschaft und Wirtschaft – zu verwirklichen.

Der kontinuierlichen Bildungs- und Erziehungsarbeit mit IWN – *Israel Women's Network* – ist es zu verdanken, dass der Anteil der Frauen in der Knesset, in der Regierung, in den Kommunalräten und unter den Bürgermeistern heute höher ist denn je.

Zusammen mit der IWN führt die KAS Leadership-Kurse durch. Sie bereiten Frauen auf verschiedene Führungsrollen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens vor und tragen damit zu höheren Erfolgschancen deutlich bei. So haben fast alle weiblichen Knesset-Abgeordneten an einem der KAS/IWN-Leadership-Kurse teilgenommen. Der Frauenanteil in der Knesset hat sich damit von neun Frauen in den Jahren zwischen 1996 und 1999 auf heute 18 Frauen erhöht. Während in der Regierung von Premierminister Netanyahu (1996-1999) nur 6,3 Prozent der Minister Frauen waren, sind es unter der heutigen Regierung von Premierminister Ehud Olmert bereits elf Prozent. In den letzten Jahren baute die KAS zusammen mit dem IWN die Kurse weiter aus, sodass nun auch arabisch-israelische Frauen gefördert werden können. Gemeinsam besuchen jüdisch- und arabisch-israelische Frauen die Lehrgänge, um sich die möglichen Instrumente für die Durchsetzung ihrer Interessen auf politischer, wirtschaftlicher und sozialer Ebene anzueignen. Zudem fördern diese „Koexistenz-Kurse“ die Zusammenarbeit und den kulturellen Austausch ara-

bischer und jüdischer Frauen. Die Grundlage einer zukünftigen gewinnbringenden Zusammenarbeit wird somit geschaffen. Erste positive Wirkungen, nämlich der steigende Einfluss von Frauen, sind bereits heute sichtbar.

Vor fünf Jahren wurde ein von dem IWN mit Unterstützung der KAS initiiertes Kommunalforum gegründet, welches jene Frauen fördert, die in die kommunalen Vertretungen von Städten und Dörfern gewählt wurden. Das Forum soll außerdem weitere Frauen dazu animieren, eine aktive Rolle in der Kommunalpolitik zu spielen. Vorträge von Knesset-Abgeordneten, erfahrenen Politikern und Experten, unter ihnen viele Frauen aber auch Männer, wie der Vorsitzender des Ausschusses für den Status der Frauen in Israel in der Knesset, ermöglichen den Kommunalpolitikerinnen einen regen Erfahrungs- und Informationsaustausch zu Themen wie aktuelle Gesetzgebung, Vertretung der Interessen von Frauen und Wahlkampfgestaltung. Potentiellen Kandidatinnen (Kursteilnehmerinnen, die eine Kandidatur für Kommunalwahlen planen) werden der Mechanismus des innerparteilichen Auswahlverfahrens, die wichtigsten Gesetze und Regelungen des Kommunalwahlrechts sowie die Rechte und Pflichten von Gemeinde- und Stadträten vermittelt.

IWN ist als Lobbyorganisation in der Knesset registriert und wird von allen demokratischen Parteien (mit Ausnahme der religiösen) anerkannt und hochgeschätzt. Somit war es dem IWN möglich, bereits mehrere Gesetzesentwürfe mit Unterstützung von Abgeordneten einzubringen sowie Gesetze zur Verbesserung des Status der Frauen in Israel erfolgreich zu fördern. So konnte zum Beispiel ein Gesetz verabschiedet werden, welches die Berücksichtigung von Bewerberinnen, insbesondere für höhere Ämter, in staatlichen Betrieben vorschreibt. Insgesamt umfasst das IWN heute ca. 1.500 Mitglieder, unter ihnen ein Großteil der weiblichen Knesset-Abgeordneten.

Ein weiterer wichtiger Aspekt in der Zusammenarbeit der KAS mit dem IWN ist die Ausbildung und Vorbereitung von Beratern der kostenlosen IWN-Hotline für Frauen. In speziellen Kursen werden die ehrenamtlichen Berater darauf vorbereitet, auf Probleme wie geschlechtsspezifische Diskriminierung oder sexuelle Belästigung zu reagieren und Hilfestellung zu geben. Die Hotline hilft Anrufern – vor allem jenen, denen es an rechtlichem Wissen oder Geld fehlt – mit Rechtsbeistand, Unterstützung und nötigenfalls Intervention. Das IWN-Team stärkt Frauen, indem es Anruferinnen Informationen über ihre gesetzlichen Rechte liefert und berät, wie am besten mit der jeweiligen Situation umgegangen werden sollte. Konkrete Rechtsberatung,



auch vor Gericht, wird von ausgebildeten Rechtsanwältinnen geleistet, die beim IWN angestellt sind. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter, die die speziellen Kurse des IWN absolviert haben, sind an drei Tagen der Woche in den Abendstunden für Frauen erreichbar.

Mit ihrem Partner JAZ, dem jüdisch-arabischen Zentrum für wirtschaftliche Entwicklung (CJAED), engagiert sich die KAS dafür, die wirtschaftliche Situation von Frauen in der Gesellschaft zu stärken, insbesondere mit aktiver Unterstützung von Unternehmensgründungen. Speziell für arabisch-stämmige Israelinnen werden seit Jahren Existenzgründungskurse angeboten. Denn gerade in der arabischen Bevölkerung mit immer noch vorwiegend patriarchalischen Strukturen gibt es ein starkes Gefälle zwischen der Erwerbstätigkeit von Frauen und Männern. Im Vergleich zu der weiblichen jüdischen Bevölkerung ist die Beteiligung am Arbeitsmarkt wesentlich geringer: Während bei den jüdischen Frauen 56,2 Prozent berufstätig sind, sind es gerade mal 19,1 Prozent auf arabischer Seite.¹⁸ Eine stabile und erfolgreiche israelische Wirtschaft und Gesellschaft wird sich auf lange Sicht nur dann entwickeln können, wenn die arabische Minderheit, die heute bereits ein Fünftel der Bevölkerung ausmacht, sich an das wirtschaftliche Niveau der übrigen Bevölkerung annähert. Um dieses Ziel zu erreichen ist es unabdingbar, dass auch die arabischen Frauen in den Arbeitsmarkt eingebunden werden.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass für Frauen, die in kleinen Ortschaften leben, die Gründung eines eigenen Unternehmens einer der besten Wege in die Berufstätigkeit ist. Eine Arbeitsstelle außerhalb des eigenen Dorfes kommt oft nicht in Frage, weil zusätzlich Kosten und Zeit für den längeren Arbeitsweg anfallen und sie eine Belastung für das Familienleben darstellt. Mit beruflicher Selbstständigkeit können Frauen entscheidend zum Lebensunterhalt ihrer Familien beitragen und gleichzeitig familiären Pflichten nachkommen.

Um den Frauen diese Möglichkeiten zu verdeutlichen, werden von der JAZ und der KAS zunächst Einführungskurse angeboten, um die Vorteile eines eigenen

Unternehmens interessierten Frauen näher zu bringen. In darauf folgenden Kursen wird den Frauen konkret geholfen, ein Unternehmen zu gründen. Der Inhalt der Kurse reicht von der Beratung zu den verschiedenen Geschäftsbereichen über juristische und buchhalterische Weiterbildung bis hin zur Hilfe, ein Darlehen zum Unternehmensstart zu erhalten.

Die gegründeten Unternehmen decken Bereiche wie Lebensmittel, Bekleidung und Kosmetik ab. So schlossen sich beispielsweise mehrere Frauen zusammen, um ein Unternehmen aufzubauen, das Gurken verarbeitet und sein Produkt nun erfolgreich in der Region vertreibt. Eine andere Frau gründete ein Perlengeschäft, welches unter anderem auch Kurse zum Herstellen von Schmuck anbietet und damit bereits weitere Frauen dazu anregte, Schmuck zu entwerfen. So schlossen sich diese Unternehmerinnen auch zu einem Vertrieb zusammen, der Friseurläden unterhält und Hochzeitskleider entwirft. Der Multiplikationsfaktor ist hier deutlich zu erkennen und unterstreicht die sichtbar erzielten Erfolge.



Ein weiterer Multiplikationsfaktor stellt auch die alljährliche *National Conference of Business Women in Israel* dar, bei welcher ca. 200 Unternehmerinnen miteinander in Kontakt kommen. Ziel ist es auch, weitere Frauen zur Unternehmungsgründung zu motivieren. Diese bereits zu einer festen Institution gewordene Veranstaltung für jüdische und arabische Unternehmerinnen jährt sich 2008 zum zehnten Mal. Auf der Konferenz präsentieren erfolgreiche Geschäftsfrauen ihre Unternehmen, knüpfen neue Kontakte und tauschen sich über ihre Erfahrungen aus. Insbesondere dient diese Konferenz jedoch der Weiterbildung zu aktuellen Themen und zur derzeitigen Gesetzeslage.

Im Zuge dieser Arbeit kristallisierte sich die Notwendigkeit eines umfassenden, gemeinsamen jüdisch-arabischen Netzwerkes heraus. Anhand von Umfragen konnten die Bereiche mit dem größten Handlungsbedarf identifiziert werden. So wurde schließlich 2006 „Jasmine – Verband der Geschäftsfrauen in Israel“ von der JAZ gegründet, welcher inzwischen 800 klein- und mittelständische Unternehmen umfasst, die von Frauen geführt werden. Dieser nationale Unternehmerinnenverband vertritt lokale und internationale Interessen, nimmt Lobbyfunktionen wahr durch das Vorantreiben von Gesetzen, die Frauen bei der Gründung eigener Unternehmen unterstützen, entwirft Handbücher zur Unternehmensführung, die speziell für Frauen zugeschnitten sind und bietet diverse Dienstleistungen an: Beratung im Marketingbereich, rechtliche und auch finanzielle Unterstützung durch Vermittlung von Krediten. In Kürze soll auch ein Jasmine-Internetportal eröffnet werden. Jasmine wurde 2006 von *Ynet*, der Internetausgabe der auflagenstärksten Tageszeitung in Israel *Yediot Haahronot*, als eines der „Top 12 social projects“ in Israel ausgezeichnet.

Entwicklungspolitischer Kontext

Generell unterstützt der Staat Israel alle zentralen Verträge und Erklärungen der UN bezüglich der Gleichberechtigung von Männern und Frauen und hat sich dazu verpflichtet, diese zu fördern. So forderte zum Beispiel die Frauen-Konvention in Nairobi von den UN-Staaten (inklusive Israel), einen Bericht über den Status der Frauen zu erarbeiten. Daraufhin errichtete der damalige Premierminister Rabin ein Komitee für die Festlegung des Status von Frauen in Israel. Nach zwei Jahren Arbeit hat das Komitee 248 Empfehlungen zur Verbesserung der Stellung von Frauen vorgelegt. Der Bericht des Komitees deckte tiefgreifende Unterschiede in der Lage von Frauen und Männern in verschiedenen Bereichen des Lebens auf. Der einzige Bereich, in dem es jedoch keinen Bericht zur Feststellung des Frauenstatus gibt, war das religiöse Rechtssystem.

Nicht allen Empfehlungen konnte bis heute nachgekommen werden. Daraus resultiert die Gründung einer Reihe von feministischen Organisationen, welche gegen Armut, schädigende Werbung und politische und ökonomische Ungleichheit ankämpfen. Unter anderem gehören auch IWN und JAZ zu diesen aktiven Organisationen.

Das positive Resultat jener Arbeit, ist das 1980 verabschiedete Gesetz zur Gleichstellung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt. Zudem wurden „Frauen“ und „Geschlechter“ – Studien- und Forschungsprogramme

in den meisten Einrichtungen für höhere Bildung eingeführt. Fortlaufend wird für eine Gleichstellung von Frauen und Männern im Bereich Arbeit und Politik gekämpft. Die Anzahl von Gerichtsverfahren auf Grund von geschlechtsspezifischer Diskriminierung wächst. So wurde zum Beispiel in der Knesset ein Komitee zur Verbesserung des Status von Frauen eingerichtet. Zudem wurde auf Grund des Falles der Kampfpilotin Alice Miller, den IWN beim Obersten Gerichtshof einreichte, nicht nur in der Luftwaffe, sondern auch in vielen anderen Bereichen des israelischen Militärs Positionen für Frauen zugänglich gemacht.

Gleichzeitig belegen alle zwei Jahre von IWN erstellte Statistiken immer wieder die fortlaufende Diskriminierung von Frauen in verschiedenen Lebensbereichen. Daher bemüht sich die Konrad-Adenauer-Stiftung Jerusalem, aufbauend auf den bisherigen Erfolgen, auch weiterhin um eine aktive Zusammenarbeit mit JAZ und IWN.

Text: Dr. Lars Hänsel, Catherine Hirschowitz

Kontakt: KAS-Auslandsbüro Israel

Auslandsmitarbeiter: Dr. Lars Hänsel

office@kasisrael.org

2.9. KOLUMBIEN

Ausgangsbedingungen

Kolumbien zählt derzeit 42,6 Millionen Einwohner und ist damit nach Brasilien das Land mit der zweitgrößten Bevölkerung Südamerikas. Die regionalen Unterschiede sind sehr groß. Unter dem fast 50 Jahre dauernden Binnenkonflikt leidet besonders die arme Landbevölkerung, während sich einige der großen Städte im Schutze einer verbesserten Sicherheitslage beachtlich entwickelt haben. Dennoch leben laut Weltbank insgesamt 49 Prozent der Kolumbianer in Armut.

Trotz des Konflikts zwischen dem Staat auf der einen Seite und bewaffneten illegalen Gruppen auf der anderen hat sich die Wirtschaft Kolumbiens in den vergangenen Jahren sehr robust entwickelt mit Wachstumsraten um 6,5 Prozent. Die kolumbianische Wirtschaft ist stark exportorientiert. Der mit 57 Prozent größte Anteil des Bruttoinlandprodukts wird mittlerweile durch Dienstleistungen erwirtschaftet.

In der Parteipolitik dominieren traditionsgemäß die Männer. Frauen sind zwar durchaus in der Politik sichtbar, auch in höheren Ämtern, allerdings insgesamt immer noch unterrepräsentiert. Während sie

51 Prozent der Gesamtbevölkerung und ein weiteres Prozent mehr der Wahlberechtigten ausmachen, stellen sie nur zwölf Prozent der Senatoren und nur elf Prozent der Kongress-Abgeordneten. 2007 traten allein 14 Frauen als Kandidaten für die Gouverneurstposten des Landes an. Dem standen 147 Männer gegenüber. Eine einzige Kandidatin konnte sich in der Region Córdoba durchsetzen. Die Präsenz der Frauen im Senat hat sich deutlich verbessert. Hatte vor der neuen Verfassung von 1991 noch keine einzige Frau dem Senat angehört, wurden für die Wahlperiode 2006-2010 zwölf Senatorinnen gewählt.

Die Skepsis gegenüber einer aktiveren weiblichen Beteiligung an der Politik resultiert auch aus dem Erbe der *Nationalen Front* (1958-1974), in der Regierungen aus Liberalen und Konservativen die Macht unter sich aufteilten. Dieses Arrangement sollte dazu dienen, die Militärregierung und die teils gewaltsame Polarisierung im Land in ein liberales und konservatives Parteilager zu überwinden. Aus dem Regierungsmodell resultierte jedoch ein zunehmender Ausschluss politischer Akteure, die nicht an den klientelistischen Praktiken des Parteienklüngels teilnahmen. Bis heute belastet diese Vergangenheit die politische Kultur Kolumbiens, auch wenn die Verfassung von 1991 das politische System für neue Kräfte geöffnet und den Geist einer partizipativen Demokratie begründet hat.

Mit dem Anliegen eines sozialen und ökonomischen Gleichgewichtes fördert die Konrad-Adenauer-Stiftung in Kolumbien Maßnahmen, welche die Stärkung der demokratischen Kultur und des bürgerlichen Engagements fördern. Die KAS sieht die politische Partizipation der kolumbianischen Frauen als Voraussetzung für deren gesellschaftliche Gleichberechtigung insgesamt.

Projektbeispiel

Zwar ist Frauenförderung in Kolumbien kein expliziter Schwerpunkt der Projektarbeit der KAS. Dennoch gibt es im Kontext der Demokratieförderung konkrete Ansätze. Im Jahr 2007 beispielsweise arbeitete die Konrad-Adenauer-Stiftung in Kolumbien mit den einheimischen NGOs *Acción Ciudadana Colombia* und *Movimiento Conciencia Colombia* zusammen. In diesem Jahr, als Regional- und Gemeindewahlen stattfanden, organisierte die KAS gemeinsam mit den genannten Partnern im Bereich Politische Bildung und Demokratieförderung eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel *Más Mujeres, más democracia* („Mehr Frauen, mehr Demokratie“), um Frauen zu einer Kandidatur im Stadtrat oder als Bürgermeisterinnen zu ermutigen. Mit den Partnern wurden Strategien entwickelt, um in akademischen, öffentlichen und privaten Sektoren

sowie in den Medien die Diskussion um die politische Teilhabe der Frauen an den Wahlen vom Oktober 2007 zu fördern. Dazu wurden in den Städten Ibagué, Montería, Pereira, Tunja und Villavicencio Diskussionsforen organisiert, in denen Bürgerinnen und Bürgern eine Plattform gegeben werden sollte, Verbesserungsvorschläge für mehr Frauenbeteiligung bei den Wahlen zu machen. Die Foren und Workshops stießen auf große Resonanz in allen Bevölkerungsteilen. In den Foren wurden auch Statistiken staatlicher Behörden (*Registradura Nacional del Estado Civil, DANE*) und privater Institute (*Profamilia, SIERRA*) zur sozialen und wirtschaftlichen Lage der kolumbianischen Frauen präsentiert, um die gesellschaftlichen Voraussetzungen für ein politisches Engagement näher zu ergründen.



Auf dem Prüfstand stand zum Beispiel, inwieweit die Zielvereinbarungen der Millenniumserklärung der Vereinten Nationen umgesetzt wurden. Nach Ergebnissen der von der KAS publizierten Studie *Mehr Frauen, mehr Demokratie* ist zur Umsetzung dieser Zielvorgaben noch viel Arbeit zu leisten, im Bereich der Gleichberechtigung im Berufsleben genauso wie in der gesellschaftlichen Teilhabe insgesamt.

Ein großes Problem ist weiterhin die häusliche Gewalt: In einer Umfrage des Jahres 2000 gab jede zweite befragte Frau an, schon einmal vom Partner geschlagen worden zu sein. Auch die hohe Vergewaltigungsrate von sieben Prozent gehört zur Realität des Landes. Nur 22 Prozent der Vergewaltigungsopfer machten das Verbrechen öffentlich bekannt.

Als Erfolg kann hingegen gewertet werden, dass die Kolumbianerinnen ihre männlichen Altersgenossen hinsichtlich der Qualität ihrer Ausbildung mittlerweile übertreffen. Diskriminierungen zeigen sich weiterhin in ökonomischer Hinsicht. Trotz ihrer Überlegenheit auf

dem Bildungssektor verdient eine Kolumbianerin auf dem Arbeitsmarkt weiterhin rund 20 Prozent weniger als ein Mann bei gleichwertiger Ausbildung und Befähigung.

Die Initiative von *Acción Ciudadana Colombia* und *Movimiento Conciencia Colombia* erreichte eine Beteiligung von mehr als 500 Frauen in fünf Departamentos Kolumbiens. Von besonderer Bedeutung war es, Themen wie Gewalt, soziale Ungleichheit und mangelnde Partizipation in Regionen zu diskutieren, in denen eine nur schwache Kultur für die politische Beteiligung von Frauen herrscht. Auf diese Weise wurden nicht nur große Teile der Öffentlichkeit sensibilisiert. Auch Multiplikatoren aus Politik, Wirtschaft und NGOs wurden in die Diskussion mit einbezogen, und die Nachfrage an der gleichnamigen Publikation *Mehr Frauen, mehr Demokratie* ist ungebrochen hoch.

Entwicklungspolitischer Kontext

Der Weg zur bürgerlichen und politischen Gleichberechtigung war für die kolumbianischen Frauen lang: Erst 1932 wurde ihre zivilrechtliche Gleichberechtigung anerkannt. Grundlegende Bürgerrechte wurden ihnen nicht vor 1945 gewährt, das Wahlrecht erst 1958. Diese rechtlichen Schritte waren bedeutsam, reichten aber nicht aus, um die Gleichstellung und Gleichbehandlung der Frau im öffentlichen wie im privaten Alltag zu erreichen.

Obwohl eine Quotenregelung zu einer stärkeren Beteiligung von Frauen in öffentlichen und politischen Ämtern führen sollte (Gesetz aus dem Jahr 2000), werden diese Quoten häufig nicht eingehalten. In der öffentlichen und politischen Verwaltung sind Frauen hingegen in der Mehrheit. Das heißt, der administrative Unterbau der kolumbianischen Politik ist in weiblicher Hand.

Die Millenniumsziele der Vereinten Nationen sehen vor, die gleichen Ausbildungsmöglichkeiten für beide Geschlechter zu erreichen, Maßnahmen gegen den hohen Grad partnerschaftlicher, ehelicher und innerfamiliärer Gewalt zu ergreifen und die Gleichberechtigung in Arbeitsqualität und Lohnniveau zu gewährleisten. Der Anteil von Frauen in gesellschaftlichen und politischen Schlüsselstellungen soll in Kolumbien auf 30 Prozent erhöht werden.

Die Diskussionsrunden der KAS im Vorfeld der Regionalwahlen 2007 haben das Problem der Frauenförderung in der Politik erneut ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt. Sie sind damit auch ein Beitrag für die Annäherung an die Millenniumsziele in Kolumbien.

Text: Dr. Carsten Wieland
 Kontakt: KAS-Auslandsbüro Kolumbien
 Auslandsmitarbeiter: Dr. Carsten Wieland
 carsten.wieland@kas.org.co

2.10. MAZEDONIEN

Ausgangsbedingungen

Die Republik Mazedonien ist eine parlamentarische Demokratie mit einem seit der Unabhängigkeit 1991 noch in der Entwicklung befindlichen Mehrparteiensystem. Aus dem ehemaligen Jugoslawien hervorgegangen, orientiert sich das Land mit seinen rund zwei Millionen Einwohnern spätestens seit der Beilegung des interethnischen Konflikts zwischen Mazedoniern und ethnischen Albanern (rund 25 Prozent der Bevölkerung) 2001 stark nach Europa. Allerdings bestehen trotz jährlichen Wirtschaftswachstums von durchschnittlich vier Prozent strukturelle Schwächen fort: Die Arbeitslosenquote liegt hartnäckig bei über 30 Prozent, das ehemals überwiegend agrarwirtschaftlich geprägte Land hat es noch nicht geschafft, trotz finanzieller Anreize wie einer „Flat Tax“ und Steuerbefreiung, Investitionen in größerem Umfang anzu ziehen.

Seit der Verabschiedung eines nationalen Gesetzes zur Gleichberechtigung 2006 unter der neu gewählten Regierung hat sich die Situation der Frauen in Mazedonien deutlich verbessert. Noch während des Wahlkampfes verpflichtete sich jede an den Parlamentswahlen teilnehmende Partei dazu, 30 Prozent der Parteilisten mit Frauen zu besetzen. Dies hatte zum Ergebnis, dass das neue Parlament eine der höchsten Frauenquoten auf dem Balkan hat: knapp 30 Prozent. Frauen sind ebenfalls stark in der Regierung vertreten: Sie stellen die stellvertretende Premierministerin (verantwortlich für Europafragen) sowie die Ministerin für Verteidigung und für Wirtschaft. Im Parlament gibt es eine Vereinigung zur Förderung der Interessen weiblicher Abgeordneter. Darüber hinaus wurden als Folge des Gleichberechtigungsgesetzes kürzlich „Gleichberechtigungskomitees“ auf lokaler Ebene geschaffen.

Dennoch: Insbesondere in ländlichen Gebieten werden Frauen diskriminiert – sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer Hinsicht. Insbesondere bei Fragen des gesellschaftlichen Aufstiegs verfügen sie noch nicht über die gleichen Chancen wie Männer.

Projektbeispiel

Mit Hinblick auf die Verabschiedung des Gleichberechtigungsgesetzes war einer der Tätigkeitsschwerpunkte der KAS in Mazedonien im Jahr 2006 die Unterstützung der Stellung der Frau. Zusammen mit dem nationalen „Ministerium für Arbeit und Sozialpolitik“ wurden drei Workshops zu den wichtigsten Fragen der Implementierung des Gesetzes in verschiedenen Teilen des Landes durchgeführt. An den Workshops nahmen hochrangige Vertreter aus dem Sozial- und Arbeitsministerium teil sowie Lokalpolitiker und -politikerinnen und Vertreter der jeweiligen Ortsadministration. Anhand von Fallbeispielen und Rollenspielen sollten die Teilnehmer über Inhalt und Umsetzung des Gesetzes informiert und als Multiplikatoren genutzt werden, um das Bewusstsein der Frauen über ihre Rechte zu stärken. Daneben wurde die Notwendigkeit erkannt, auf lokaler Ebene die Verwaltungsleiter, -leiterinnen und -angestellten für Genderfragen zu sensibilisieren und die Gleichberechtigungskomitees zu stärken.

Im selben Jahr führte die KAS Skopje ein Seminar für Politikerinnen durch, bei dem Präsentationsfertigkeiten und öffentliches Sprechen trainiert wurden. Das Seminar wurde interaktiv durchgeführt: Von professionellen Trainern wurden die wichtigsten Aspekte des öffentlichen Auftretens geübt – von Körpersprache bis hin zu professionell erarbeiteten Präsentationen. Vier der Teilnehmerinnen und Vertreterinnen der konservativen Partei VMRO-DPME („Innere Makedonische Revolutionäre Organisation – Demokratische Partei der nationalen Einheit Makedoniens“) erlangten bei den darauf folgenden Wahlen Sitze im nationalen Parlament.

Bereits 2005 wurde in Zusammenarbeit mit der „Union der Frauenverbände Mazedoniens“ ein *Train the trainer*-Workshop zu Genderfragen durchgeführt, bei dem die Vorsitzenden der politischen Frauenverbände, Regierungsvertreter und diverse Diplomaten auftraten. Im Fokus dieser Veranstaltung standen Themen wie „Frauen und Politik“, sowie „Frauen und der neue Wahlkodex“, wobei die Diskussion einerseits dem Erfahrungsaustausch aus der Praxis verschiedener westeuropäischer Länder und der Länder des Balkans diente, andererseits konkrete Möglichkeiten der stärkeren Partizipation von Frauen am demokratischen Prozess und öffentlichen Leben in Mazedonien beleuchtete.

Entwicklungspolitischer Kontext

Mit dem Gleichstellungsgesetz hat die konservative Regierungskoalition seit 2006 eine spürbare Verbesserung

rung der Stellung der Frau auf politischer Ebene erreicht. Die Ausweitung ihres neu gewonnenen Einflusses auf andere wichtige gesellschaftliche Bereiche erweist sich jedoch als komplex und langwierig. In der Gesellschaft entwickelt sich nur zögerlich das Bewusstsein zu ihrer Gleichberechtigung. Diskriminierungsfälle geraten jedoch selten an die Öffentlichkeit. Deshalb existieren seit 2006 sechs staatlich unterstützte Krisenzentren für Frauen und ein Verein, der ein nationales SOS-Hilfstelefon gegen Frauengewalt betreibt.

Aus diesem Grund plant das Auslandsbüro Skopje für 2008 mit den Regierungspartnern und Vertretern der Frauenverbände eine Veranstaltung zur Rolle der Frauen in Politik und Wirtschaft, nachdem 2007 keine gezielten Projekte zur Stellung der Frauen durchgeführt wurden.

Text: Henri G. Bohnet

Kontakt: KAS-Auslandsbüro Mazedonien

Auslandsmitarbeiter: Henri G. Bohnet

kas@kas.com.mk

2.11. MONTENEGRO

Ausgangsbedingungen

Montenegro gehört zu den Balkanstaaten, die nach dem Zerfall des ehemaligen Jugoslawien Anfang der 1990er Jahre entstanden sind. Allerdings konnte es erst im Jahr 2006 seine Unabhängigkeit erreichen, nachdem sich die Bevölkerung im Rahmen eines Referendums für die Loslösung von Serbien aus dem damaligen Bundesstaat Serbien und Montenegro entschieden hatte. Es wurde sehr schnell weltweit anerkannt und in zahlreiche internationale Organisationen (Vereinte Nationen und ihre Sonderorganisationen, OSZE und Europarat) aufgenommen. Als nächste Schritte strebt Montenegro eine Aufnahme in die WTO, die NATO und in die EU an.

Montenegro ist mit 13.812 km² Landesfläche ein kleines Land. 620.000 Einwohner und 21 Gemeinden zählt der Adriastaat. In der Hauptstadt Podgorica wohnen etwa 170.000 Einwohner. Montenegro ist ein multiethnisches Land, welches nach der im Jahr 2003 durchgeführten Volkszählung 43 Prozent Montenegriner, 32 Prozent Serben, 13 Prozent Bosniaken bzw. „ethnische Muslime“, sieben Prozent Albaner, ein Prozent Kroaten und ca. drei Prozent Roma bewohnen. Im Land sind ca. 75 Prozent der Einwohner serbisch-orthodox, 3,5 Prozent römisch-katholisch, 15 Prozent muslimisch und die anderen meist konfessionslos.

Mit der Verabschiedung der neuen Verfassung im Oktober 2007 wurde Montenegro zu einer Republik, die bürgerliche, demokratische, rechtsstaatliche und soziale Werte pflegt. Hauptaufgaben der Politik sind danach der weitere Aufbau und die Stabilisierung der noch schwachen und ungenügend in der Gesellschaft verwurzelten legislativen und administrativen Strukturen.

Die allgemeinen politischen Umstände auf dem Balkan Ende des vergangenen Jahrhunderts sind Ursache dafür, dass sich Montenegro sowohl im rechtsstaatlichen als auch im wirtschaftlichen Bereich immer noch in einer Transitionsphase befindet. Allerdings erlebt das wirtschaftliche Wachstum in Montenegro in den letzten Jahren einen bemerkenswerten Aufschwung. Der Tourismus, der in den letzten Jahren deutliche Erfolge zu verzeichnen hat, ist dabei der Schwerpunkt der derzeitigen Wirtschaftsentwicklung. Problematisch sind dagegen die Modernisierung der früheren staatlichen Großunternehmen im Bereich der Metallindustrie, Werften, Holzverarbeitung, Bergbau und der Energiewirtschaft.

Das Durchschnittseinkommen der Bevölkerung und die Kaufkraft sind weiterhin gering. Das Gefälle zwischen Arm und Reich ist in Montenegro immer noch groß. Gehälter und Löhne betragen im Durchschnitt 300 Euro/Monat. Inzwischen steigen vor allem die Gehälter in der privaten Wirtschaft. Etwa zwölf Prozent der Bevölkerung in Montenegro leben an der Armutsgrenze. Nach letzten offiziellen Angaben beträgt die Arbeitslosenquote um die zwölf Prozent, wobei 45 Prozent davon Frauen sind.

Die montenegrinische Gesellschaft ist sehr traditionell. Führungsverantwortung, vor allem in der Politik und in der Wirtschaft, liegen in Männerhand. Frauen übernehmen demgegenüber die häuslichen Verpflichtungen und die Kindererziehung. Allerdings ist die Erwerbstätigkeit der Frauen noch aus der sozialistischen Zeit eine Selbstverständlichkeit. Daher röhrt auch noch ein relativ gut funktionierendes Kinderbetreuungssystem.

Projektbeispiel

Seit vielen Jahren engagiert sich die Konrad-Adenauer-Stiftung in Montenegro für die Weiterentwicklung der politischen Kenntnisse und Fertigkeiten von Frauen. Ziel ist es dabei, die politische Teilhabe von Frauen in einem Land, das bis heute stark patriarchalisch geprägt ist, zu verstärken. Hierfür wird mit einem lokalen Partner, dem montenegrinischen Büro für Gleichstellungsfragen, und einem ausländischen Partner, der „Eduardo Frei Stiftung“, zusammengearbeitet.

Im Jahr 2007 wurden drei Trainingsmaßnahmen durchgeführt, unter anderem zur freien Rede und zur Debatte. Teilnehmerinnen waren Frauen aus allen im montenegrinischen Parlament vertretenen Parteien. In Abhängigkeit von der Stärke der jeweiligen Partei im Parlament waren je zwei bis vier Teilnehmerinnen aus jeder Partei zum Training eingeladen.

Die Trainingsmaßnahmen für Frauen in 2007 hatten vor allem zwei Ziele: erstens die Ermunterung der Frauen zu einer stärkeren Teilnahme im politischen Leben der Gesellschaft, und zweitens die Verbesserung ihres öffentlichen Auftritts.

In Vorbereitung eines jeden Trainings wurden Inhalt und Programm zwischen den drei Partnern abgesprochen. Sowohl Vertreter der Eduardo Frei Stiftung als auch der KAS beteiligten sich als Trainer. Das Büro für Gleichstellungsfragen übernahm den organisatorischen Teil wie auch die Kommunikation mit den Teilnehmerinnen, ihre Auswahl, Einladungen, Übersetzung der Seminarmaterialien und Nachbereitung.

Nähere Beschreibung der Trainingsmaßnahmen

Vom 9. bis 10. März 2007 fand in Budva eine Konferenz zum Thema „Rolle der Frauen in Politik und Entscheidungsprozessen – gesetzlicher Rahmen“ statt. 40 Frauen aus parlamentarischen Parteien, dem Parlamentskomitee für Gleichstellung und dem NRO-Sektor nahmen teil.

Es gab aus zwei Gründen einen erhöhten Bedarf an Meinungsaustausch. Zum einen schnitten die Frauen bei den Wahlen im September 2006 besonders schlecht ab. Zum anderen fand in dieser Zeit die Debatte über die neue Verfassung statt.

Das Hauptanliegen der Teilnehmerinnen war, Strategien zu entwickeln, ihre Forderungen in Bezug auf die neue Verfassung an die Entscheidungsträger heranzubringen. Dazu sollte in einem ersten Schritt ein Konsens über die gemeinsamen Anliegen gefunden werden.

Neben Erfahrungen aus Deutschland flossen auch Erfahrungen aus Serbien ein. Aus beiden Ländern konnten Frauen vortragen, die am Verfassungsprozess in ihren Ländern teilgenommen hatten. Ihre Erfahrungen waren für die Debatte deshalb von besonderer Bedeutung.

Im Rahmen eines Workshops „Wie sollte ein Aktionsplan in Zusammenarbeit von politischen Parteien, dem Zivilsektor und den Beamten mit dem Ziel der Gleich-

berechtigung der Geschlechter aussehen?“ haben die Teilnehmerinnen eine Strategie der zukünftigen Aktivitäten entworfen und Aufgaben verteilt.

Vom 29. bis 30. Juni 2007 wurde die Veranstaltung zum Thema „Formen der politischen Kommunikation“ organisiert. 23 Frauen aus allen parlamentarischen Parteien kamen zu diesem zweiten Zusammentreffen nach Zabljak.

Folgende Bereiche wurden behandelt: Pressemitteilung, Pressekonferenz, Hintergrundgespräch, Webseite, Veranstaltungen, Direktmarketing. „Freie Rede – Basics der Rhetorik“ wurde ebenfalls theoretisch und im Workshop behandelt. Höhepunkt des Trainings war das Halten einer Rede vor der Kamera mit anschließender Auswertung. Ein ebenso wichtiger Nebeneffekt war, dass Frauen aus den verschiedenen politischen Parteien gelernt haben, gemeinsame Ziele zu entdecken und einander zuzuhören.

Das dritte Training zum Thema „Debatte“ war eine logische Folge des vorherigen. Es fand vom 7. bis 9. Dezember 2007 in Przno-Budva mit 22 Teilnehmerinnen aus politischen Parteien statt. Das Hauptziel dieses Trainings war, die Frauen für einen selbsbewussten und überzeugenden Auftritt zu trainieren.



Folgende Themen wurden vermittelt:

- die acht goldenen Regeln für eine erfolgreiche Kommunikation
- die Kunst des Debattierens
- die Geheimnisse der Überzeugungskraft
- rhetorische Instrumente



In Debatten zu verschiedenen Themen hatten die Teilnehmerinnen die Möglichkeit, ihre rhetorischen Kenntnisse zu prüfen und zu optimieren. Ein sehr nützliches Thema war auch das Schreiben einer Rede und ihre Präsentation.

Ergebnis und Nachhaltigkeit des Projektes

Die Bildungsmaßnahmen, die in Montenegro im Jahr 2007 stattgefunden haben, haben einen wichtigen Beitrag zur Erkenntnis und der Aufnahme des Geschlechterkonzepts in der Gesellschaftsentwicklung geleistet. Die Ausbildung in politischen Fertigkeiten und die Stärkung des Selbstbewusstseins und des Willens der Frauen, für die eigenen Rechte zu kämpfen, waren die Hauptziele dieser Veranstaltungen.

Das vermittelte theoretische Wissen wie auch die praktischen Übungen wurden von den Teilnehmerinnen als sehr nützlich und wünschenswert bewertet. Das Verständnis, dass ihr politischer Erfolg direkt von ihren politischen Fertigkeiten abhängig ist, und das Bewusstsein und die Bereitschaft, auf diesem Gebiet trainiert zu werden, sind ebenfalls als große Erfolge dieses Projektes zu bewerten.

Entwicklungs-politischer Kontext

Auf Staatsebene gibt es in Montenegro zwei institutionelle Mechanismen zur Förderung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern: den Parlamentsausschuss zur Frauengleichberechtigung und das Regierungsbüro für Frauengleichstellungsfragen.

Der Parlamentsausschuss zur Frauengleichberechtigung wurde im Jahr 2001 als ständiger Ausschuss mit der Aufgabe gegründet, die verfassungsrechtlich geforderte Sicherstellung der Gleichberechtigung umsetzen zu helfen. Im Jahr 2003 gründete die montenegrinische Regierung das Büro für Gleichberechtigung der Geschlechter, das auf Regierungsebene die Verantwortung und Zuständigkeit für die Einführung der Prinzipien der Geschlechtergleichberechtigung, Implementierung der internationalen Konventionen, Koordi-

nierung der Regierungsgremien in diesem Bereich und als Partner für nationale und internationale Organisationen hat. Stärkung der Mechanismen zur Frauen-gleichberechtigung auf der Ebene der kommunalen Selbstverwaltung ist ebenso eine wichtige Aufgabe, mit der sich das Büro derzeitig befasst.

Mit der Verabschiedung des Gesetzes für Frauen-gleichberechtigung im Juli 2007 wurde zum ersten Mal in der montenegrinischen Gesetzgebung das Prinzip der Geschlechtergleichberechtigung, wie es die Verfas-sung als Grundwert postuliert, verankert und ein Dis-kriminierungsverbot bestimmt.

In Übereinstimmung mit der Pekinger Deklaration der IV. VN-Weltfrauenkonferenz hat das Gleichstellungs-büro einen nationalen Aktionplans zu Gleichstellungs-fragen entworfen, der sieben prioritäre Aktivitätsbe-reiche der Frauenförderung bestimmt: Bildung, Gesundheit, Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen, Ökonomie und nachhaltige Entwicklung, Politik und Entscheidungsprozesse, Medien und Kultur sowie die Stärkung der Mechanismen zur Gleichberechtigung der Geschlechter.

Vor diesem Hintergrund ist festzustellen, dass die positive Gesetzgebung des Staates den Frauen in Montenegro die wichtigsten Grundlagen zur Frauenför-derung sichert. Mit der Verabschiedung des Gesetzes über die Gleichberechtigung der Geschlechter und der neuen Verfassung im Oktober 2007 bestätigt die montenegrinische Gesellschaft auch formal die Bereit-schaft, die Gleichstellung der Frauen sicherzustellen. Die Verfassung verpflichtet zudem den Staat, eine Gleichstellungspolitik durchzuführen. Auf diese Weise soll die Voraussetzung für eine stärkere Repräsentanz der Frauen in Entscheidungsprozessen geschaffen werden.

Es ist allerdings eine alte Erfahrung, dass sich Gleich-berechtigung nicht allein durch Gesetze erreichen lässt. Dazu sind Traditionen und Prägungen der Ge-sellschaft zu stark. Dass dies auch in Montenegro gilt, illustriert besonders das Ergebnis der letzten Parla-mentswahlen vom September 2006. Von insgesamt 81 Parlamentssitzen fielen nur neun Mandate (elf Prozent) auf Frauen.

Vor diesem Hintergrund sind die Maßnahmen, die die KAS im Bereich der politischen Bildung durchführt, ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung einer demokrat-i-schen Gesellschaft. Die Trainings für Frauen aus politischen Parteien in Montenegro sollen sie für die Übernahme politischer Verantwortung qualifizieren. Ausgestattet mit fachlichen Kenntnissen und prakti-

schen Fertigkeiten, wie sie für die Ausübung von politischen Ämtern und Mandaten von Nöten sind, wird es für Frauen leichter möglich sein, in Führungspositionen zu gelangen und sie verantwortungsvoll und erfolgreich wahrzunehmen.

Text: Claudia Nolte

Kontakt: KAS-Verbindungsbüro Montenegro

Auslandsmitarbeiterin:

Claudia Nolte, Bundesministerin a.D.

nolte@kas-bg.com

2.12. NAMIBIA

Ausgangsbedingungen

Als Namibia 1990 unabhängig wurde, galt es als Hoffnungsträger afrikanischer Entwicklung, Demokratisierung und Marktwirtschaft. Trotz erheblicher Transformationsleistungen in den letzten 18 Jahren steht das Land vor großen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen.

Die Dominanz der Regierungspartei SWAPO („Südwestafrikanische Volksorganisation“), nicht hinreichend ausgeprägte demokratische Werte, die Marginalisierung von ethnischen Minderheiten und von Frauen, insbesondere im ländlichen Bereich, stellen das Land vor politische Probleme.

Die Wirtschaft ist immer noch extrem mit der südafrikanischen Ökonomie verbunden, 80 Prozent der Konsumgüter kommen aus Südafrika. Der Geld- und Kapitalmarkt ist sehr eng mit dem Südafrikas verknüpft. Das Wirtschaftswachstum der letzten Jahre lag bei drei Prozent und ist somit nur geringfügig höher als das Bevölkerungswachstum, welches 2,6 Prozent beträgt. Deshalb ist nur von einem sehr geringen realen Wachstum auszugehen. Die Arbeitslosigkeit liegt bei fast 40 Prozent, der informelle Bereich ist im ländlichen Raum stark ausgeprägt und von Frauen dominiert.

Das ca. zwei Millionen Einwohner zählende Namibia hat einerseits ein relativ hohes Entwicklungsniveau mit einem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen von über 2.000 US-Dollar. Andererseits täuschen diese Globalindikatoren über die eklatanten sozialen Disparitäten hinweg. Im internationalen Vergleich weist Namibia die stärkste Ungleichverteilung des Volksvermögens auf. Ein Prozent der reichsten Haushalte des Landes verdienen mehr als 50 Prozent der ärmsten Haushalte zusammen. Weder hohe Einnahmen in den

wichtigsten Wirtschaftszweigen Fischerei, Bergbau und Tourismus, verbunden mit hohen Entwicklungshilfetransfers, noch eine Landreform oder die „Vision 2030“ als nationale Entwicklungsstrategie konnten dies zugunsten der armen und landlosen Bevölkerung korrigieren. Misswirtschaft, Korruption, mangelnde Effizienz und geringe Produktivität hemmen die wirtschaftliche Entwicklung.

In der Verfassung von Namibia wird die Gleichberechtigung von Frauen garantiert. Die Verfassung sagt aber auch, dass alle zum Zeitpunkt der Unabhängigkeit geltenden Gesetze und das Gewohnheitsrecht in Kraft bleiben, solange sie nicht durch das Parlament geändert oder aufgehoben werden. Somit existieren de facto weiter diskriminierende Gesetze, die besonders Frauen im ländlichen Raum treffen, wie zum Beispiel die eingeschränkte Eigentumsverwaltung oder der Zugang zu Ländereien und Kleinkrediten.

Die KAS versucht daher seit vielen Jahren, die sozioökonomischen Lebensbedingungen von Frauen, insbesondere im ländlichen Bereich, zu verbessern. Flankiert wird dies durch gezielte Maßnahmen zur Stärkung der politischen Partizipation von Frauen.

Projektbeispiel

Die Maßnahmen im Bereich der Frauenförderung der Konrad-Adenauer-Stiftung in Namibia werden vor allem durch den langjährigen Partner *Women's Action for Development* (WAD) implementiert. WAD wurde 1994 als unabhängige Organisation gegründet und ist seit 2001 beim „Ministerium für Handel und Industrie“ als nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtete Nicht-Regierungsorganisation registriert. Seit 2001 wird sie von der KAS mit einem Partnervertrag institutionell, das heißt finanziell und ideell (vor allem mit intensiver Beratung), gefördert. Inzwischen gibt es eine Reihe anderer internationaler wie nationaler Organisationen bzw. Einrichtungen, die WAD unterstützen. Kommerzielle Firmen und Banken unterstützen WAD Veranstaltungen, um von deren Popularität zu profitieren. Im Rahmen von Namibias Politik des *Black Economic Empowerment* (BEE) hat sich WAD als BEE-Partner einer Bank und einer Reiseagentur qualifiziert und wird in den nächsten Jahren Dividenden hieraus erhalten. WAD zählt inzwischen 25.000 Mitglieder und ist in sieben Regionen tätig: mit dem Ziel, die Präsenz in alle 13 Regionen des Landes auszuweiten.

Alle Maßnahmen von WAD zielen auf die Verbesserung der Lebensbedingungen der marginalisierten Landbevölkerung, insbesondere der Frauen. Dabei stehen

zwei Ziele im Vordergrund: erstens die Verbesserung der sozioökonomischen Lage der Frauen, und zweitens die Stärkung ihrer politischen Rechte.

Im Rahmen der sozioökonomischen Maßnahmen erhalten die Frauen Aus- und Fortbildungen zu Basisfertigkeiten in den Bereichen Gesundheit und Hygiene, Familienplanung, HIV/Aids-Prävention und Ernährungssicherung. Darauf baut ein Training zur Entwicklung spezieller Kompetenzen auf, zum Beispiel Gartenbau, Handarbeiten und technische Fähigkeiten sowie EDV und Sekretariatsarbeit. Die Absolventen werden jeweils in einer kleinen Zeremonie graduiert, was den Stellenwert der Ausbildung verdeutlicht. Besonders erfolgreiche Gruppen werden prämiert. In einem weiteren Schritt stellt WAD Materialien zur Verfügung, welche die Teilnehmer in die Lage versetzen sollen, eigene Projekte und wirtschaftliche Tätigkeiten zu entfalten. Diese werden nur einmalig ausgegeben, um keine Abhängigkeitsverhältnisse zu schaffen. Auch darüber hinaus begleiten und unterstützen die WAD-Mitarbeiter die Projektteilnehmer durch Trainingsmaßnahmen, bis das Ziel der Selbstständigkeit der Projekte erreicht ist. Darüber hinaus erhalten die Projektteilnehmer Anleitung darüber, wie sie in einer Gruppe Geld ansparen können, um größere Anschaffungen tätigen zu können, zu denen ein Einzelner nicht in der Lage ist. Schließlich stellen die Kursteilnehmer an so genannten *Field Days* ihre erworbenen Fähigkeiten und erarbeiteten Gegenstände (oft Kunsthandwerk) meist Hunderten von Interessenten vor, wodurch WAD zusätzliche Mitglieder und Teilnehmer für weitere Kurse gewinnt.

Insgesamt sind diese Trainingsaktivitäten stark nachgefragt und kommen direkt der ländlichen Zielgruppe zugute. Es sind auch erfolgte Vermittlungen von ausgebildeten Frauen nachweisbar, insbesondere im Zusammenhang mit den Computerkursen. So haben etwa 60 Prozent aller Frauen, die ein Training bei WAD absolviert haben, anschließend einen Arbeitsplatz gefunden oder sind selbstständig geworden.

Des Weiteren ist WAD im Bereich der Stärkung der politischen Rechte der Frauen tätig. Zu diesem Zweck wurden seit 2002 *Women's Voices* in den Regionen errichtet. Dabei handelt es sich um jeweils sieben, von den WAD-Mitgliedern gewählte, meist weibliche Vertreter, die als offizielles Sprachrohr der Mitglieder der Region dienen. Diese Gruppen stehen geschlossen zusammen und wirken gemeinsam auf die lokalen Autoritäten ein, um mit diesen die regionalen Probleme zu erörtern und zu Lösungen zu gelangen. Die *Women's Voices* partizipieren meist an den lokalen und regionalen Entwicklungsausschüssen, ermutigen Frauen, bei Wahlen zu kandidieren, um verantwortungsvolle Positionen in der Region einzunehmen. Seit einigen Jahren versucht WAD mit dem Projekt *National Women's Voices*, die Probleme der Frauen in den ländlichen Bereichen, die nicht von den lokalen Autoritäten behandelt werden, auf nationaler Ebene aufzugreifen. Als Sprachrohr benachteiligter Frauen aus dem ländlichen Raum versucht WAD mit den *National Women's Voices* legislative Prozesse und politische Entscheidungen zu beeinflussen. Damit setzt sich WAD auf allen Ebenen für die gesellschafts-politische Partizipation und Lobbyarbeit von Frauen ein, weshalb die KAS verstärkt Kurse zur politischen Bildung bei WAD fördert.

Durch die erfolgreichen WAD-Aktivitäten fühlten sich immer mehr Männer in den ländlichen Gebieten bedroht wegen der zunehmenden wirtschaftlichen und sozialen Stärkung ihrer Frauen. Dies hat teilweise zu repressiven Reaktionen gegenüber den Frauen in den Familien geführt. WAD hatte daher bereits seit 2002 vermehrt auch Männer in die Projekte einbezogen. Um den Ausschluss von Männern bei WAD auch semantisch zu beheben, hat WAD 2008 sein Projekt *Women's Voices* in den neutraleren Begriff der *Community Voices* umbenannt. Auch auf nationaler Ebene soll die Umbenennung in *National Community Voices* erfolgen.

Darüber hinaus findet seit 1995 jährlich in Namibia eine Konferenz statt, an der Teilnehmer aus verschiedenen SADC-Ländern (*Southern African Development Community*) über Entwicklungen bei frauenrelevanten Themen diskutieren. Thema 2006 war „Violence against Women“ und 2007 „Women in Decision Making“. Im Rahmen der letzten Konferenz kam es zu einem *Women's Celebratory March*, an dem ca. 1.000 Personen, überwiegend Frauen, teilnahmen. Dieser endete im Parlamentsgarten mit einer großen Kundgebung, an der zahlreiche Minister, Abgeordnete, Diplomaten und Vertreter der Zivilgesellschaft teilnahmen. Das Thema 2008 wird sich der Marginalisierung von Frauen im traditionellen Recht (*Women*



under customary law) widmen. Die Konferenz wird gemeinsam von WAD und KAS organisiert.

Aufgrund der großen Mitgliederzahl, der guten dezentralen Strukturen und Kontakte sowie der großen Popularität und Medienpräsenz war es WAD möglich, den auch politisch marginalisierten Frauen eine Stimme zu verleihen. Hier ist es WAD ohne Zweifel in den letzten Jahren gelungen, die Partizipation von Frauen in der Politik zu verbessern. Ein Gesetz zu häuslicher Gewalt, das beinahe von dem überwiegend von Männern dominierten Parlament abgelehnt worden wäre, konnte durch eine Unterschriftenaktion, bei der WAD innerhalb weniger Tage mehrere Tausend Unterschriften gesammelt hatte, doch noch verabschiedet werden. Der Präsident und die Regierung Namibias unterstützen WAD in Wort und Tat. Es kam und kommt zu regelmäßigen Begegnungen mit hochrangigen Regierungsvertretern und zu guter Zusammenarbeit mit Regierungsstellen auf allen (auch dörflichen) Ebenen. Hervorgehoben werden kann die Kooperation mit dem Büro der stellvertretenden Premierministerin bei der Umsetzung von Trainingsprogrammen für die Ethnie der San.

Seit 2007 werden im Rahmen eines Dezentralisierungs- und Restrukturierungsprozesses von WAD die Trainingszentren nunmehr stärker unter die Kuratel der Gemeinden gestellt, erhalten allerdings nach wie vor von WAD (und der KAS) Mittel für Bildungsmaßnahmen.

Entwicklungspolitischer Kontext

Namibia bekennt sich in zentralen Dokumenten und Erklärungen zu den Millenniums-Entwicklungszielen (MDGs) der Vereinten Nationen, insbesondere zum MDG 3, welches die Gleichberechtigung der Geschlechter zu fördern und die Rechte von Frauen zu stärken beabsichtigt.

Da Namibia kein *Least Developed Country* (LDC) ist, sondern ein *Lower Middle Income Country*, hat es keine Strategie zur Armutsbekämpfung (PRSP) entwickelt. Mit dem inzwischen dritten *National Development Plan* (NDP 3) hat Namibia aber ein Programm vorgelegt, das makroökonomische und strukturelle Reformen beinhaltet, den Prinzipien nachhaltiger Entwicklung und Armutsorientierung (*pro-poor*) und der Gleichberechtigung der Geschlechter verpflichtet ist. Darüber hinaus hat Namibia wichtige internationale Instrumente ratifiziert wie die internationale Konvention zur Eliminierung aller Formen von Diskriminierung von Frauen (CEDAW), das Protokoll zur Afrikanischen Charta über die Rechte von Frauen in Afrika



sowie die Deklaration der Entwicklungsgemeinschaft Südliches Afrika zu Frauen und Entwicklung.

Die in der namibischen Verfassung verankerte Gleichstellung der Geschlechter und das Verbot der Geschlechterdiskriminierung sowie die anvisierte gleichberechtigte Partizipation von Frauen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, wie sie im nationalen Entwicklungsplan (NDP 3) und der umfassenden „Vision 2030“ Namibias zum Ausdruck kommt, stellt nach wie vor eine große Herausforderung dar.

Die von WAD bereits seit 1994 durchgeführten Projekte verfolgen im Grundsatz die gleichen Ziele wie die von Namibia unterzeichneten internationalen Abkommen und nationalen Entwicklungsprogramme. WAD verfolgt mit seinem holistischen Ansatz dabei die Förderung und Stärkung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Situation der Frauen. Mit den einkommensschaffenden Projekten werden die sozioökonomischen Bedingungen der Frauen, vor allem in den ländlichen Gebieten, verbessert, mit den *Women's Voices* bzw. seit 2008 *Community Voices* sollen vor allem den Stimmen der marginalisierten Frauen Gehör verschafft werden. Internationale Konferenzen mit Teilnehmern aus der Region Südliches Afrika, die WAD in enger Zusammenarbeit mit der KAS durchführt (zuletzt zu *Violence against Women* bzw. *Women in Decision Making Positions*), flankieren die Initiativen von WAD.

Trotz der bereits erreichten Erfolge muss die erfolgreiche Integration von Frauen in den formellen Arbeitsmarkt, die Beeinflussung politischer Entscheidungsprozesse zugunsten von Frauen konsequent fortgesetzt werden, um die nach wie vor signifikante Marginalisierung von Frauen in Namibia zu korrigieren. Die KAS hat hier insbesondere mit ihrem Partner WAD einen nachhaltigen und sichtbaren Beitrag in Namibia geleistet.

Text: Dr. Dr. Anton Bösl

Kontakt: KAS-Auslandsbüro Namibia

Auslandsmitarbeiter: Dr. Dr. Anton Bösl

boesl@kas-namibia.org

2.13. PAKISTAN

Ausgangsbedingungen

In der Geschichte Pakistans gab es wenige Ereignisse, die wie die Wahlen vom 18. Februar 2008 den politischen Eliten des Landes eine reale Chance zum politischen Neubeginn boten. Im Rückblick auf das Geschehen vor den Wahlen und die Wahlergebnisse, die unter der Bevölkerung und in den Medien eine regelrechte Euphorie über die „Morgenröte eines demokratischen Neubeginns“ ausgelöst hatten, stellt sich die Frage, ob damit tatsächlich schon ausreichende Voraussetzungen für eine politische Wende geschaffen wurden. Zunächst erzeugte die dramatische Wahlniederlage der bisherigen Regierungsparteien PML-Q, MQM und MMA eine Erwartungshaltung, die angesichts der Persönlichkeitsprofile der neuen Machthaber und der vielschichtigen Krisensituation Pakistans kaum zu befriedigen sein wird. Hierauf gründen die Wahlverlierer, einschließlich Präsident und Ex-General Pervez Musharraf, ihre Hoffnung auf ein Versagen ihrer siegreichen Kontrahenten.

In Kommentaren und Diskussionsrunden wurde das vergangene achtjährige Regime Musharraf verdammt und ein sofortiger Rücktritt des Präsidenten gefordert. Dies musste verwundern, fand Musharraf's politische Führerschaft doch bis Anfang 2007 bei der Mehrheit im Volke Zustimmung. Zudem war der Präsident Pakistans für die internationale Gemeinschaft das Hauptbollwerk im Kampf gegen einen Terrorismus, der in jüngerer Zeit auch Pakistan in Mitleidenschaft gezogen hatte. Zeitweilig verdrängt, aber nicht vergessen ist der von den Amerikanern vermittelte Deal zwischen Benazir Bhutto und Pervez Musharraf, der am 6. Oktober 2007 in der präsidialen *National Reconciliation Ordinance 2007* (NRO) seinen Ausdruck fand. Hauptinhalt der NRO ist die Einstellung aller Gerichtsverfahren, die im Zeitraum zwischen 1985 und dem 12. Oktober 1999 (Tag der Machtübernahme Musharraf's) aus politischen Gründen eingeleitet worden waren. Nutznießer der Verfügung waren vor allem unter dem Verdacht massiver Korruption stehende Politiker wie Benazir Bhutto, ihr Ehemann Asif Ali Zardari, die Brüder Nawaz und Shahbaz Sharif sowie weitere Parteiführer der PPP, PML-N und MQM. Als Gegenleistung für diesen pauschalen Freispruch sollten die genannten Parteien sich nicht gegen eine Wiederwahl von General Musharraf zum Präsidenten stellen.

Allerdings steht immer noch die Legitimierung der NRO durch das Oberste Gericht aus. Zunächst aber ermöglichte die NRO den vor der Strafverfolgung ins

Ausland geflohenen Politikern die ungehinderte Rückkehr nach Pakistan. Ihr Wiedereinstieg in die Tagespolitik Pakistans weckte im Volk allgemeine Hoffnung auf bessere Zeiten. Und das war verständlich, gab es 2007 doch zahlreiche undemokratische Ereignisse im politischen Leben des Landes, begleitet von einschneidenden wirtschaftlichen Problemen. Mit ihrer Wahlentscheidung brachte die Wählerschaft mehrheitlich ihre Forderung nach Abkehr von einem zivil verbrämten Militärregime und seinen korrupten Politikern sowie dem Machthunger der Elite religiöser Parteien zum Ausdruck. Andererseits eröffnete sich die Möglichkeit, mit einer Politik des nationalen Konsenses die Kraft bisher verfeindeter Parteien in Koalitionen auf nationaler und provinzieller Ebene zu bündeln sowie die unter Musharraf kriminalisierte und entmündigte Zivilgesellschaft wiederzubeleben und in den demokratischen Prozess einzubinden. Das erfordert eine gemeinsame, klare Formulierung der nationalen Interessen und darauf gegründet eine Politik, die nachhaltig wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung sowie die Festigung der politischen Einheit und Souveränität des Landes gewährleistet. In dieser komplizierten Situation erwartet Pakistan politisch-moralische sowie wirtschaftliche Unterstützung der internationalen Staatengemeinschaft, allerdings ohne Einmischung in seine inneren Angelegenheiten.

Die Frauenquote in den Parlamenten, den Gemeinderäten, aber auch offiziellen Staatskörperschaften wie Ministerien und Hochschulen hat sich in den letzten Jahren erhöht. Teilweise treten aber immer noch landesweit elementare wie systematische Schlechterstellungen von Frauen und Mädchen in Erscheinung. Hierbei wird insbesondere eine Benachteiligung von Frauen bei so genannten Hadd-Strafen offensichtlich. Die Hadd-Strafe (arabischer Plural: *hudud*) ist die vorgesehene Ahndung der im Koran festgelegten Straftatbestände. In Pakistan fokussiert sich ein Großteil der Hadd-Strafen auf die Themenkomplexe Unzucht und Ehebruch. Eine große Mehrheit inhaftierter Frauen wurde diesbezüglich wegen so genannter „Zina-Vergehen“ (Ehebruch/Unzucht) verurteilt.

Die Sharia-Rechtsprechung sorgt unter anderem dafür, dass die Zeugenaussage einer Frau weniger wiegt als die eines Mannes. Dasselbe gilt, wenn Frauen vergewaltigt werden und Klage einreichen. Sie müssen vier Männer nennen, die bezeugen, dass gegen sie Gewalt angewandt wurde. Vermögen die Frauen dies nicht, riskieren sie wegen unerlaubten sexuellen Kontakts eine Gefängnisstrafe. Der im Jahr 2005 für große Aufmerksamkeit sorgende Fall des Vergewaltigungsopfers Mukhtaran Mai ist ein Belegbeispiel für diese immer noch speziell in ländlichen Gebieten ortsübliche

Praxis der religiösen Rechtsprechung, die nachweislich Frauen und Mädchen stark benachteiligt und als Menschenrechtsverletzungen bewertet werden kann. Für ein enormes Spannungsverhältnis sorgt zusätzlich der Sachverhalt, dass die Sharia-Rechtsprechung im Bereich der Hadd-Strafen oftmals sowohl gegen die pakistaneische Verfassung¹⁹ als auch gegen internationales Recht verstößt. Eine Änderung diesbezüglich ist kurz- bis mittelfristig nicht zu erwarten, obwohl Pakistan die Konvention der Vereinten Nationen zur Abschaffung der Diskriminierung von Frauen²⁰ schon im März 1996 unterzeichnete.

Projektbeispiel

Die Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt in Pakistan Projekte zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation von Frauen und Mädchen. Seit 1996 arbeitet die KAS auf diesem Gebiet mit der pakistaneischen Frauenorganisation *Behbud Association of Pakistan (BAP)*²¹ zusammen, die Projekte in mehreren Slumsiedlungen²² durchführt. Den Mittelpunkt der Aktivitäten bilden die *Community Centres*, in denen die verschiedenen Informations- und Ausbildungsveranstaltungen sowie ein Home School Unterricht stattfinden. Heute sind diese Zentren gleichzeitig Anlaufstellen für die Frauen, die mit ihren verschiedensten Problemen an *Behbud* herantreten. Im Rahmen der Projekte sind gewählte Frauen, die *mohalla leaders* genannt werden, wichtige Ansprechpartner für die Frauen der Slums. Die Zentren können mittlerweile von den Frauen, die sich vorwiegend zuhause aufhalten müssen, problemlos und mit Zustimmung der Männer aufgesucht werden. Dies kann in der sehr religiös-konservativen und engen Gesellschaft der Slums als großer Erfolg verzeichnet werden.

Die Hauptaktivität der Zentren ist die fachliche Aus- und Weiterbildung von Frauen. In den Kursen erlernen sie praktische Kenntnisse wie Nähen, Stickern, Malerei, Nothilfe, Backen, Seifen- und Kosmetikherstellung, die es ihnen entweder ermöglichen, Geld durch Eigenproduktion zu sparen oder durch den Verkauf der Produkte ein Einkommen zu erzielen. Zusätzlich zu den Ausbildungskursen hat *Behbud* die Vergabe von Kleinstkrediten initiiert, um den Frauen den Aufbau eines eigenen Unternehmens zu ermöglichen. Ein Großteil der Frauen hat sich im Rahmen des Projektes mit einem Mikrounternehmen selbstständig gemacht. Der Erfolg dieser Mikrounternehmen spiegelt sich in der Rückzahlungsquote der Kredite von 100 Prozent wider. Von zentraler Bedeutung sind ferner die zahlreich stattfindenden Alphabetisierungs- und Computerkurse für erwachsene Frauen. Insbesondere für Frauen, die kleinere Wirtschaftsaktivitäten beginnen,

sind diese Kenntnisse unerlässlich. Regelmäßig finden in den Zentren Aktionen statt, die die Frauen dazu motivieren, mit Eigeninitiative und Eigenverantwortung gemeinsam Probleme in ihrem Umfeld in Angriff zu nehmen und Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln.

Durch den integrativen Ansatz des Projektes zur Armutsbekämpfung von Frauen konnte *Behbud* einen erheblichen Mobilisierungseffekt erzielen. Die Frauen in den *Communities* sind zur Selbstorganisation bereit und befähigt. Die Nachfrage nach den Ausbildungsangeboten ist sehr hoch, da die Teilnehmerinnen sehr stark von den erlernten Fähigkeiten profitieren, da sie ihnen unter anderem neue Einkommensquellen erschließen und somit eine wirtschaftliche Selbstständigkeit ermöglichen. Kurse wurden in Karachi, Lahore und Rawalpindi insbesondere in den Bereichen Berufsbildung, Gesundheit und Bildung sowie Armutsbekämpfung durchgeführt. Im Jahr 2006 nahmen ca. 1.500 Frauen an den von der KAS finanzierten Workshops und Seminaren teil.

Weniger leicht greifbar, aber sicherlich nicht weniger wichtig, sind die Nebeneffekte der Maßnahmen. So verfügen Frauen, die an den Kursen teilgenommen haben, über ein höheres Selbstbewusstsein und Selbstwertgefühl. Darüber hinaus entsteht bei vielen der Wunsch, außerhalb ihrer Häuser aktiv zu werden und sich an Gemeinschaftsaktionen zu beteiligen sowie führende Rollen in der Gemeinde zu übernehmen – ein Novum in der stark männerdominierten und traditionell patriarchalischen Gesellschaft Pakistans.

Durch die Partnerschaft mit der NGO *Behbud* und die gemeinsame Projektarbeit fördert die KAS in Pakistan nicht nur die Arbeitsbereiche *Community Development, Vocational and Technical Training, Women Empowerment, Family Welfare und Credit and Enterprise Development*. Zudem leistet sie durch die Fokussierung auf den Themenschwerpunkt *Women Rights and Leadership* einen Beitrag zur kontinuierlichen Verbesserung der Stellung von Frauen und Mädchen in Pakistan.

Entwicklungspolitischer Kontext

Pakistan bekennt sich in zentralen Dokumenten und Erklärungen zu den Millenniums-Entwicklungszielen (MDGs) der Vereinten Nationen. Neben der Bekämpfung von extremer Armut und Hunger, der vollständigen Primarschulbildung für Jungen und Mädchen, wird als drittes Ziel die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und Stärkung der Rolle der Frauen genannt (MDG 3). Die Erreichung dieses dritten Millenniums-Entwicklungsziels wird von der pakistaneischen

Regierung trotz aller Schwierigkeiten angestrebt²³, wie sich beispielsweise in der Erhöhung der Frauenquote in den Parlamenten und anderen Gremien widerspiegelt. Es folgen ferner die Reduzierung der Kindersterblichkeit (Senkung der Sterblichkeitsrate von Kindern unter fünf Jahren um zwei Drittel), die Verbesserung der Gesundheitsversorgung von Müttern (Senkung der Müttersterblichkeitsrate um drei Viertel), die Bekämpfung von HIV/Aids, Malaria und anderen schweren Krankheiten, die Anstrengung von ökologischer Nachhaltigkeit und der Aufbau einer globalen Entwicklungspartnerschaft.

Die Konvention der Vereinten Nationen zur Abschaffung der Diskriminierung von Frauen²⁴ hat Pakistan im März 1996 unterzeichnet.

Text: Dr. Babak Khalatbari

Kontakt: KAS-Auslandsbüro Pakistan

Auslandsmitarbeiter: Dr. Babak Khalatbari

Babak.Khalatbari@kas.de

2.14. PARAGUAY

Ausgangsbedingungen

Paraguay ist ein Land mit einem sehr eigenständigen Entwicklungsweg: Bis 1989 wurde das Land von Diktator General Alfredo Stroessner, dem Militär und der mittlerweile über hundertjährigen Colorado-Partei beherrscht, die bis zum Wahlsieg von Fernando Lugo 2008 insgesamt 61 Jahre an der Macht war. Die formalen Kriterien für eine Demokratie sind zwar erfüllt, aber nach den Weltbank-Indikatoren für gute Regierungsführung schneidet Paraguay unter allen südamerikanischen Ländern am schlechtesten ab. Gründe sind der stark ausgeprägte Klientelismus und die Korruption. 56 Prozent aller im Register eingeschriebenen Wähler sind Mitglieder der Colorado-Partei, die im Staat und den von Staatsaufträgen abhängigen Unternehmen einen erdrückenden Einfluss ausübt. Die politische Klasse ist stark von den sozialen Interessen der Bürger isoliert, und die politische Agenda wird in erster Linie von Machtfaktoren bestimmt. Deshalb ist die hohe Armutsraten bisher nicht gesenkt worden: Von den 6,6 Millionen Paraguayern leben 61 Prozent unterhalb der Armutsgrenze. Die Gegensätze zwischen Arm und Reich sind extrem.

Auch wenn die Bedeutung der Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten abgenommen hat, arbeiten immer noch 39 Prozent der Bevölkerung im Agrarsektor. Jedoch stehen die einfachen Bauern in großer Abhängigkeit zu ihren Großgrundbesitzern. Zwei Prozent der

Bevölkerung gehören 80 Prozent der landwirtschaftlich genutzten Flächen.

Mittlerweile erwirtschaftet der Dienstleistungssektor die Hälfte des 9,3 Milliarden USD hohen Bruttoinlandproduktes. Das Wirtschaftswachstum liegt bei 2,7 Prozent. Da jedoch die Bevölkerung jährlich um 2,3 Prozent wächst, trägt das Wirtschaftswachstum nur sehr langsam zur Verbesserung der Lebensbedingungen der benachteiligten Bevölkerung bei.

Frauen sind im sozioökonomischen Kontext wichtige Akteure. Sie übernehmen Verantwortung in Familie und Beruf und artikulieren soziale Interessen, die bisher an den Mauern des Klientelismus abprallten. Auch wenn die Interessen der Frauen in der Theorie bereits berücksichtigt sind, fehlt es bisher noch in großen Teilen an der praktischen Umsetzung. Die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist bezüglich Zivilrecht, Politik, Sozialem, Wirtschaft und Kultur in der Verfassung festgeschrieben. Auch hinsichtlich des Arbeitsrechts wird Frauen Gleichberechtigung garantiert, was ebenso Schutz für werdende Mütter wie auch die Gleichberechtigung der Landfrauen bezüglich der Agrarreformen einschließt. Zudem soll laut Verfassung der Zugang zu öffentlichen Funktionen für Frauen gefördert werden. Allerdings nahm Paraguay im Jahr 2003 bei einer Studie der CEPAL (*Comisión Económica para América Latina y el Caribe* – Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Lateinamerika und die Karibik) bezüglich der politischen Beteiligung von Frauen den letzten Platz unter den lateinamerikanischen Ländern ein. Weiterhin bleibt auch die Verfassung hinsichtlich der Gleichberechtigung teils ungenau definiert, teils lückenhaft. So gibt es beispielsweise kein konkretes Gesetz gegen häusliche Gewalt.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung leistet einen Beitrag zur Abmilderung der Armut, schlechter Regierungsführung und mangelnder politischen Partizipation in Paraguay mit dem Projekt PROMUR/GES.

Projektbeispiel

Das *Centro de Promoción de la Mujer y de Gestión Social* (PROMUR/GES – Zentrum zur Förderung der Frau und zur Sozialarbeit) ist eine Nichtregierungsorganisation für Frauen, die 1994 mit Unterstützung der KAS in Asunción, Paraguay, gegründet wurde. Ziel von PROMUR/GES war zunächst, durch Aus- und Fortbildungsmaßnahmen Frauen zu befähigen, ihre Interessen zu artikulieren, sich zu organisieren und an politischen und gesellschaftlichen Diskussions- und Entscheidungsprozessen teilzunehmen. Zudem bildete

PROMUR Frauen professionell in technischen Bereichen (zum Beispiel Schneidern, Kunsthandwerk) und dem Management weiter, um ihre Einkommensmöglichkeiten zu steigern. Obwohl Frauen weiterhin eine bevorzugte Zielgruppe sind, konzentriert sich PROMUR/GES seit 1998 nicht mehr nur ausschließlich auf Frauen als Teilnehmerinnen von Aus- und Fortbildungskursen.

PROMUR ist so in eine Rolle hineingewachsen, die in dieser Form ursprünglich nicht vorhersehbar war. Heute ist es eine wichtige Fortbildungs-, Beratungs- und Forschungseinrichtung zu sozialpolitischen Fragen in Paraguay. PROMUR trägt zur Herausbildung und Stärkung eines kritischen Bürgerbewusstseins und zur Sensibilisierung für soziale Fragen und insbesondere auch Fragen des Geschlechterausgleichs bei, fördert den Aufbau sozialer Netzwerke und entwickelt Vorschläge für sozialpolitische Projekte. Die Organisation wird seit 1994 von der Konrad-Adenauer-Stiftung finanziell und durch Beratung gefördert.

Zur Erreichung der Ziele führt PROMUR ein sehr intensives und in Paraguay stark beachtetes Programm der politischen Bildung und Beratung durch. Dabei werden neben den sozialpolitischen Themen (Armut, Bildung, Krankenversicherung, Rentenversicherung) und der politischen Agenda Paraguays auch Themen wie Gleichberechtigung, soziale Investitionen, Dezentralisierung und regionale Integration behandelt. Beispielhaft für die Aktivitäten ist der IV. Nationale Kongress über Sozialpolitik, den PROMUR/GES im Mai 2007 in Asunción organisierte. Thema des Kongresses war: „Demokratie, Politischer Wille und Politiken der sozialen Kohäsion“.

Dieser Kongress, der im Zwei-Jahres-Rhythmus von PROMUR/GES veranstaltet wird, ist wohl eines der maßgeblichen Foren in Paraguay zur Diskussion von Sozialpolitik. PROMUR/GES stellt ein zunehmendes Interesse an dieser Veranstaltung fest, das sich in ständig höheren Teilnehmerzahlen ausdrückt. 2007 wurden die Erwartungen von PROMUR/GES wieder übertroffen: An dem Kongress nahmen ca. 400 Personen aus allen Bereichen Paraguays (Zivilgesellschaft, Regierung, Parlament, Justiz, Medien) teil, der weitaus größte Teil davon waren Frauen. Für Männer sind Aspekte der Sozialpolitik noch immer eher „Frauenthemen“. Deshalb gibt es seitens der Regierung und des Parlamentes bisher erst wenige Ansätze zu einer konzisen Sozialpolitik. Diese Fragen und die Bedeutung der politischen Partizipation zu ihrer Beantwortung standen im Mittelpunkt.

Dieses Beispiel zeigt die Verschränkung verschiedener Aktionsfelder der KAS: Der Kongress leistet durch den



direkten Dialog sozialer Interessengruppen und die politische Bildung der Teilnehmer einen Beitrag zur demokratischen Kultur des Landes. Der Dialog über das zentrale politische Thema der Sozialpolitik soll zur verbesserten staatlichen Armutsbekämpfung beitragen. Mit der Heranführung zivilgesellschaftlicher Akteure an die politischen Prozesse will die KAS ebenfalls einen Beitrag zur Demokratieentwicklung leisten, was gerade in Paraguay mit seiner abgeschlossenen politischen Klasse von höchster Bedeutung ist.

Die Förderung von PROMUR/GES brachte bisher eine Reihe von guten Ergebnissen hervor:

- Ein enges Vertrauensverhältnis zu den Zielgruppen (Frauen, politische Akteure) wurde aufgebaut, was die Wirksamkeit und Nachhaltigkeit förderte, indem artikulierte Interessen der Frauen an die politisch Entscheidenden kommuniziert werden können.
- Wichtige Themen sind von PROMUR auf die politische Agenda gesetzt worden, darunter u.a. die Gründung eines Sozialministeriums, das 2007 im Parlament beschlossen, aber durch ein Veto des Präsidenten bisher verhindert wurde.
- PROMUR wird als eine „Führungsschule“ wahrgenommen, in der demokratische Kultur und kritischer Bürgersinn gefördert werden. Wichtige Repräsentanten der Politik, bekannte Experten und Intellektuelle nehmen an den Programmen von PROMUR teil.
- Durch die offizielle Anerkennung als nicht-formelle Ausbildungseinrichtung ist es PROMUR möglich, Teilnahmebestätigungen auszustellen, die einen akademischen Wert besitzen. Dadurch können offiziell anerkannte Fortbildungsmaßnahmen angeboten werden, die die Nachfrage nach einer Teilnahme an PROMUR-Aktivitäten, insbesondere unter Frauen, haben weiter steigen lassen.
- PROMUR hat entscheidend dazu beigetragen, die Themen und Konzepte „Gender“ und „Soziale Gerechtigkeit“ auf die Agenda des Parlaments zu setzen und erreichte die Einsetzung eines neuen Senatsausschusses für „Gleichberechtigung und soziale Fragen.“

Entwicklungspolitischer Kontext

PROMUR/GES ist ein gutes Beispiel für die nicht immer vollständig planbaren Effekte eines Projektes mit sozialen Akteuren in einem sich wandelnden politischen und gesellschaftlichen Umfeld: Stand anfangs die berufliche Ausbildung im Vordergrund der Programme, die vor allem zu Einkommenssteigerungen bei den Frauen führen sollte, ist heute daraus eine sozialpolitische Institution für Paraguay geworden. Die institutionelle Förderung durch die KAS hat diesen Erfolg der Bürgerinneninitiative mit ermöglicht, da sie die materielle und personelle Grundlage für die Institutionenbildung schuf. Heute verfügen die Frauen in PROMUR/GES selbst über einen solchen gesellschaftlichen und politischen Einfluss, dass sie weitere indirekte Effekte für die Gleichberechtigung der Geschlechter und die Stärkung der ökonomischen und politischen Partizipation von Frauen erzielen können; so zum Beispiel über Bewusstseinsbildung bei den politischen und administrativen Eliten des Landes.

Mit der Förderung von PROMUR/GES bewegt sich die KAS ganz im Zielbereich der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, wie er dem Lateinamerika-Konzept des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zu entnehmen ist. Das Projekt arbeitet seit Jahren in drei der vier Zieldimensionen des BMZ: der ökonomischen, der sozialen und der politischen Dimension. Mit der Integration in das lateinamerikaweite Sektorprogramm „Soziale Ordnungspolitik Lateinamerika“ (SOPLA) der KAS ist zudem die Vernetzung mit den regionalen Ansätzen der Stiftung und der Erfahrungsaustausch mit anderen Ländern sichergestellt. Das Projekt zeigt also, dass solche Ansätze in der Zivilgesellschaft Paraguays durchaus auf fruchtbaren Boden fallen, auch wenn die Regierungspolitik immer noch mehr von Rhetorik als von konkreten Maßnahmen gekennzeichnet ist. So gibt es zwar seit 1992 ein beim Staatspräsidenten angesiedeltes Sekretariat für Frauenfragen und seit 1997 einen nationalen Plan zur Gleichstellung der Geschlechter. Die praktische Ausführung ist jedoch von geringer administrativer Kapazität und fehlenden Finanzmitteln gekennzeichnet.

Es bleibt zu hoffen, dass die großen entwicklungs-politischen Akteure Paraguay nicht völlig aus ihren Programmen ausklammern. Nicht zuletzt sind auch die positiven Entwicklungen wie zum Beispiel die im Vergleich außerordentlich hohen Investitionen in das Bildungssystem nicht zu unterschlagen, da sie unterstreichen, dass sich trotz der beschriebenen Defizite etwas bewegen lässt.

Text: Dr. Peter Fischer-Bollin

Kontakt: KAS-Auslandsbüro Brasilien

Auslandsmitarbeiter: Dr. Peter Fischer-Bollin

Peter.Fischer-Bollin@kas.de

2.15. POLEN

Ausgangsbedingungen

In einem fast zwanzig Jahre währenden politischen und wirtschaftlichen Transformationsprozess hat sich in der Republik Polen, die mit rund 38 Millionen Einwohnern das größte östliche Nachbarland Deutschlands ist, einiges bewegt. Polen ist seit 1999 Mitglied der NATO und wurde 2004 in die EU aufgenommen. Im wirtschaftlichen Bereich weist das Land ein stabiles Wachstum von 6,5 Prozent vor. Als problematisch müssen dabei jedoch die hohe Arbeitslosenquote von 11,4 Prozent und die sozialen Spannungen im Land bewertet werden. Zudem wird immer wieder deutlich, dass Polen in wirtschaftlicher Hinsicht noch Nachholbedarf hat. Betrachtet man das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, erreichte Polen 2007 nur 55 Prozent des EU-27-Durchschnittes und rangiert damit nur knapp vor Rumänien und Bulgarien am Ende der europäischen Skala.

Frauen nehmen in Polen eine herausragende Rolle in Beruf und Öffentlichkeit wahr. Sie stellen nicht nur 52 Prozent aller Erwerbstätigen in Polen, sondern werden auch in öffentlichen Ämtern viel stärker akzeptiert als in vielen anderen EU-Ländern. Seit der demokratischen Wende 1989 hatte das Land eine Premierministerin (Hanna Suchocka) und eine Notenbankchefin (Hanna Gronkiewicz-Walz). Auch die erste polnische EU-Kommissarin, Danuta Hübner, ist eine Frau.

Das starke Frauenbild in der polnischen Gesellschaft ist tief in der Geschichte und dem katholischen Wertehorizont Polens verwurzelt. Durch den Marienkult, den romantischen Mythos der *matka polka* (Mutter Polens) und die diktierte Emanzipation im Sozialismus spielen Frauen in der polnischen Gesellschaft auch heute eine wichtige Rolle. Insbesondere im 19. Jahrhundert, als Polen seiner Staatlichkeit beraubt war und somit das öffentliche Leben von verschiedenen Besatzungsmächten geprägt war, wuchsen den polnischen Frauen und Familien Erziehungsaufgaben zu, die weit über das Private hinausgingen. Polen erlebte in dieser Zeit eine Metamorphose zur „Nation der Familien“. Dabei sind es die Frauen, die die Doppelbelastung von Arbeitsleben und traditionellen Frauenaufgaben zu tragen haben. Hausarbeit und Kindererziehung sind auch im

heutigen Polen eindeutig Aufgaben der Frauen. Nur sechs Prozent der polnischen Männer beteiligen sich gemäß Umfrageergebnissen an Hausarbeiten. Polen wird in Zukunft verstärkt mit dem Problem des demographischen Wandels zu kämpfen haben, denn es sieht sich mit einer alternden Gesellschaft und mit geringen Geburtenraten konfrontiert.

In der Politik sind Frauen in Polen eindeutig unterrepräsentiert. Obwohl im Kabinett des neuen polnischen Premierministers Donald Tusk (PO – Bürgerplattform) fünf Frauen (von insgesamt 18 Mitgliedern) vertreten sind, besetzten diese kein einziges der großen Ministerien. Im polnischen Parlament, dem Sejm, sind nur 20 Prozent der Abgeordneten Frauen, womit Polen knapp unter dem EU-27-Durchschnitt von 23 Prozent liegt. Auf regionaler Ebene trifft man in den polnischen „Woiwodschaften“ nur acht Prozent weibliche Abgeordnete an. Im polnischen Wahlgesetz ist zudem keine Frauenquote festgelegt, die es Politikerinnen vereinfachen würde, den Sprung in eines der regionalen oder in das nationale Parlament zu schaffen.

Projektbeispiel

Um engagierte Frauen auf ihrem Weg in regionale Vertretungen und in das nationale Parlament zu unterstützen und ihre Partizipation in der Zivilgesellschaft zu stärken, veranstaltete das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Polen (KAS Polen) eine Reihe von Fortbildungsseminaren zu Themen wie politische Kommunikation, Vorbereitung und Organisation von Wahlkämpfen, Organisation einer NRO oder Projektverwaltung. Partnerorganisation bei diesen Seminaren und Workshops war stets die lokale Vertretung der Europäischen Frauenunion, die in Warschau ansässig ist. Gemeinsam mit der damaligen Vorsitzenden dieser Frauenorganisation, Nelli Rokita-Arnold, die selbst bei den letzten Parlamentswahlen als Abgeordnete der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) in das polnische Parlament einzog, wurden diese Veranstaltungen zwischen 2004 und 2006 erfolgreich im ganzen Land durchgeführt.

Mehrere Teilnehmerinnen der Seminare sind heute Abgeordnete in lokalen Vertretungen oder im Sejm selbst. Auch weibliche Abgeordnete der polnischen Partnerpartei der KAS, der Bürgerplattform (PO), die an den Seminaren teilnahmen, profitierten im Wahlkampf 2007 von diesem Projekt und wurden erneut ins Parlament gewählt.

Die Veranstaltungen, die politische Kommunikation zum Thema hatten, wurden von renommierten Experten, wie u.a. Mirella Panek, der ehemaligen Assisten-

tin der ersten polnischen Premierministerin Hanna Suchocka, die als Wahlkampfberaterin in ganz Ost-europa tätig ist, oder Edy Pyrek, dem Wahlkampfberater der polnischen Bürgerplattform (PO) geleitet. Diese führten die interessierten Teilnehmerinnen in die Grundtechniken der politischen Kommunikation bzw. einer PR-Kampagne ein. In diesem Zusammenhang wurden verschiedene Simulationen durchgeführt und Fallstudien ausgearbeitet. Thematisch wurde zum Beispiel das Vorgehen bei der Planung einer Kampagne, die Organisation und Finanzierung der Kampagne oder auch die Auswirkungen der Körpersprache in Wahlkämpfen behandelt. Auch ethische Aspekte einer solchen Kampagne wurden im Rahmen dieser Seminare erörtert.

Ein zweiter Schwerpunkt dieses Projektes zur stärkeren Einbindung von Frauen in das öffentliche und politische Leben in Polen war die Förderung von NRO als Plattform des zivilgesellschaftlichen Dialogs. Bei den Veranstaltungen mit dieser Schwerpunktsetzung standen vor allem die Projektarbeit und die Projektverwaltung innerhalb einer NRO im Mittelpunkt. Wissenschaftliche Einführungen zu Themen wie „Die Rolle der NRO in der Zivilgesellschaft“ standen dabei ebenso auf der Veranstaltungsgenda wie die psychologischen Aspekte der Kommunikation innerhalb einer NRO oder die konkrete ziel- und ergebnisorientierte Projektplanung. Die Referenten kamen bei diesen Seminaren aus dem universitären Bereich oder der Politikberatung.

Insgesamt kann dieses Projekt zur Frauenförderung als erfolgreich beurteilt werden. Bereits während der Veranstaltungen kristallisierte sich die überdurchschnittliche Motivation und thematische Kompetenz der Teilnehmerinnen heraus, welche in Kombination mit den erlernten PR-Strategien und den Techniken moderner politischer Kommunikation einigen Teilnehmerinnen den Sprung in regionale Parlamente oder in den Sejm ermöglichte. Durch die Seminarreihe zum Thema NRO wurden die zivilgesellschaftlichen Strukturen in diesem Bereich gestärkt.

Entwicklungspolitischer Kontext

Die Bereiche Frauen und Familie fallen in der Republik Polen in den Zuständigkeitsbereich des Ministeriums für Arbeit und Soziales, welches von Jolanta Fedak (PSL – Polnische Volkspartei) geleitet wird. Vorgaben und Strategien für das weitere Vorgehen bei der Förderung der Partizipation von Frauen am beruflichen und gesellschaftlichen Leben kommen hauptsächlich von der EU bzw. verschiedenen europäischen Institutionen und Initiativen. Polen beteiligte sich im ver-

gangenen Jahr mit einer Fülle von Projekten am europäischen Jahr der Chancengleichheit, setzt Projekte des Europäischen Sozialfonds (zum Beispiel „Zwischen Familie und Beruf“ oder „Gesucht 45+“) um und ist auch in das europäische Programm „Progress“ eingebunden, welches 2007-2013 für mehr Beschäftigung und soziale Solidarität innerhalb der EU sorgen soll. Ein Kernarbeitsbereich von „Progress“ ist auch die Gleichberechtigung der Geschlechter.

Einen Vorstoß zur Stärkung der Gleichstellung von Mann und Frau unternahm jüngst auch die neue Regierung Donald Tusks (PO). Nachdem das Amt der Bevollmächtigten für die Gleichberechtigung der Geschlechter 2005 zunächst wegen unklarer Kompetenzen und umstrittener Äußerungen der Bevollmächtigten zum Thema Katholizismus aufgelöst worden war, setzte sie am 7. März 2008 die Abgeordnete Elżbieta Radziszewska (PO) zur neuen Bevollmächtigten für Gleichstellung ein. Polen hatte bisher als einziges Land in der EU nicht über ein solches Amt verfügt. Es wurde jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Bevollmächtigte nicht nur gegen die Benachteiligung von Frauen kämpfen, sondern sich gegen jegliche Form von Diskriminierung engagieren werde. Welche Impulse zukünftig von ihr ausgehen werden, ist bisher allerdings nicht abzusehen.

Ausblickend ist festzuhalten, dass die Partizipation von Frauen, sowohl auf der direkten politischen Ebene als auch auf der Ebene der Zivilgesellschaft, weiterer Unterstützung bedarf. Trotz der erfolgreichen Arbeit in diesen Bereichen sind Frauen dort immer noch unterrepräsentiert und verdienen deutlich weniger, obwohl sie, wenn man den Statistiken Glauben schenkt, durchschnittlich über höhere Bildungsabschlüsse verfügen und besser qualifiziert sind als ihre männlichen Kollegen. Eine gezielte Förderung politisch engagierter Frauen kann diesen damit auch weiterhin helfen, trotz der traditionellen Doppelbelastung am politischen Leben teilzunehmen und es aktiv zu gestalten. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass auch in Polen das traditionelle Familienbild ins Wanken gerät und auch die polnische Gesellschaft vom globalen Problem des demographischen Wandels betroffen ist, ist es wünschenswert, dass Frauen deutlich stärker als bisher am politischen Leben teilnehmen.

Text: Anna Katharina Bölling, Stephan Georg Raabe
 Kontakt: KAS-Auslandsbüro Polen
 Auslandsmitarbeiter: Stephan Georg Raabe
 Stephan.Raabe@kas.pl

2.16. SENEGAL

Ausgangsbedingungen

Senegal galt nach seiner Unabhängigkeit 1960 lange Zeit als demokratisches Vorzeigeland Afrikas. Seit einigen Jahren ist in Senegal jedoch ein qualitativer Rückgang der Demokratie zu konstatieren. Momentan bestehen Nationalversammlung und Senat zu ca. 90 Prozent aus Mitgliedern der Regierungspartei PDS („Demokratische Partei Senegal“) oder regierungsnahen Formierungen.

Die starke Machtkonzentration auf den Präsidenten und sein Umfeld hat zur Folge, dass sich ein Großteil der Investitionen auf die Hauptstadt Dakar beschränkt. Im Rest des Landes schreitet die Verarmung ohne Unterlass voran. Immer noch leben mehr als die Hälfte der 12,5 Mio. Senegalesen unter der Armutsgrenze. Die Arbeitslosigkeit beläuft sich auf über 45 Prozent. Strom- und Wasserversorgung sind nur in den Groß- und Mittelstädten gewährleistet, und dies auch nicht durchgehend. Zunehmend behindern Energieversorgungsprobleme die ohnehin schon geringe Produktivität und Industrialisierung.

In den letzten Jahren wuchs die Bevölkerung jeweils um 2,6 Prozent. Fast die Hälfte der Senegalesen wohnt in Städten. 78 Prozent der Erwerbstätigen sind im Agrarsektor tätig. Jedoch bieten Dienstleistungen und Tourismus immer bessere Verdienstmöglichkeiten. Das Wirtschaftswachstum beträgt 4,6 Prozent. Dennoch gehört Senegal zu den am wenigsten entwickelten Ländern der Welt und steht als 156. von 177 Ländern weit unten im *UNDP Human Development Index*.

Die hauptsächlichen Leidtragenden der bestehenden und ansteigenden Armut sind Frauen. Wenn auch in der senegalesischen Verfassung die Gleichstellung von Frau und Mann und das Verbot der Geschlechterdiskriminierung verankert sind, finden sich im Familienrecht dem noch widersprechende Passagen. Senegal war zwar eines der ersten afrikanischen Länder, in denen eine Premierministerin nominiert wurde. Sie blieb jedoch nicht lange auf ihrem Posten. Im Parlament sind die Frauen weiterhin unterrepräsentiert, in den regionalen und lokalen Instanzen nur in Einzelfällen vertreten. Im Bildungswesen ist die Gleichberechtigung von Mädchen und Jungen schon fast erreicht, aber nur wenige Frauen werden mit Professuren betraut.

Für die KAS-Senegal besteht Handlungsbedarf in zwei Bereichen:

- Die Frauen in ländlichen Gebieten müssen in die Lage versetzt werden, ihre Interessen auf lokaler Ebene gezielter zu vertreten und damit auf die politischen Instanzen einzuwirken, damit sie gemeinsam auf eine Verbesserung der sozioökonomischen Lebensbedingungen der Frauen hin arbeiten.
- Frauen mit höherem Bildungsniveau müssen in Entscheidungsinstanzen gelangen und als Sprachrohr für die Frauen des Landes fungieren können. Journalistinnen nehmen in ihrer Multiplikatorenfunktion eine herausragende Stellung ein.

Projektbeispiel

Frauenförderung mit zivilgesellschaftlichen Organisationen

Seit 2000 arbeitet die Konrad-Adenauer-Stiftung in Senegal erfolgreich mit der Fraueninitiative und als NRO anerkannte GRAIF (*Groupe de réflexion et d'appui aux initiatives féminines*) zusammen, die die Zusammenarbeit von 60 Frauengruppen mit beinahe 6.000 Mitgliedern in drei Regionen des Landes koordiniert. Die Frauengruppen haben oftmals Namen in den Muttersprachen Wolof und Sereer und bedeuten übersetzt zum Beispiel „Hand in Hand“, „Frauen gemeinsam für unser Dorf“, „Dorfgemeinschaft für den Wohlstand“ oder „Packen wir es an“. Diese Namen weisen auf die gemeinsamen Anstrengungen und Erfolge hin.

Während GRAIF vor der Zusammenarbeit mit der KAS insbesondere einkommenschaffende Maßnahmen und Sensibilisierungen in Familienplanung, Energiesparmaßnahmen und Gruppenstrukturierung ausgeübt hatte, kam durch die KAS ein neuer Aspekt hinzu: das politische Engagement.

Vor Projektbeginn hatten die Frauen in den dörflichen Frauengruppen mit dem Wort Politik nicht viel anfangen können. Sie waren selber nicht in politische Prozesse integriert, und für sie bedeutete Politik eine sehr entfernte Tätigkeit, die vor allem von Männern ausgeübt wurde. Die Frauen nahmen in den Dörfern nicht an politischen Diskussionen teil und kamen nicht auf die Idee, selber auf lokaler Ebene in Entscheidungen einzutreten oder ihre Interessen zu vertreten. Wenn Männer dabei waren, ergriffen Frauen so gut wie nie das Wort.

Das alles hat sich durch die Fora und die Fortbildungen geändert. Ein großes Forum „Frauen in der Politik“ mit



mehreren Tausend Frauen stand zu Beginn der Zusammenarbeit. Es gab Politikerinnen die Gelegenheit, den schon gut organisierten Frauen ihren Lebensweg, ihre Erfahrungen, Probleme und Erwartungen zu vermitteln und sie dazu anzuregen, sich selber aktiv an politischen Entscheidungsprozessen zu beteiligen und ihre Interessen wirksamer zu vertreten. Dies war ein erster Versuch, die ländlichen Frauen für die politische Sphäre zu interessieren. Die Politikerinnen stammten aus Thies, der den Dörfern der Frauen nahe liegenden Regionalstadt, und waren damit nicht weit entfernt von ihrem Erfahrungshorizont. In der Folge wurden mehrere Fortbildungsserien abgehalten, in denen die Frauen über die Parlamentswahlen 2001 und die Lokalwahlen 2002 aufgeklärt wurden. Daraufhin schrieben sich viele Frauen der Gruppen von GRAIF in die Wählerlisten ein, nachdem sie sich zunächst Personalausweise hatten ausstellen lassen. In dieser Hinsicht waren die Fortbildungen doppelt sinnvoll: Erst einmal lernten die Frauen, dass sie einen Personalausweis benötigen (nicht nur zum Wählen), und dann schrieben sie sich ins Wählerregister ein. Diese Fora werden jährlich, meist anlässlich des 8. März (internationaler Frauentag), weiter geführt, denn sie tragen in hohem Maße dazu bei, dass bei den Frauen politisches Interesse geweckt wird und sie sich vermehrt mit politischen Themen und den Möglichkeiten ihrer Partizipation befassen.

Weiterhin organisiert die KAS mit GRAIF regelmäßig Aktivitäten zur Wählerausbildung mit den Frauen, wenn Präsidentschafts-, Parlaments- oder Lokalwahlen auf dem Programm stehen. Die Frauen werden nicht nur über den Wahlprozess von der Einschreibung bis zum Wahlgang informiert, sondern ganz konkret dafür geschult, dass sie ihre Interessen innerhalb ihrer Gemeinschaften besser vertreten können und auch auf den Listen der Parteien eingetragen werden.

Als Erfolg ist die seit Beginn des KAS-Projekts steigende weibliche Wahlbeteiligung zu verzeichnen. Bei den Wahlen 2001 und 2002 (legislativ, lokal) stieg in den von GRAIF betreuten Dörfern die weibliche Wahlbeteiligung um 30 Prozent. Im Jahr 2007 (Präsidentswahlen) stieg die Wahlbeteiligung der Frauen auf über 50 Prozent an.

Besonders auffallend war, dass sich zwischen 2000 und 2003 verschiedene Frauen von GRAIF in die Kandidatenlisten der Parteien eintragen ließen und 18 Frauen in die Gemeinderäte und fünf in die Stadträte gewählt wurden. Eine Frau aus den GRAIF Gruppen ist Gemeinderatsvorsitzende, eine andere Vizebürgermeisterin in Thies (Regionalhauptstadt) und eine Sprecherin der Partei AFP. Die Tendenz geht weiter. Allerdings wachsen die Frauengruppen ständig, was bedeutet, dass laufend neue Mitglieder hinzu kommen, die an den politischen Fortbildungen noch nicht teilgenommen haben. Aus diesem Grunde müssen vor Wahlterminen und schon im Vorfeld Sensibilisierungen und Mobilisierungen für Wählerinnen und potentielle Kandidatinnen organisiert werden.

Neben den politisch ausgerichteten Projekten gibt es auch andere Maßnahmen, die eher auf die Verbesserung des Lebensniveaus abzielen. Fortbildungsthemen waren zum Beispiel Werteverehr in Gesellschaft und Erziehung, interreligiöser Dialog, traditionelle Konserverungstechniken von Nahrungsmitteln und die Vernetzung der Frauengruppen zu einer Produktions- und Vertriebskooperative. Diese trägt maßgeblich dazu bei, dass die Frauen finanziell unabhängiger und selbstständiger geworden sind und den Lebensstandard ihrer Familien erhöhen konnten. Häufig sind die Frauen allein für ihre Familie verantwortlich, nachdem die Männer in die Städte abgewandert sind.

Positive Resultate sind also nicht nur die merklich gesteigerte politische Aktivität der Frauen und ihre Partizipation an politischen Entscheidungsprozessen sondern auch eine bessere Versorgung der Familien in den Bereichen: Zugang zum Gesundheitswesen und Schulbildung der Kinder, besonders der Mädchen. Mittlerweile gehen 40 Prozent mehr Mädchen zur Schule als vor Projektbeginn. Nach Familienplanungskursen der GRAIF hat sich die Kinderzahl pro Frau gesenkt, und die Frauen können nun besser die Zahl ihrer Kinder bestimmen. Es ist auch zu verzeichnen,

dass die Familien optimaler ernährt und gekleidet sind. Aus Eigeninitiative haben die Frauen Kindergärten, Toilettenanlagen und verbesserte Brennöfen gebaut und somit zur Dorfverschönerung und zum Ressourcenschutz beigetragen.

In mehreren Landgemeinden haben die Fortbildungen der Frauengruppen dazu geführt, dass die Gemeinderäte keine Entscheidung mehr treffen, ohne die Frauengruppen konsultiert zu haben. Selbst wenn sie nicht im Gemeinderat vertreten sind, werden die Verantwortlichen der Frauengruppen zu allen Gemeinderatssitzungen eingeladen und erhalten dort die Gelegenheit, ihre Interessen zu vertreten und durchzusetzen. Die Frauen sind aktive Mitglieder der Entwicklungsausschüsse der Dorfgemeinden und tragen somit sichtbar und messbar zur Verbesserung der Lebensbedingungen bei. Dieses Procedere ermutigt auch die bislang noch nicht organisierten Frauen, sich den strukturierten oder einsatzkräftigen Gruppen anzuschließen. So wird auf Dauer ein wirksamer Schneeballeffekt in der Partizipation von Frauen an Entscheidungsprozessen erzielt, der nicht nur das Selbstbewusstsein der Frauen stärkt, sondern auch eine Erhöhung ihres Lebens- und Ausbildungsstandards bewirkt.

Die Wirksamkeit dieser Zusammenarbeit lässt sich auch an dem Zuspruch ermessen, den die Frauengruppen der von GRAIF betreuten Zonen haben. Von 30 Mitgliedern zu Beginn der Zusammenarbeit sind die Zahlen auf häufig über 100 Frauen pro Gruppe gestiegen. Der Multiplikatoreffekt ist nicht zu unterschätzen. In Senegal sagt man: „Wer eine Frau bildet, bildet eine ganze Nation fort“.

Frauenförderung in den Medien und durch die Medien

Seit 1998 kooperiert die KAS mit dem Universitätsinstitut zur Journalistenausbildung *Centre d'Etudes des Sciences et Techniques de l'Information* (CESTI). Jedes Jahr werden Seminare veranstaltet, in denen die angehenden Journalistinnen in der Gender-Thematik und dem Zugang von Frauen zu Entscheidungspositionen fortgebildet werden. Höhepunkte in den letzten Jahren waren im Bereich der Veranstaltungen ein Seminar 2007 zu „Sollen Medien Bürgerinnen ausbilden?“ und die Begegnung von Journalistinnen aus drei Generationen am 6. März 2008 auf der Insel Gorée.

Mehr als 50 Journalistinnen aus mehreren Generationen tauschten sich einen Tag lang über ihre Lebenswege, ihre Erfahrungen, ihre Erwartungen und Ent-



täuschungen aus. Besonders für die ganz jungen Journalistinnen war es ein ermutigendes Erlebnis, mit Koryphäen wie Annette Mbaye d'Erneville oder Codou Bop diskutieren zu können. Annette d'Erneville ist eine der ältesten senegalesischen Journalistinnen und leitet mit ihren 84 Jahren immer noch das von ihr initiierte Frauenmuseum auf der Dakar vorgelagerten Insel Gorée. Die Journalistinnen der „mittleren“ Generation waren ebenfalls zahlreich vertreten, einige von ihnen nehmen heute leitende Funktionen in der senegalesischen Medienlandschaft ein, wie die Direktorin des CESTI, die Generalsekretärin der senegalesischen Mediengewerkschaft oder die Publikationsdirektorin einer großen Tageszeitung.

Die Arbeit mit Journalistinnen ist besonders motivierend für die KAS, da Frauen im Medienbereich immer noch verhältnismäßig unterrepräsentiert sind und jede Maßnahme zu ihrer Förderung dazu beiträgt, das Bild der Frau in der Gesellschaft zu verändern und aufzuwerten.

Die Publikationsreihe *Cahiers de l'Alternance*, die von KAS und CESTI herausgegeben wird, wurde im Jahr 2007 durch den Band „Frauen in Senegal“ bereichert. Dieses von den Journalismusstudenten des CESTI geschriebene Buch ist mittlerweile zum Standardwerk in Senegal geworden und wird so häufig angefordert, dass bald ein Nachdruck angegangen werden muss. In dieser Veröffentlichung werden Frauen, ihre Lebenswege, Probleme, Karrieren und Zukunftsperspektiven vorgestellt. Frauen aus allen gesellschaftlichen Schichten und Bereichen kommen zu Wort: Politikerinnen, Unternehmerinnen, Richterinnen, Universitätsprofessorinnen sowie Erdnussverkäuferinnen am Straßenrand, Sportlerinnen, ledige Mütter, Arbeiterinnen in der Fischindustrie. Ein Schwerpunkt gilt der Präsentation von Frauen, die zur Entwicklung und zur Förderung der Selbstständigkeit und Partizipation von Frauen beitragen. Hier werden auch die Leiterinnen der KAS-Mitorganisatoren vorgestellt, die Direktorin des CESTI, die Generalsekretärin von GRAIF und die Vorsitzende des *Mouvement Citoyen*.

In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der Journalistinnen in den senegalesischen Medien (vor allem in Fernsehen und Radio) um 50 Prozent angestiegen. An diesem Erfolg ist auch das CESTI beteiligt.

Die Arbeit an der Basis, besonders in lokalen Radiosendern und im Fernsehen, aber auch in Printmedien, zeigt, dass sich in Empfängerzonen der journalistischen Aktivitäten mehr Frauen in Wählerlisten eintragen, wählen lassen und gezielter ihr Interesse vertreten. Die Fortbildungen für Journalistinnen haben



bewegt, dass diese nun wesentlich bewusster und differenzierter die Frage der Partizipation von Frauen an politischen Prozessen behandeln und so dazu beitragen, dass Frauen besser informiert sind über ihre Möglichkeiten der politischen Partizipation und diese Möglichkeiten auch nutzen.

Ein weiterer Erfolg ist die steigende Anzahl von Frauen in Führungspositionen: Der nationale Rat für audiovisuelle Belange wird von einer Frau geleitet, das CESTI ebenfalls. Und in einigen Tageszeitungen sitzt seit Beginn der KAS-Arbeit mit dem CESTI eine Chefredakteurin bzw. Publikationsdirektorin.

Schlussbetrachtung

Die KAS-Frauenarbeit in Senegal wird von Regierung und Behörden begrüßt und unterstützt. Bei vielen Veranstaltungen von GRAIF sind lokalpolitische und staatliche Vertreter wie Gouverneure oder Bürgermeister anwesend, und die Schulungen und Begegnungen im Medienbereich werden in der Regel von mindestens einem Regierungsvertreter und dem Rektor der Universität Dakar eröffnet und begleitet.

Die Frauenarbeit der KAS in Senegal ist variantenreich und multiform. Alle Kategorien und Berufsgruppen von Frauen werden im Hinblick auf eine stärkere und wirksamere Partizipation an politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entscheidungsprozessen geschult. Die Arbeit an der Basis zeigt zahlreiche messbare Erfolge, aber auch die Kooperation mit Frauen in Führungspositionen, insbesondere im Medienbereich, ist sehr fruchtbar, wobei in allen Bereichen großer Wert auf die Multiplikatorenwirkung gelegt wird. Die Tatsache, dass immer mehr Frauen in Entscheidungspositionen gewählt oder nominiert werden, ist ein Beleg für die Wirksamkeit der KAS-Maßnahmen in Senegal.

Entwicklungspolitischer Kontext

Seit Ende 2006 befindet sich Senegal im zweiten Zyklus der PRSP-Strategie (*Poverty Reduction Strategy Paper*) und gilt unter den Geberländern als Erfolgsland. Allerdings ist die hauptstädtische, gebildete



Bevölkerung eher im Partizipationsprozess involviert als die eigentliche Zielgruppe der benachteiligten, armen Bevölkerung.

Auf der senegalesischen Agenda steht die Umsetzung der Millenniums-Entwicklungsziele der Vereinten Nationen ganz oben, wobei die Gleichstellung der Geschlechter und die Förderung der Frauenrechte eine herausgehobene Stellung einnehmen. Weiterhin hat Senegal mehrere internationale Abkommen ratifiziert, wie zum Beispiel die internationale Konvention zur Beseitigung aller Formen von Diskriminierung von Frauen.

Der senegalese Staatspräsident Abdoulaye Wade tritt offensiv für die Gleichberechtigung und das Paritätsprinzip ein. In dem im letzten Jahr neu gegründeten Senat ist das Verhältnis mit 45 Frauen und 55 Männern annähernd ausgeglichen. Andere Führungsinstanzen sind nur selten von Frauen besetzt. Die Konrad-Adenauer-Stiftung Senegal trägt mit ihren Maßnahmen in den Bereichen Politik, Zivilgesellschaft und Medien dazu bei, die Bevölkerung hinsichtlich der Repräsentation von Frauen in öffentlichen Ämtern und Entscheidungsinstanzen zu sensibilisieren und zu mobilisieren. Auf der Ebene der Frauen in ländlichen Gebieten haben die Schulungen von KAS und GRAIF nachhaltig zu einer Verbesserung des Lebensstandards und der Einschulungsrate von Mädchen beigetragen. Die Frauen haben durch die Fortbildungen mehr Selbstbewusstsein erlangt und können nun ihre Interessen wirkungsvoller vertreten. Die Anzahl der in Gemeinderäten vertretenen Frauen hat sich vervielfacht, und selbst in einigen Stadt- und Regionalräten tagen Frauen, die durch die GRAIF-KAS-Schulungen erst ihre politische Laufbahn begonnen haben.

Die Fortbildungs- und Sensibilisierungsmaßnahmen von und für Medienvertreter sind ein wirksames Mittel, um öffentlichkeitswirksam für die Interessen der Frauen zu plädieren, wobei der Zugang zu Entscheidungsinstanzen und die Beeinflussung von wirtschafts-politischen Rahmenbedingungen ein wichtiges Ziel ist. Die Journalistinnen agieren als Anwälte für die Belange der Frauen, die sie in die Öffentlichkeit tragen, und

sie sind im gleichen Zuge ein Beispiel dafür, wie eine gut ausgebildete Frau im Berufsleben erfolgreich sein kann.

Wenn auch die Frauen in den Regionen Thies, Diourbel, Louga und Dakar schon in vielen Bereichen maßgebliche Fortschritte gemacht haben und nun ihrer Stimme vernehmbar Gehör verschaffen, muss die Förderung von Frauen an der Basis und in den Medien doch weiter geführt werden, um die immer noch bestehende Marginalisierung vieler Frauen zu beseitigen. Die Maßnahmen von KAS mit GRAIF und dem CESTI haben nachhaltig dazu beigetragen.

Text:

Dr. Ute Gierczynski-Bocandé, Dr. Karsten Dümmel

Kontakt: KAS-Auslandsbüro Senegal

Auslandsmitarbeiter: Dr. Carsten Dümmel

buero@kas-dakar.de

2.17. SIMBABWE

Ausgangsbedingungen

Simbabwes politische, vor allem aber wirtschaftliche Krise drückt auf die allgemeine Stimmung im Land und lässt die Menschen nur noch an ihr eigenes Überleben und das ihrer Familie denken. Der niemals geahnte wirtschaftliche Niedergang des einstigen Vorzeigelands Afrikas hat die Bevölkerung in eine tiefe Verunsicherung gestürzt. Lag die Inflationsrate Ende 2007 noch bei geschätzten 10.000 Prozent, so hat sie sich in dem ersten Halbjahr 2008 ums Tausendfache erhöht. Trotz der Devisen, die Emigranten ins Land bringen (30 Prozent von zwölf Millionen Simbabwern), kämpft die Regierung mit einer eklatanten Devisenknappeit, die zur Folge hat, dass seit über einem Jahr die finanziellen Mittel fehlen, um Strom, Benzin, chemische Produkte für die Landwirtschaft und Grundnahrungsmittel für die hungernde Bevölkerung zu importieren.

Die Arbeitslosigkeit liegt weit über 80 Prozent, da die industrielle und vor allem die landwirtschaftliche Produktion aufgrund der zusammengebrochenen Infrastruktur lahmelegt ist und der informelle Sektor durch die brutale Operation *Murambatsvina „Schafft den Schmutz weg“* von 2005, die mindestens 700.000 Menschen ihre Unterkunft und Existenz gekostet hat, weitestgehend zerstört ist. Selbst die wenigen Berufstätigen im Land liegen mit ihrem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze. Das Bildungs- und Gesundheitswesen befindet sich in einem drastischen Niedergang. Hatte Simbabwe noch in den 1980er Jahren die

höchste Lebenserwartung des südlichen Afrikas aufzuweisen, so ist diese mit durchschnittlich 39 Jahren mittlerweile eine der niedrigsten der Welt. Das liegt an einer der höchsten HIV/Aids-Raten Afrikas und an der fehlenden medizinischen Versorgung.

Der wirtschaftliche Niedergang bewirkt in der Bevölkerung das Gefühl der eigenen Ohnmacht und des Kontrollverlustes, was einerseits in Apathie und Fatalismus und andererseits in Radikalität und Kriminalität mündet. Darüber hinaus sind bei der politisch aktiven Zivilgesellschaft Ermüdungstendenzen und Orientierungslosigkeit festzustellen, die auf einen natürlichen Burnout-Effekt zurückzuführen sind. Dies trifft insbesondere auch auf die politischen Aktivisten zu, die seit Ende der 1990er Jahre auf eine Demokratisierung hinwirken und deren Bemühungen wegen der brutalen Einschüchterungen wenig ausrichten können. Erst schwerend kommt der brain drain in die Nachbarländer oder nach Großbritannien hinzu, der zu schwinder Organisationsstärke, Inkonsistenz und einem eklatanten Führungskräftemangel geführt hat. Die Landreform vom Jahr 2000, die mit einer gewalttamen Enteignung der weißen Farmer einherging und politisch bestimmt war, brachte der ländlichen Bevölkerung keinen Gewinn. Denn Ländereien wurden vorwiegend an politische Gefolgsleute des staatlichen Regimes übergeben, die meist kein Interesse hatten, die Agrarstruktur aufrecht zu erhalten, oder sie wurden an nunmehr Kleinbauern übergeben, die der Verantwortung und den Bedingungen, sei es Kreditwürdigkeit, Vermarktung oder Beschaffungswirtschaft, nicht gewachsen sind, so dass sie oft nur eine Subsistenzwirtschaft betreiben. Dabei stellt die ländliche Bevölkerung in Simbabwe 63 Prozent der Bevölkerung dar.

Projektbeispiel

Unter der geschilderten Situation scheint es heute notwendiger denn je, das Selbsthilfeprojekt der *Self Help Development Foundation* (SHDF) in Simbabwe zu unterstützen, mit der die Konrad-Adenauer-Stiftung vor über 25 Jahren die Kooperation mit der mittlerweile über 45 Jahren agierenden Organisation aufnahm. Die Organisation zählt nicht nur zu den ältesten, sondern mit 200.000 Mitgliedern auch zu den größten Nichtregierungsorganisationen in Simbabwe: 97 Prozent der Mitglieder sind Frauen, 80 Prozent wohnen im ländlichen Raum. Die insgesamt 10.000 SHDF-Sparklubs sind im ganzen Land in mehr als 40 Distrikten zu finden. Der Grundgedanke der Organisation basiert auf dem Sparprinzip, mit dem Ziel, den Lebensstandard der unterprivilegierten Schichten der Bevölkerung zu verbessern.

Die Idee war, die Leute zum Sparen anzuleiten, um ihnen die Möglichkeit zu geben, durch ihren eigenen Spareinsatz Geld zu verdienen. Sparen sollte die Grundlage für die Hilfe zur Selbsthilfe sein, denn das Fundament der Bewegung basiert auf dem Gedanken, dass jeder für sein Schicksal und das der anderen verantwortlich ist. Zu diesem Ziel hat SHDF Sparclubs in den Gemeinden aufgebaut, in denen neben dem Sparen auch verschiedene einkommenschaffende handwerkliche Fertigkeiten vermittelt werden.

Im Jahr 1996 stellte die Konrad-Adenauer-Stiftung den ersten revolvierenden Kreditfond zur Verfügung, mit dem SHDF die Vergabe von Kleinstkrediten starten konnte. Andere kleine Geberorganisationen folgten später. Klub-Mitgliedern wurden Kleinstkredite gegeben, um ihre einkommenschaffenden Maßnahmen zu verbessern und auszuweiten. Die angewandte Methode basierte auf dem Prinzip der Grameen Bank und macht sich die Solidarität, die unter den Frauen eines Sparklubs existiert, zu Nutze. Die Sparklubs, „Kundengruppen auf Dorfebene“ erhielten einen Gruppenkredit, der auch an Einzelmitglieder vergeben werden konnte. Die Gruppe haftete dabei jedoch für den individuellen Kreditnehmer. Dem Sparklub wurden niedrige Zinsen mit flexiblen Rückerstattungsfristen eingeräumt. Vor allem wurden aber auch Frauen mit Krediten bedacht, die traditionell ohne Land- und Eigentumstitel von den Banken als nicht kreditwürdig eingestuft wurden. Die Mitglieder mussten dafür zuvor Trainingskurse in Projektmanagement, Sparen und Marketing besuchen, die angeboten wurden. Ohne den Besuch dieser Kurse wurden sie nicht für kreditwürdig erachtet.

Trotz der hohen Inflation existiert auch heute noch eine kleine Kreditlinie aus dem „Altbestand“ und einer Zuwendung der Reservebank, die aber aufgrund der Inflation in absehbarer Zeit wohl kaum mehr aufrecht erhalten werden kann. Ein Sparklub erhält heute umgerechnet maximal 120 Euro mit einer Rückerstattungsfrist von drei Monaten und einem Zinssatz der etwa der derzeitigen Geldentwertung entspricht.

Wegen der Hyperinflation im Land konzentriert sich das Weiterbildungsangebot noch sehr viel stärker darauf, den Frauen Überlebensstrategien und subsistenzhaltende Fähigkeiten zu vermitteln, wie die Herstellung von Seife, Vaseline, Kerzen, Schuhcreme, Körben, Schuhen, Batikstoffen etc., Produkte, die ihnen in den Zeiten der wirtschaftlichen Krise selbst dienen oder durch den individuellen Verkauf oder Tausch in der eigenen Region ein Auskommen sichern. Großen Raum nimmt auch inzwischen der gemeinsame Einkauf von Bedarfsgütern wegen des besseren

Handelspreises im Großeinkauf ein. Ersparnisse werden sofort in Zucker, Maismehl und Reis investiert, da der Zimbabwe Dollar Tag für Tag an Wert verliert. Dasselbe leistet die Dachorganisation auch, indem sie für die interessierten Mitgliedern gemeinsam die landwirtschaftlichen Produktionsfaktoren besorgt, da der Einzelne ohne politische Protektion nicht mehr an diese Güter kommt.

Eine Querschnittsaufgabe aller Weiterbildungsmaßnahmen ist die Förderung des vertrauensvollen Dialogs zwischen den Clubmitgliedern und der Organisation, um so der Entwicklung einer partizipativen, dialogorientierten politischen Kultur beizutragen. In dem autokratischen staatlichen, aber auch traditionell patriarchalischen System praktizieren die Clubmitglieder weiterhin demokratisch durchgeführte Wahlen, indem sie ihre Vorstände über die Club-, Gemeinde-, Distrikts- und nationale Ebene wählen.

Inzwischen haben sich die Maßnahmen der Fortbildung auf Themen zur Aids-Prävention und auf die allgemeinen Menschenrechte ausgeweitet, mit der Fokussierung auf die staatlichen versus traditionellen Frauenrechte beziehungsweise Gewohnheitsrecht. Die Frauen der traditionellen Gesellschaft haben zum Beispiel noch keinen Anspruch auf einen Grundbesitz und sind damit auch nicht mit Rechtstiteln versehen, die ihnen die Möglichkeit eines Bankkredites einräumen. Obwohl das Gesetz in Simbabwe jegliche Diskriminierung aufgrund des Geschlechtes verbietet, sind die Frauen, die nach traditionellem Recht verheiratet sind, stark benachteiligt, wenn der Ehemann verstirbt. Es wird davon ausgegangen, dass das Land dem männlichen Familienvorstand gehört, so dass das Land und die gemeinsame Erwirtschaftung nach dem Tode des Mannes an die männliche Verwandtschaft des Mannes zurückgehen und die Witwe samt Kindern mittellos wieder in ihre Familie zurückkehren muss.

Diese Themen in einer traditionellen Gesellschaft zu diskutieren, die meist nur mit Genehmigung der traditionellen Dorfobhäupter erfolgen können, sind nur möglich, weil durch eine jahrelange Verbindung Vertrauen aufgebaut werden konnte.

Die Sensibilisierung für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit in Bezug auf Frauenrechte und in der Aids-Prävention soll in den nächsten drei Jahren landesweit mit einem EU-Projekt ausgeweitet werden.

Entwicklungs politischer Kontext

Simbabwe bekennt sich zu den Millenniumszielen. So ist das Ansinnen des Ministeriums für Frauenan-

gelegenheiten, Gender und Gemeindeentwicklung, das 2005 ins Leben gerufen wurde, die Armut zu reduzieren, die Geschlechtergleichstellung zu fördern und Frauen zu stärken. Dies soll umgesetzt werden durch nationale Programme zur Förderung der Partizipation von Frauen an der nationalen Entwicklung. Frauen sollen lernen, selbstbestimmt zu handeln und dazu beitragen, auf allen Ebenen des Lebens eine nachhaltige Entwicklung einzuleiten.

Diese Strategie wurde bisher noch nicht umgesetzt. Das diktatorische Regime und ein bankrotter Staat können diese Ziele nicht wirklich verfolgen und scheinen dies auch nicht zu wollen. Deshalb ist es wichtig, dass die Konrad-Adenauer-Stiftung mit ihrem Partner SHDF gerade in dieser politischen und wirtschaftlichen Krise einen kleinen Beitrag zur Erreichung dieser Ziele leistet und den Menschen Chancen einräumt, ihr Schicksal erfolgreich in die Hand zu nehmen, um aus der Armutsspirale aufgrund der politischen, ökonomischen und sozialen Einschränkungen heraus zu kommen. Schon der Fortbestand der Sparklubs und der Organisation ohne Kreditlinie selbst demonstriert, dass die Mitglieder gewillt sind, Eigeninitiative, Eigenverantwortung und auch Eigenbeiträge zu erbringen. Dabei bleibt das Engagement aber nicht im individuellen Bereich haften, sondern wird gebraucht, um Interessen zu artikulieren und gesellschaftliche Prozesse im Sinne der guten Regierungsführung in ihrem lokalen Bereich durchzusetzen.

Text: Helga Rothfritz

Kontakt: KAS-Auslandsbüro Simbabwe

Auslandsmitarbeiter: Helga Rothfritz

helga.rothfritz@kas.de

2.18. UGANDA

Ausgangsbedingungen

Ugandas politische Entwicklung ist in den vergangenen Jahrzehnten von Höhen und Tiefen geprägt gewesen. Der ostafrikanische Staat hat seit seiner Unabhängigkeit von der britischen Kolonialmacht im Jahr 1962 verschiedene Formen von Regierungsführung erfahren. Dazu gehörten Militärdiktatur, Einparteiensystem, Einheitsbewegung und seit 2005/2006 die Mehrparteidemokratie. Ugandas Herausforderung besteht heute darin, eine starke und nachhaltige Demokratie zu schaffen, die eine aktive Bürgerbeteiligung als Grundlage hat, um so die nationale Entwicklung voranzutreiben.

Die relativ stabilen politischen Verhältnisse führten zu einem konstant hohen Bevölkerungswachstum (3,5 Prozent). Mittlerweile ist das 29 Millionen Einwohner zählende Land daher von einem hohen Jugendanteil (unter 15-jährige) von knapp 50 Prozent geprägt. Auch die Wirtschaft Ugandas verzeichnet in den letzten Jahren mit 5,8 Prozent ein konstant hohes Wachstum, wobei der Landwirtschaftssektor weiterhin den größten Anteil an der nationalen Wirtschaft ausmacht. Das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen lag bei rund 250 US-Dollar. Die positive Wirtschaftsentwicklung führte fast zur Halbierung des Anteils der von absoluter Armut Betroffenen im Jahr 2006 auf 31 Prozent. Es bestehen jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den ländlichen Gebieten, vor allen in den von Armut stark betroffenen Regionen im Norden und Osten des Landes, und dem Rest des Landes.

Wie auch in den meisten anderen Staaten des Kontinents bedarf es in Uganda einer weitaus stärkeren Beteiligung von Frauen an den Entwicklungsprozessen, zumal das soziale, politische und wirtschaftliche Leben bisher von Männern dominiert wurde. Angesichts dieser Ungleichheit waren es vor allem Frauenorganisationen und auch die Regierung Ugandas, die Initiativen und Kampagnen zur aktiven Beteiligung von Frauen in diesen Bereichen ins Leben riefen. Das Augenmerk lag und liegt vornehmlich darauf, Frauen in politische Führungs- und Entscheidungspositionen zu bringen, sie in wirtschaftlichen Belangen zu stärken und darauf, dass die Rechte von Frauen und Mädchen geachtet werden.

Die Dekade von 1990 bis 2000 war für die Frauenbewegung in Uganda von herausragender Bedeutung. In dieser Zeit wurde der gleiche Status von Frauen und Männern in die Verfassung von 1995 aufgenommen, inklusive der Garantie, dass Frauen in Schlüsselpositionen des Staates – zum Beispiel im Parlament und in Gemeinderäten – mit einer bestimmten Quote vertreten sein müssen. Ein Ministerium für „Gender und Soziale Entwicklung“ wurde ins Leben gerufen und ein nationaler Frauenrat gegründet, dessen Struktur sich von der Graswurzelebene bis zur staatlichen Spitze erstreckt. Diese Entwicklungen haben insgesamt dazu geführt, dass heute mehr Frauen denn je auf lokalem wie nationalem Niveau in Führungspositionen auf Entscheidungen einwirken.

Dennoch: Eine wirklich effektive Frauenbeteiligung in Ugandas Politik bleibt weiterhin eine Herausforderung und Aufgabe. Denn die heutigen Strukturen der Frauenrepräsentation sind weder robust noch nachhaltig. Die Denk- und Verhaltensmuster – vor allem männliche – haben sich in der Gesellschaft bisher

nur in Ansätzen und teilweise verändert. Nach wie vor sind es vornehmlich Männer, die die wichtigsten Entscheidungsprozesse vorantreiben. Um auf eine nachhaltige Partizipation von Frauen und die Anerkennung von Frauen- und Mädchenrechten hinzuwirken, sind daher weiterhin entsprechende Programme und Prozesse erforderlich – wie sie zum Beispiel von der Konrad-Adenauer-Stiftung und ihren beiden ugandischen Frauen-Partnerorganisationen umgesetzt werden.

Projektbeispiel

Die KAS hat schon frühzeitig den Ansatz verfolgt, im Bereich der Frauenförderung sowohl auf unterer als auch auf höherer politischer Ebene aktiv zu sein. Die ugandischen Partner, mit denen die KAS deshalb Kooperationen vereinbart hat, sind für die Graswurzel-ebene *Women Together for Development* (WOTODEV) sowie für die politisch-strategische Ebene *Action for Development* (ACFODE).

Die von der KAS in Zusammenarbeit mit diesen beiden Partnern durchgeführten Maßnahmen sind miteinander verbunden, um damit Synergien zur Stärkung der Rolle der Frau zu schaffen. Die wichtigsten Zielbereiche sind in diesem Zusammenhang: durch politische Bildung Frauen besser in die politischen Entwicklungsprozesse einzubinden, die (menschen-)rechtliche Situation der Frauen zu verbessern, Frauen zu ermöglichen, in politische Führungspositionen zu rücken und Entscheidungsprozesse stärker zu beeinflussen. Außerdem soll eine höhere Wahlbeteiligung von Frauen erreicht werden.

Insbesondere durch ACFODE unterstützt die KAS seit 1990 Programme zur Demokratieförderung und Guten Regierungsführung mit speziellem Fokus auf Frauenrechte, Menschenrechtsthemen und die Beteiligung von Frauen an politischen Prozessen. ACFODE ist eine von der Regierung Ugandas anerkannte NGO, die bereits 1985 gegründet wurde. Mit der Unterstützung der KAS bietet ACFODE Trainings und Workshops an, die zum Beispiel Aufklärungsarbeit im Vorfeld von Wahlen leisten, um so das aktive wie passive Wahlrecht von Frauen zu stärken. In verschiedenen Maßnahmen geht es weiterhin um die Vermittlung von Führungsqualitäten, wobei die Teilnehmer in den Erarbeitungsprozess aktiv eingebunden werden. ACFODE versteht sich dabei auch als eine auf höherer politischer Ebene arbeitende Lobbyorganisation, die sich für die Umsetzung bestimmter (Mindest-)Standards im ugandischen Rechtssystem einsetzt.

Die Veranstaltungen von ACFODE werden zwar überwiegend von Frauen besucht, jedoch nehmen auch

immer wieder Männer an ihnen teil. Die Teilnehmer sind in ihrer Mehrheit mit unterschiedlichsten Führungsaufgaben in der Politik betraut und werden zumeist von anerkannten Fachreferenten angeleitet. Mit der Unterstützung der KAS gibt ACFODE weiterhin das Magazin Arise heraus, in dem die Themen der Veranstaltung nochmals aufgegriffen und publizistisch begleitet werden.

WOTODEV – eine ebenfalls staatlich anerkannte NRO – wird von der Konrad-Adenauer-Stiftung unterstützt, um vor allem Nachwuchsführungskräfte an der Basis zu identifizieren und zu fördern. Aus diesem Grund richtet WOTODEV 2008 50 Veranstaltungen in insgesamt 25 Distrikten aus, an denen jeweils 20 bis 30 Personen teilnehmen. Die überwiegende Mehrzahl der Teilnehmer sind Frauen. Die Veranstaltungen finden vor allem im ländlichen Bereich und mit Schwerpunkt auf Politikerinnen statt, die den Werten der KAS und denen von WOTODEV verbunden sind. Im Rahmen von Trainings werden Strategien erarbeitet, um Frauen in Führungspositionen zu rücken, um ihre Führungsqualitäten auszubauen und um Kampagnen erfolgreich durchzuführen. Das damit angestrebte Ziel besteht nicht nur darin, die Anzahl von Frauen zum Beispiel in Gemeinderäten zu erhöhen, sondern auch, die Arbeit solcher Funktionsträgerinnen qualitativ zu verbessern. WOTODEV verwendet hierbei einen sehr interessanten und zumindest für Uganda innovativen Ansatz: An den verschiedenen Trainings und Seminaren nehmen sowohl Frauen, die sich bereits in Führungspositionen befinden, als auch Talente und Nachwuchskräfte, die in solche Funktionen noch hineinwachsen müssen, teil. Diese Methode wurde im letzten Jahr entwickelt und hat sich als wirksam erwiesen, auch unter dem Gesichtspunkt der Netzwerkbildung.

Ein Thema, das bei den Veranstaltungen nach wie vor einen hohen Stellenwert hat, ist die Einführung der Mehrparteidemokratie. Obwohl dieses System bereits 2005/2006 eingeführt wurde, besteht vor allem im ländlichen Raum noch weitgehend Unkenntnis darüber, welche Bedeutung dieser Wechsel eigentlich hat und wie wichtig eine aktive Beteiligung daran ist. Das betrifft vor allem Frauen, die in ländlichen Gebieten nach wie vor einen besonders benachteiligten Zugang zu Information haben.

Häufig wurde WOTODEV auf die Beziehung zwischen Einkommen und der Möglichkeit, objektive Entscheidungen in politischen Fragen zu treffen, hingewiesen. Daher hatte die Organisation auch einkommenfördernde Maßnahmen für Frauen in ihr Programm aufgenommen. Teilweise waren die Frauen nur auf die-

sem Umweg überhaupt für eine politische Sensibilisierung zu erreichen. Dieser Ansatz wurde allerdings im vergangenen Jahr modifiziert – nun werden mit Unterstützung der KAS solche Maßnahmen nicht mehr direkt durchgeführt. Vielmehr ist das Training nun so ausgerichtet, dass Frauen spezifische Fähigkeiten zur effektiven Kampagnenarbeit erlernen, um sich für einkommensschaffende Maßnahmen bei und in ihren Gemeinderäten einzusetzen. Damit wird das oft zitierte Fischnetz bereitgestellt, und nicht der Fisch selbst – in der Erwartung, dass eine Integrierung derartiger Frauenprogramme in die Jahresbudgets der Gemeinden erfolgt und zu erhöhter Nachhaltigkeit führt.

Die vielfältigen und teilweise sehr innovativen Frauenprojekte, die von den KAS-Partnern implementiert werden, haben weitere Wirkung gezeigt. Dass in Uganda heute eine stetig zunehmende Zahl von Frauen in der Politik aktiv ist, ist auch auf die Initiativen und Aktivitäten von Organisationen wie ACFODE und WOTODEV zurückzuführen. Auf nationaler Ebene lassen sich diese Annahmen in Zahlen belegen: Der Frauenanteil im Parlament ist seit 1995 gestiegen und liegt bei ca. 25 Prozent; ebenfalls kontinuierlich gestiegen ist der Frauenanteil in den Ministerien, der mittlerweile ebenfalls bei über 25 Prozent liegt. In gesellschaftlichen und politischen Aktivitäten wie Wahlen oder Gemeinderatstreffen sind Frauen heute deutlich aktiver. Zunehmend werden Frauen, die von ACFODE oder WOTODEV erreicht wurden, in politische Ämter gewählt oder berufen. Damit einhergehend finden sich auch zunehmend Frauenprojekte auf den Agenden der Distrikte wieder.

Vieles jedoch bleibt nach wie vor zu tun. So müssen die Verbindungen zwischen den Frauenprogrammen und den „klassischen“ Programmen der KAS wie der politischen Bildung zu Demokratie und Rechtsstaat ausgebaut werden, um so die Frauenförderung nachhaltig zu verankern. Es sollte zudem sichergestellt werden, dass die Programme oder ihre Ziele stärker in nationale oder lokale Rahmen integriert sind. Dafür müssen dann die KAS und ihre Partner ihre Lobbyarbeit und die Kooperationen mit nationalen Institutionen wie dem Parlament und den lokalen Räten mit spezifischem Blick auf die Frauenförderung verstärken.

Entwicklungspolitischer Kontext

Uganda hat die wichtigsten Abkommen zu Frauenrechten – wie die internationale Konvention zur Eliminierung aller Formen von Diskriminierung von Frauen (CEDAW) – ratifiziert. Des Weiteren existieren zahlreiche gesetzliche Vorgaben auf nationaler Ebene, die einen Frauenanteil in den unterschiedlichen Gremien

auf allen Ebenen vorschreiben. Hinsichtlich der Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele sind ebenfalls einige Fortschritte in Uganda in den letzten Jahren erzielt worden. So gehen heute zum Beispiel fast alle Mädchen und Jungen in die Grundschulen, was ein Signal für eine zunehmend umgesetzte Geschlechtergleichheit in der Gesellschaft ist. Des Weiteren unternimmt die ugandische Regierung große Anstrengungen, um den vom Krieg zerrütteten Norden an der nationalen Entwicklung teilhaben zu lassen. So wurde ein Entwicklungsplan für Norduganda mit einem Budget von über 600 Millionen Dollar für die Jahre 2007-2010 beschlossen. Die Region im Norden wird auch durch zahlreiche Veranstaltungen der Partnerorganisationen von der KAS berücksichtigt, um den Frauen schon beim Wiederaufbau der Gesellschaft eine Stimme zu verschaffen.

Bei der Fortschreibung der stetig wachsenden Beteiligung von Frauen in der nationalen Politik leistet die KAS, gemeinsam mit den Partnerorganisationen, einen Beitrag. Die Förderung und das *Capacity Building* von Frauen für Führungsaufgaben und das Übernehmen von politischer Verantwortung ist daher einer der programmatischen Kernbereiche des Engagements der KAS. Heute sind zahlreiche Frauen *die* Schlüsselfiguren in parlamentarischen Gesetzgebungsprozessen, im Kampf gegen Korruption oder bei nationalen Entwicklungsprogrammen. Tief in der Gesellschaft verankerte Vorstellungen erfordern jedoch weiterhin und langfristig das Engagement von Akteuren wie der KAS, ACFODE oder WOTODEV, um nachhaltig die aktive Teilnahme von Frauen an den politischen und gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen zu gewährleisten.

Text: Peter Girke

Kontakt: KAS-Auslandsbüro Uganda

Auslandsmitarbeiter: Peter Girke

kas.girke@gmail.com

ANMERKUNGEN

Zu 2.5.: Demokratische Republik Kongo

- 1/ Die DR Kongo belegt im Human Development Report 2007/2008 Rang 168 von 177 Staaten; <http://hdr.undp.org>.
- 2/ Im Index der Brookings Institution for State Weakness in the Developing World, rangiert die DR Kongo auf Platz 3 hinter Somalia und Afghanistan. Susan E. Rice/Steward Patrick, Washington 2008.
- 3/ Transparency International verweist die DR Kongo auf Platz 13 der Rangliste der korruptesten Staaten; www.transparency.org.
- 4/ AfDB/OECD: République Démocratique du Congo, African Economic Outlook, 2006, p.212.
- 5/ Tous les Congolais sont égaux devant la loi et ont droit à une égale protection des lois.
- 6/ [...] les pouvoirs publics] prennent des mesures pour lutter contre toute forme de violences faites à la femme dans la vie publique et dans la vie privée. La femme a droit à une représentation équitable au sein des Institutions nationales, provinciales et locales. L'Etat garantit la mise en œuvre de la parité homme-femme dans les dites institutions.
- 7/ Art. 444, 445, 490 Abs.2; 497, 515, 524 und 531 des Code de la famille.
- 8/ Pierre Gambembo Gawiya: Situation des lois coutumières et des droits des femmes en République Démocratique du Congo, UNICEF/Ministère des Affaires Sociales et Famille, 1999.
- 9/ Document de stratégie pour la croissance et la réduction pour la croissance et la réduction de la pauvreté.
- 20/ Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW), mehr Informationen unter: <http://www.un.org/womenwatch/daw/cedaw/>
- 21/ Behbud wurde im Jahr 1967 gegründet, mehr Infos unter: <http://www.behbud.org/>
- 22/ Karachi, Lahore, Islamabad/Rawalpindi, Multan, Quetta und Peschawar.
- 23/ Siehe hierzu das folgende Dokument: Pakistan Millennium Development Goals Report 2005; <http://www.un.org.pk/undp/publication/PMDGR05.pdf>
- 24/ Convention on the Elimination of All Forms of Discrimination Against Women (CEDAW), mehr Informationen unter: <http://www.un.org/womenwatch/daw/cedaw/>

Zu 2.7.: Ghana

- 10/ New Patriotic Party
- 11/ Christian Mothers' Association Savings and Credit Scheme
- 12/ Insgesamt sind 141 Frauen in den Kommunalparlamenten.
- 13/ Vergl. Rodenburg, Birte, Deutsches Institut für Entwicklungspolitik/DIE (2002): The Integration of Gender Issues in PRSPs: The Example of Ghana; Executive Summary, Bonn, S. 4
- 14/ Vergl. Baumhauer, Monika (1992): Frauenförderung in Entwicklungsländern (Konrad-Adenauer-Stiftung), Sankt Augustin, S. 4
- 15/ Baumhauer, Monika, S. 5
- 16/ Vergl. zum Beispiel: Deutsches Institut für Entwicklungspolitik/DIE (2008): EZ – Ohne Wirkung; in: E&Z, Nr. 02 2008, 49. Jahrgang, Februar 2008, <http://www.inwent.org/ez/articles/065282/index.de.shtml>.

Zu 2.8.: Israel

- 17/ Vgl.: Tamir, Tal (Hrsg.): Woman in Israel 2006: Between Theory and Reality, 2007; Gan, Ramat: The Israel Womens' Network
- 18/ Central Bureau of Statistics Israel 2006

Zu 2.13.: Pakistan

- 19/ Hier ganz speziell gegen Chapter 1, Fundamental Rights, Article 25 (Equality of citizens: (1) All citizens are equal before law and are entitled to equal protection of law; (2) There shall be no discrimination on the basis of sex alone; (3) Nothing in this Article shall prevent the State from making any special provision for the protection of women and children.

3. PUBLIKATIONEN DER KAS ZUM THEMENBEREICH FRAUENFÖRDERUNG

- *Women's Political Participation in China*, hrsg. von Wang Yi, Peking September 2008, in: KAS-Schriftenreihe China Nr. 85
- *Mariages précoces*, Ausgabe Nr. 15 aus der Reihe „Afrique Citoyenne“, hrsg. Von KAS-Dakar/ASECOD. Dakar/Senegal Februar 2008
- *Monitoring der Realisierung des Rechtes auf Arbeit für Frauen im Novgoroder Oblast*, hrsg. von KAS-Russland, Dr. Lukovitskaja. Soziologische Forschung. Weliki Novgorod/Russland Oktober 2007
- *Más mujeres, Más democracia: Una lectura del imaginario de la participación política y género a partir de los resultados electorales en cinco departamentos en Colombia*, hrsg. von Luis Fernando Velásquez Leal, Corporación Acción Ciudadana/ KAS-Kolumbien, Bogota 2007
- *Cahier de l'Alternance Nr. 10 „Femmes au Sénégal“*, hrsg. von den Studenten des dritten Studienjahres Printmedien des Journalismus-Instituts der Universität Dakar Jahrgang 2005/2006. Dakar/Senegal Dezember 2006
- *Marriage, Family and Society – a Dialogue with Islam*, hrsg. von Helmut Reifeld, 125 Seiten, Sankt Augustin 2006
- *Ausgabe 1/2008 der Zeitschrift Panorama*, Thema Gender, „Insights into Southeast Asian and European Affairs“, hrsg. vom KAS-Regionalprogramm Südostasien
- *Ausgabe 2/2006 der Zeitschrift Panorama*, Thema Frauenförderung, hrsg. vom KAS-Regionalprogramm Südostasien
- *Women and Syndicates*, hrsg. von Nehad Abo El Komsan, Kairo 2006
- *Droit de la famille dans l'Islam. Bases théologiques et juridiques dans le monde arabe*, hrsg. von der KAS, 216 Seiten, Tunis 2005
- *China 10 Jahre nach der Weltfrauenkonferenz – eine Bilanz, politischer Kurzbericht* hrsg. von KAS-China, Inken Denker, Peking 2005
- *Formers of the Future*, hrsg. von Negad El Bora'y, Kairo 2004
- *Woman and Media*, hrsg. von Khaled Sadek, Kairo 2004
- *Women's Participation in the Democratic Life in Egypt*, hrsg. von Dr. Somaya Ahmed Hasan, Kairo 2004
- *Eine gerechte Welt für die Frauen*, hrsg. von Andreas Klein, Sandra Koljackowa, Skopje, März 2003
- *Family and Gender: Changing Values in Germany and India*, hrsg. von Margrit Pernau, Imtiaz Ahmad und Helmut Reifeld, Sage Publications New Delhi 2003. Englisch, 360 Seiten, ISBN 81-7829-108-8
- *In the Course of a Joint Preparation of the Text of the New Nationality Law*, hrsg. Maha Khairallah, Kairo 2003
- *Challenging the Future – The Role of NGOs in the Development of Women*, hrsg. von Maha Khairallah, Kairo 2003
- *Egyptian Women in Leading Positions*, hrsg. von Maha Khairallah, Kairo 2003
- *Educating Young Women Politically*, hrsg. von Nehad Abo El Komsan – Saeed Adel Hafez, Kairo 2003

- *Women in Panchayati Raj*, hrsg. von Ambrose Pinto und Helmut Reifeld, Indian Social Institute New Delhi 2001. Englisch, 235 Seiten, ISBN 81-87218-35-5
- *Women Empowerment through Self Help Groups*, hrsg. von Dilip Kumar Patra, Badal Chandra Das und Satinath Bhuniya, New Delhi 2001
- *Studies on Women*, hrsg. von Yousri Mustapha, Kairo 2001
- *Frauen in der indischen Politik. Die Diskussion über die „Women's Reservation Bill“*, hrsg. von Helmut Reifeld, in: *Internationales Asienforum*, 31/2000, S. 5-21
- *Women's Participation in Political Life*, hrsg. von Nehad Abo El Komsan, Kairo 2000